

Geschäftsbericht der
Freien Demokratischen Partei
2005 - 2007



VORWORT

FDP: MEHR für die Menschen

Die letzten beiden Jahre gehören zu den erfolgreichsten in der Geschichte der FDP. Sie haben gezeigt, was wir alle gemeinsam mit größter Geschlossenheit leisten können.

Die letzten beiden Jahre haben aber auch gezeigt, dass wir die riesige Chance haben, künftig in Deutschland in einer anderen politischen Liga zu spielen. Als eine von drei großen Parteien und nicht nur als größte der drei Kleinen.

MEHR Stimmen.

Ein großer Höhepunkt war die Bundestagswahl. Über 4,6 Millionen Menschen haben uns am 18. September 2005 ihre Zweitstimme gegeben, über 2,2 Millionen Menschen ihre Erststimme. Diese Menschen haben uns ihr Vertrauen geschenkt. Sie haben uns auf 9,8 Prozent gebracht, auf 61 Mandate, haben uns zur stärksten Oppositionspartei gemacht.

Auch auf Länderebene blicken wir auf zwei erfolgreiche Jahre zurück. Denken Sie beispielsweise nur an die großartigen Erfolge bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern oder Baden-Württemberg. Dort konnten wir unsere Wahlergebnisse deutlich steigern. In Bremen gelang uns nach zwölf Jahren die Rückkehr in die Bürgerschaft; in Mecklenburg-Vorpommern konnten wir sogar jenseits aller Umfragen fast zehn Prozent gewinnen.

Unsere FDP ist damit nun in 13 Ländern und in 3 Landesregierungen vertreten. Und Übrigens: Wegen der Größe der Länder Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Niedersachsen mit insgesamt knapp 38 Millionen Einwohnern wird fast die Hälfte aller Deutschen von der FDP mitregiert.

Zum Vergleich: In den letzten beiden Jahren gab es sechs Landtagswahlen und bei allen sechs Landtagswahlen hat unsere FDP teilweise exzellente Ergebnisse erreicht. Die Grünen sind dagegen überhaupt nur noch in drei von sechs Landtage eingezogen und in Rheinland-Pfalz sogar erstmals sang- und klanglos aus dem Landtag eines westdeutschen Flächenlands geflogen.



MEHR Mitglieder.

Auch unsere Mitgliederentwicklung zeigt einen deutlichen Aufwärtstrend. Sie erinnern sich bestimmt noch alle, welche ambitionierten Ziele wir uns gesteckt hatten: Wir wollten größer werden. Das war der Slogan unserer Mitgliederwerbekampagne direkt nach der Bundestagswahl. Und: Wir sind größer geworden.

Seit dem Jahr 2000 konnten wir inzwischen über 2.000 neue Mitglieder netto hinzugewinnen und insgesamt fast 28.000 neue Mitglieder in der liberalen Familie begrüßen. Das ist die größte Eintrittswelle, die unsere FDP jemals hatte. Dass diese Entwicklung nicht selbstverständlich ist, zeigt ein Blick auf die Mitgliederzahlen der anderen Parteien, die allesamt im gleichen Zeitraum einen dramatischen Mitgliederverlust zu verzeichnen hatten.

Wir wollen weiter wachsen. Denn wenn wir auf Dauer ohne Funktionsargument auskommen wollen, dann müssen wir noch weiter wachsen. Wir müssen daran arbeiten, noch mehr Menschen von der Idee der Freiheit zu

überzeugen. Wir müssen noch mehr neue Freunde für die Freiheit gewinnen.

Um dieses Ziel gemeinsam mit Ihnen zu erreichen, werden wir eine neue, durchgängige Mitgliederkampagne starten. Eine Kampagne, mit der wir das Image der FDP verstärken und die Sympathie für die FDP verbreitern wollen. Mit der wir bessere Angebote zur Betreuung der neuen Mitglieder machen und mit der wir unsere Parteiarbeit weiter öffnen und somit attraktiver für die Mitwirkung von Menschen machen. Eine Kampagne, mit der wir dem Netzwerkgedanken über das Internet hinaus eine neue Qualität geben, mit neuen Veranstaltungsformen, mit neuen Formen des Engagements und auch des Erlebnisses mit uns.

MEHR Substanz.

Für die großen Erfolge in den vergangenen beiden Jahren gibt es viele Gründe. Die herausragenden sind sicherlich unsere inhaltliche Klarheit, unsere programmatische Substanz und unser kompetentes Personal. Was aber noch viel wichtiger ist: Im Gegensatz zu den anderen Parteien ist es uns gelungen, diese Alleinstellungsmerkmale glaubhaft zu vermitteln.

Ein Beweis für unsere herausragende programmatische Substanz spiegelt sich in der Arbeit unserer Bundestagsfraktion wider, die in dieser Legislaturperiode insgesamt knapp 850 parlamentarische Vorlagen erarbeitet hat – davon allein rund 300 Anträge, 12 Positionspapiere und über 400 kleine Anfragen.

Neben der fleißigen Arbeit unserer Bundestagsfraktion haben wir diese Erfolge aber auch unseren vielen Mitmachangeboten zu verdanken, wie zum Beispiel der öffentlichen Diskussion unseres Bundestagswahlprogramms nach dem Wikipedia-Prinzip im Internet, an der sich unzählige Menschen sehr engagiert beteiligt haben. Aber auch das Zukunftsforum „Deutschland 2020“ unter der Leitung von Dirk Niebel verfolgt dieses Prinzip der offenen Tür und der breit angelegten Beteiligungsmöglichkeiten – für alle Menschen.

Und genau darauf müssen wir uns auch in Zukunft weiter konzentrieren. Diesen Weg müssen wir weiter fortsetzen: mit konsequenter weiterer substanzieller programmatischer Arbeit, bei der wir nicht dem Geist der Zeit folgen, sondern der Zeit mehr Geist geben. Gleichzeitig müssen wir aber auch neue Wege einer dialog-orientierten Parteiarbeit gehen.

MEHR Mensch.

Die Chancen sind für uns Liberale riesengroß. Doch dafür beginnt jetzt unser vielleicht wichtigster Wahlkampf, der Kampf um die echte Partnerschaft mit dem Bürger. Offener als bisher, authentischer als bisher und glaubwürdiger als bisher. Gemeinsam mit den Menschen und mit mehr Emotionen. Mit unserem Konzept für einen echten Politikwechsel in Deutschland.

Wie wir das erreichen können? Wir müssen den Bürgern in unserer Parteiarbeit noch mehr bieten. Mehr bieten auch über bloße Politik hinaus. Wir müssen auch weiterhin den einzelnen Menschen und seine individuelle Freiheit in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Denn wir sind die einzige Partei, die nicht zuerst bei allen Problemen auf den Staat setzt. Wir setzen auf die Chancen einer liberalen Bürgergesellschaft und auf die Eigeninitiative seiner Menschen. Wir sind die einzige Partei, die Selbstverantwortung, Eigeninitiative, Marktwirtschaft stärkt. Wir sind die einzige Partei, die den Menschen in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt. Auch bei 65.000 Mitgliedern können wir nicht direkt mit 65 Millionen Wahlbürgern in Deutschland sprechen. Wir brauchen dafür neue Instrumente für einen möglichst einfachen und direkten Dialog. Wir werden aber auch unsere bereits bestehenden Angebote im Internet sowie bei unserer Liberalen Kommunikationsplattform www.my.fdp.de weiter ausbauen und damit noch wertvoller machen.

MEHR Chancen.

Unsere wichtigste Aufgabe ist es, unsere Parteiarbeit den veränderten Lebensgewohnheiten, den veränderten Freizeitwelten und den größer gewordenen beruflichen und privaten Herausforderungen vieler Menschen anzupassen. Wir müssen die Individualisierungschancen dieser gesellschaftlichen Entwicklung für die weitere Belebung unserer Parteiarbeit nutzen. Wir brauchen noch mehr Mut und noch mehr Bereitschaft, Neues einfach auszuprobieren.

Für neue Veranstaltungsformen. Für soziale und berufsorientierte neue Dialogchancen. Für eine rundum noch attraktivere FDP.



Hans-Jürgen Beerfeltz
Bundesgeschäftsführer der FDP

INHALTSVERZEICHNIS

I. TÄTIGKEIT DER BUNDESPARTEI	6
I.1. Bundesparteitage	6
I.2. Präsidium und Bundesvorstand	8
I.3. Bundessatzungsausschuss	11
I.4. Wahlprüfungsausschuss	12
I.5. Bundesschiedsgericht	13
I.6. Haushalts- und Finanzkommission	14
I.7. Kommunalpolitischer Beirat	16
I.8. Veranstaltungen	17
I.9. Kampagnen	19
I.9.1. <i>Bundestagswahlkampf 2005</i>	19
I.9.2. <i>Kampagne</i> <i>„Stoppt die Mehrwertsteuererhöhung!“</i>	21
I.9.3. <i>ReForm+ mit Langzeitwirkung.</i> <i>Die liberale Gesundheitsreform</i>	22
I.9.4. <i>Kampagne</i> <i>„Kultur: die Energie für unsere Zukunft“</i>	23
I.10. Sitzungen der Hauptgeschäftsführer	24
I.11. LI und ELDR	26
I.11.1. <i>Liberale Internationale (LI)</i>	26
I.11.2. <i>Europäische Liberale, Demokratische</i> <i>und Reformpartei (ELDR)</i>	28
I.12. Internet	29
I.12.1. <i>wiki.LIBERAL</i>	29
I.12.2. <i>Internet Intern heißt my.FDP</i>	30
I.12.3. <i>Online-„Tagebücher“</i>	31
I.12.4. <i>Kampagnen im Netz</i>	31
I.12.5. <i>Unterstützung für den FDP-Bürgerfonds</i>	32
I.13. FDP-Landesverband LV Net	33
I.14. FDP-Bürgerfonds	34
I.15. Wahlkämpfe	36
I.16. Liberaler Parteiservice (LiPS)	38
II. PROGRAMMARBEIT	42
II.1. Liberale Foren	42
II.1.1. <i>„Zukunftsforum Deutschland 2020 –</i> <i>die Welt, in der wir leben werden“</i>	42
II.2. Bundesfachausschüsse	44
II.2.1. <i>Internationale Politik</i>	44
II.2.2. <i>Wirtschaft und Arbeit</i>	45
II.2.3. <i>Finanzen und Steuern</i>	47
II.2.4. <i>Ernährung, Landwirtschaft</i> <i>und Verbraucherschutz</i>	49
II.2.5. <i>Soziales</i>	50
II.2.6. <i>Gesundheit</i>	52

II.2.7. <i>Innen und Recht</i>	54
II.2.8. <i>Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie</i>	56
II.2.9. <i>Umwelt, Landesplanung und Raumordnung</i>	57
II.2.10. <i>Wohnungspolitik und Stadtentwicklung</i>	59
II.2.11. <i>Verkehrspolitik</i>	60
II.3. <i>Kommissionen</i>	62
II.3.1. <i>Kommission Kirchen- und Religionsgemeinschaften</i>	62
II.3.2. <i>Internet- und Medienkommission</i>	64
II.3.3. <i>Sportkommission</i>	67
II.3.4. <i>Freiheit und Ethik</i>	68
II.4. <i>Arbeitsgruppen</i>	69
II.4.1. <i>AG Großstadt</i>	69
II.4.2. <i>AG Frauen</i>	71
III. LIBERALES VORFELD	72
III.1. <i>Bundesverband Junge Liberale (JuLis)</i>	72
III.2. <i>Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand (BLM)</i>	74
III.3. <i>Bundesverband Liberale Frauen e.V., LIF</i>	76
III.4. <i>Bundesverband Liberale Senioren</i>	77
III.5. <i>Bundesverband Liberale Hochschulgruppen (LHG)</i>	79
IV. BUNDESGESCHÄFTSSTELLE	80
IV.1. <i>Struktur des Thomas-Dehler-Hauses</i>	80
IV.2. <i>Abteilung Strategie und Kampagnen</i>	82
IV.3. <i>Abteilung Organisation und Finanzen</i>	84
IV.4. <i>Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit</i>	86
IV.5. <i>fdp-point</i>	88
IV.6. <i>Galerie im Thomas-Dehler-Haus</i>	89
V. STATISTIK	90
V.1. <i>Mitgliederentwicklung im Berichtszeitraum</i>	90
V.2. <i>Wahlergebnisse im Berichtszeitraum</i>	90
V.3. <i>Wahlergebnisse und Mandate in den Bundesländern</i>	91
V.4. <i>Organisationsplan der FDP-Bundesgeschäftsstelle</i>	92
V.5. <i>Mitgliederstruktur zum 31. Dezember 2006</i>	94
V.6. <i>Wahlkalender</i>	95

I. TÄTIGKEIT DER BUNDESPARTEI

I. 1. Bundesparteitage

56. Ord. Bundesparteitag 5. - 7. Mai 2005, Köln

Im Berichtszeitraum fanden zwei ordentliche Bundesparteitage statt. Anlässlich der vorgezogenen Bundestagswahlen am 18. September 2005 gab es zudem einen außerordentlichen Bundesparteitag.

Auf dem 56. Bundesparteitag haben die Delegierten das Liberale Bürgergeldkonzept beraten, mit dem die FDP das bisherige soziale Netz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung und auf den ersten Arbeitsmarkt verwandeln will. Zudem wurde auch die liberale Unternehmenssteuerreform beschlossen. Der Parteitag stand ganz im Zeichen der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen.

Außerordentlicher Bundesparteitag 2005 in Berlin.





Außerordentlicher Bundesparteitag 11. September 2005, Berlin

Die 662 Delegierten des FDP-Bundesparteitags haben auf dem außerordentlichen Bundesparteitag den Wahlauftrag „Für einen neuen Anfang – durch eine neue Mehrheit“ einstimmig verabschiedet. Darin wird eine Ampelkoalition abgelehnt. Schwarz-Gelb sei die einzige Koalition, die den Politikwechsel für „einen wirklichen neuen Anfang“ ermögliche.

57. Ord. Bundesparteitag 13. - 14. Mai 2006, Rostock

„Deutschland kann mehr.“ Unter diesem Motto stand der 57. Ordentliche Bundesparteitag der FDP in Rostock. FDP-Generalsekretär Dirk Niebel betonte, die FDP werde mit diesem Programmparteitag „ihre Stärken stärken, Klarheiten schaffen und Bereiche abrunden“. Die 662 Delegierten, 400 Gäste und 600 Journalisten erwarteten 70 inhaltliche Anträge. Schwerpunktthemen waren Innovations-, Umwelt- und Energiepolitik.



57. Ord. Bundesparteitag 2006 in Rostock.

I. 2. Präsidium und Bundesvorstand

Insgesamt trat das Präsidium zu 64 Sitzungen zusammen. Dabei wurden folgende Sitzungen auch für Gespräche mit Gliederungen, Vorfeldorganisationen und Verbänden genutzt:

17. Mai 2005

Gespräch mit dem geschäftsführenden Landesvorstand Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf

16. Januar 2006

Gespräch mit dem Bundesverband Freier Berufe in Berlin

6. Februar 2006

Gespräch mit dem Bundesverband des Groß- und Außenhandels in Berlin

20. März 2006

Gespräch mit dem geschäftsführenden Landesvorstand Baden-Württemberg in Stuttgart

6. April 2006

Gespräch mit dem Vorstand der Deutschen Telekom in Berlin

19. Juni 2006

Gespräch mit der Islamischen Union für Religion, dem Islamrat und dem Zentralrat der Muslime in Deutschland in Berlin

4. September 2006

Gespräch mit dem Bundesvorstand der Jungen Liberalen in Berlin

11. September 2006

Gespräch mit dem geschäftsführenden Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin

Glückwünsche für den Wahlerfolg in Bremen an Magnus Buhler.





Guido Westerwelle, Dirk Niebel, Rainer Brüderle.

16. Oktober 2006

Gespräch mit Vertretern der Bundestagsfraktion und Vertretern der gesetzlichen und privaten Krankenkassen in Berlin

23. Oktober 2006

Gespräch mit der Deutschen Bischofskonferenz in Berlin

22. November 2006

Gespräch mit dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Berlin

7. Mai 2007

Gespräch mit dem geschäftsführenden Landesvorstand Bremen in Bremen

21. Mai 2007

Gespräch mit dem geschäftsführenden Landesvorstand Hessen in Wiesbaden

Das Präsidium tagt in aller Regel jeden Montag. Der Bundesvorstand trat zu 19 Sitzungen zusammen.

Ihm gehören an:

Walter Scheel	Ehrevorsitzender
Hans-Dietrich Genscher	Ehrevorsitzender
Otto Graf Lambsdorff	Ehrevorsitzender
Guido Westerwelle	Bundesvorsitzender
Rainer Brüderle	stellv. Bundesvorsitzender
Andreas Pinkwart	stellv. Bundesvorsitzender
Cornelia Pieper	stellv. Bundesvorsitzende
Hermann Otto Solms	stellv. Bundestagspräsident
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger	Beisitzer
Birgit Homburger	Beisitzer
Philipp Rösler	Beisitzer
Wolfgang Gerhardt	bis 10.04.2006
	Vertr. Bundestagsfraktion
Werner Hoyer	ab 12.05.2006
	Vertr. Bundestagsfraktion
Silvana Koch-Mehrin	Vertr. Europafraktion
Hans-Jürgen Beerfeltz	Bundesgeschäftsführer

Ständige Gäste:

Wolfgang **Gerhardt** ab 10.04.2006
Jörg **van Essen**
Magnus **Buhlert** von 20.11.2006 - 14.05.2007

Bundesvorstand:

Alexander **Alvaro**
Daniel **Bahr**
Uwe **Barth**
Hans-Artur **Bauckhage**
Stefanie **Bermanseder**
Peter **Bollhagen**
Ernst **Burgbacher**
Jorgo **Chatzimarkakis**
Angela **Freimuth**
Paul K. **Friedhoff**
Horst **Friedrich**
Jörg-Uwe **Hahn**
Christoph **Hartmann**
Walter **Hirche**
Werner **Hoyer**
Gerry **Kley**
Veronika **Kolb**
Jürgen **Koppelin**
Hans **Kreher**
Wolfgang **Kubicki**
Heinz **Lanfermann**
Martin **Lindner**
Markus **Löning**
Hans-Joachim **Otto**

Karl-Heinz **Paqué**
Alexander **Pokorny**
Leif **Schrader**
Michael **Theurer**
Carl-Ludwig **Thiele**
Dieter **Thomae**
Ruth **Wagner**
Ingo **Wolf**
Holger **Zastrow**

Ständige Gäste:

Christian **Ahrendt** seit 14.05.2007
Bertold **Bahner**
Rolf **Berndt**
Magnus **Buhlert** von 18.09.2006 - 14.05.2007
Carl-Phillipp **Burkert** bis 5.03.2007
Götz **Galuba** von 11.02.2006 - 29.01.2007
Wolfgang **Gerhardt**
Daniel **George** seit 29.01.2007
Jörg **van Essen**
Martin **Hörig** bis 11.02.2006
Moritz **Kracht** seit 14.05.2007
Alexander **Graf Lambsdorff**
Ina **Lenke** bis 11.02.2006
Sibylle **Laurischk** seit 11.02.2006
Maja **Pfister**
Gisela **Piltz** seit 11.02.2006
Olaf **Prüßmann**
Wieland **Schinnenburg** seit 18.09.2006
Gerhard **Schüssler** † 7.11.2005
Johannes **Vogel**



Treffen des
FDP-Präsidiums
mit dem EKD.

I. 3. Bundessatzungsausschuss

Vorsitzender: Thomas Taeglichbeck

Stellvertreter: Bodo Chemnitz

Im Berichtszeitraum hat der Bundessatzungsausschuss siebenmal in Berlin getagt.

Dabei beriet er die Satzungsänderungsanträge für die Ordentlichen Bundesparteitage in Köln, Rostock und Stuttgart.

Hier sind insbesondere die Änderungen der Finanz- und Beitragsordnung mit der Anpassung der Mitgliedsbeiträge und die Einführung organisatorischer Maßnahmen zur Durchsetzung der Abführungspflicht der Bundesumlage zu nennen. Außerdem wurde die Klarstellung, dass Stimmübertragungen bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit mitberechnet werden und die Verankerung der verbundenen Einzelwahl in der Geschäftsordnung zur Bundessatzung beraten.

Auf Bitten des Landesvorstandes Berlin hatte sich der Bundessatzungsausschuss mehrfach mit Fragen der Auslegung der Landessatzung im Hinblick auf Regelungen der Bundessatzung zu befassen.

In weiteren Sitzungen hat der Bundessatzungsausschuss die vom Bundesvorstand verabschiedete vorläufige Verfahrensordnung für den Einsatz elektronischer Technik bei Abstimmungen und Wahlen nach § 16 a der Geschäftsordnung zur Bundessatzung beraten und eine überarbeitete Fassung dem Bundesvorstand zur Beschlussfassung vorgelegt.

Außerdem wurde die Bedeutung des Wohnsitzes für die Frage, in welcher Gliederung ein Mitglied zu führen ist sowie die Problematik einer Beitragspatenschaft diskutiert.



I. 4. Wahlprüfungsausschuss

Vorsitzende: Corinna Werwig-Hertneck

Der Wahlprüfungsausschuss prüft gemäß § 12 Absatz 3 der Bundessatzung die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung des Bundesparteitages. Weiter prüft er vor Beginn des Parteitages die Zahl und Stimmberechtigung der Delegierten der Landesverbände anhand der Protokolle über die Wahlen der Delegierten und der geprüften Unterlagen über die Mitgliederzahlen.

Der Wahlprüfungsausschuss hat diese Prüfungen vor dem 56. Ordentlichen Bundesparteitag in Köln und dem 57. Ordentlichen Bun-

desparteitag in Rostock vorgenommen und in beiden Fällen keine Beanstandungen festgestellt.

Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses waren: Wolfgang Bodeit, Bodo Chemnitz, Ernst Eggers und Ulrike Flach.

Stellvertretende Mitglieder waren Otto Fricke, Roland Eibold, Heinz Lanfermann, Michael Reichelt und Matthias A. Starke.



I. 5. Bundesschiedsgericht

Präsident: Dr. Peter Lindemann

Stellvertreter: Dr. Gerhard Wolf

Das Bundesschiedsgericht wurde auf dem 56. Ordentlichen Bundesparteitag 2005 in Köln für die Amtszeit vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2009 neu gewählt:

Dr. Peter Lindemann als Präsident und Dr. Gerhard Wolf als sein Stellvertreter, Hermann Bach, Dr. Paul Becker (alle wiedergewählt) und Dr. Michael Bruder als Beisitzer.

Zu stellvertretenden Beisitzern wurden gewählt: Michael Reichelt, Wolf-Dieter Keller, Dr. Rainer Dally, Christoph Freytag, Hinrich Budelmann, Martin Engel, Dr. Arnold Castringius, Dr. Bernd Martin Groh und Dr. Rudolph Brosig.

Beim Bundesschiedsgericht waren vierzehn Verfahren anhängig, die in fünf Sitzungsterminen verhandelt wurden. Von diesen Verfahren waren sechs Beschwerden aus dem Landesverband Berlin, je drei aus den Landesverbänden Nordrhein-Westfalen und Hessen und jeweils ein Verfahren aus Bayern und Niedersachsen.

Schwerpunkt der Verfahren waren der Ausschluss von Parteimitgliedern und die Wahlanfechtung von parteiinternen Wahlen. Bei der Anfechtung von Wahlen für die Aufstellung von Kandidaten zu öffentlichen Wahlen mussten Berechnungen von Delegiertenschlüsseln, Domizilausnahmegenehmigungen und die Auslegung der Landessatzung Berlin für die Berechnung von Mitgliedsmonaten Verfahrensgegenstände. Die anderen Verfahren betrafen Ablehnungsanträge gegen ein Landesgericht und das Bundesschiedsgericht, Fragen sowie die Feststellung der Mitgliedschaft und die Durchführung eines außerordentlichen Parteitages.

Im Berichtszeitraum endeten zwei Verfahren mit der Rücknahme des Antrages, ein Verfahren mit einem durch das Gericht herbeigeführten Vergleich. Anhängig geblieben war ein Verfahren, weil ein Beteiligter erkrankt ist.



I. 6. Haushalts- und Finanzkommission

Vorsitz: Dr. Hermann Otto Solms

Die Kommission tagte unter dem Vorsitz des Bundesschatzmeister Dr. Hermann Otto Solms am 18. Februar 2005, am 21. November 2005 und am 11. Dezember 2006. Gegenstand der Beratungen war die Auswertungen der Wahlkampfkosten 2005, der Haushaltsvollzug bzw. die Haushaltsentwicklung 2005 und 2006 sowie die mittelfristige Finanzplanung der Jahre 2006 bis 2010 der Bundespartei .

Mitglieder der vom Bundesvorstand gewählten Kommission in der Berichtsperiode waren Rainer Brüderle, Carl-Ludwig Thiele, Otto Fricke, Ernst Burgbacher, Dr. Klaus von Lindeiner und Paul Friedhoff.





Hermann Otto Solms präsentiert auf dem Außerordentlichen Bundesparteitag in Berlin die Steuervorschläge der FDP.

Steuern runter
Arbeit rauf

I. 7. Kommunalpolitischer Beirat

Vorsitzender: Oberbürgermeister

Wolfram Dette

Stellvertreter: Jochen Dürrmann

Die Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker feiert in diesem Jahr ihr 25-jähriges Bestehen. Sie ist ihrem Anliegen, kommunalpolitischen Themen auch auf der Bundesebene immer mehr Gehör zu verschaffen, in den letzten zwei Jahren wieder ein Stück näher gekommen. Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Bundespartei und insbesondere der von der kommunalpolitischen Sprecherin der Bundestagfraktion Gisela Piltz MdB geleiteten Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der Bundestagfraktion wurde fortgesetzt.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Themen Föderalismusreform und Konnexitätsprinzip. Im Ergebnis wurde die FDP-Bundestagsfraktion gebeten, erneut die Verankerung des Konnexitätsprinzips in der Verfassung von den anderen Fraktionen des Deutschen Bundestages einzufordern. Flankierend wurde durch Gisela Piltz als Ergebnis der Bundestagsdebatte über die Lage der Kommunen eine große Anfrage zur Lage der Kommunen in Deutschland erarbeitet.

Weiterhin befasste sich der Kommunalpolitische Beirat mit dem Thema der Transparenz im kommunalen Unternehmen und die damit zusammenhängende Geheimhaltungspflicht von Aufsichtsratsmitgliedern sowie die den Minderheitenschutz berücksichtigende Mindestvertretung in solchen Organen. Hierzu haben die liberalen Kommunalpolitiker ein Hearing angeregt.

Auch die Themen „Kultur und Integration“ sowie „Kultur und Kommune“ waren Gegenstand der Beratungen von Kommunalpolitischem Beirat und Bundesvorstand der VLK. Auch das Thema „Private-Public-Partnership“, das auch Thema der Bundesdelegiertenversammlung der VLK in 2006 war, beschäftigt nach wie vor die liberalen Kommunalpolitiker.

Vermeintliche thematische Verschiedenheit hat sich dabei zu einem deutlich erkennbaren Sachzusammenhang entwickelt. Denn „weiche“ Kommunalpolitik ist kein Gegensatz zu „harter“ Infrastruktur. Vielmehr stellen sie zwei Seiten einer Medaille dar. Mit der komplexen Thematik haben Kommunalpolitischer Beirat und VLK-Bundesvorstand versucht, einen weiteren Meilenstein der politischen Befassung von kommunalpolitischen Entwicklungen und Trends zu erarbeiten. Das Thema ist noch nicht abschließend behandelt, weitere Detailarbeit ist noch zu leisten.

Mit Hilfe der Friedrich-Naumann-Stiftung für Freiheit waren liberale Kommunalpolitiker im Juni 2006 zu einem Erfahrungsaustausch Gast bei liberalen Kommunalpolitikern in Südafrika. In einem 10-tägigen Seminar wurden Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Kommunalpolitik erarbeitet. Dabei standen Themen wie die Weiterbildung von Kommunalpolitikern, die Arbeit im Kommunalparlament oder das Thema kommunale Finanzen im Mittelpunkt des Erfahrungsaustausches. Die begonnene Zusammenarbeit und Freundschaft wird mit einem Gegenbesuch der südafrikanischen Kommunalpolitiker in Deutschland demnächst eine Vertiefung finden.



Empfang zum 80. Geburtstag von Hans-Dietrich Genscher.

I. 8. Veranstaltungen

Im Berichtszeitraum fanden neben den Bundesparteitagen folgende größerer Veranstaltungen der Bundespartei statt:

16. Juni 2005

Veranstaltung anlässlich 60 Jahre LDP in Berlin

22. Juli 2005

Bundesweiter Steuerzahler-Aktionstag

18. August 2005

4. Ostgipfel und Bildungskongress der FDP in Berlin

1. September 2005

Wirtschaftskongress „Zeit zum Handeln – Für eine nationale Wachstumsstrategie“ in Berlin

24. November 2005

Gala-Fest anlässlich des 65. Geburtstages von Hermann Otto Solms in Berlin

20./21. Januar 2006

VLK-Delegiertenversammlung in Berlin

26. Januar 2006

Kongress „Energie ist Freiheit“ in Berlin

5. Februar 2006

Feier für Hans-Dietrich Genscher
anlässlich seiner 60-jährigen
FDP-Mitgliedschaft in Halle/Saale

11. Februar 2006

Kreisvorsitzendenkonferenz in Mainz

1. Mai 2006

Tag für Arbeit und Neumitgliederkongress
in Berlin

29. Juni 2006

Konferenz „Innovation ist Freiheit“
zur Grünen Gentechnik in Berlin

6. Juli 2006

Kongress zur Entwicklung von REITs in Berlin

8. Juli 2006

Bundesweiter Steuerzahler-Aktionstag

29. September 2006

Kongress
„Gesundheit – Reform mit Langzeitwirkung?!“
in Berlin

29./30. September 2006

VLK-Delegiertenversammlung
in Braunschweig

20. Oktober 2006

Feier für Walter Scheel anlässlich
seiner 60-jährigen FDP-Mitgliedschaft in Köln

24. November 2006

Kongress „E-Government und E-Democracy“
in Berlin

12. Dezember 2006

Journalisten-Advent in Berlin

18. Dezember 2006

Bildungskongress der FDP an der TU Berlin

22. Januar 2007

Auftaktveranstaltung zur Eröffnung
der Kulturkampagne im Art Forum Berlin

29. Januar 2007

Feier anlässlich des 80. Geburtstages
von Otto Graf Lambsdorff in Berlin

30. Januar 2007

1. Liberaler Ladies Lunch in Berlin

21. März 2007

Gala-Fest anlässlich des 80. Geburtstages
von Hans-Dietrich Genscher in Berlin

1. Mai 2007

Tag für Arbeit und Neumitgliederkongress
in Berlin

I. 9. Kampagnen

I. 9. 1. Bundestagswahlkampf 2005

Wahlkampfleiter: Hans-Jürgen Beerfeltz



„Wir sind bereit!“ Als am 22. Mai 2005 die Entscheidung für vorgezogene Neuwahlen fiel, konnte die FDP ganz gelassen reagieren. Die programmatische Grundlage war bereits gelegt. Schnell waren alle relevanten inhaltlichen Beschlüsse von Partei und Fraktion im „Wechsellexikon – Deutschland erneuern von A-Z“ zusammengefasst. Darauf aufbauend erstellte eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von FDP-Generalsekretär Dirk Niebel das „Deutschlandprogramm 2005“, das der Bundesvorstand bereits am 25. Juli verabschiedete. Trotz der knappen Zeitplanung fehlte nicht die direkte Einbeziehung der Bürger: Wie schon 2002 stand das Programm im Internet zur Diskussion. Mehr als 1.200 Beiträge der Online-Debatte flossen in die Gestaltung ein. Das Ergebnis war das klarste und zukunftsfähigste Programm aller Parteien, wie selbst kritische Medienvertreter anerkennen mussten.

Das Programm bestimmte auch die strategische Positionierung der FDP: der Kampf für einen echten Politikwechsel in Deutschland! Unter dem Motto „Arbeit hat Vorfahrt“ setzten die Liberalen den halbherzigen Reformen von Rot-Grün ihre Vorschläge für eine marktwirtschaftliche Erneuerung der Republik entgegen. In der Bundesgeschäftsstelle wurde mit Hochdruck an den Werkzeugen für einen erfolgreichen Wahlkampf gearbeitet. Bei den zahlreichen Werbemitteln – Plakaten, Themenfoldern, Kandidatenprospekten, Postkarten und Flugblättern – dominierte in bewährter Manier ein freundliches Gelb. Die Werbelinie zierte eine schwarz-rot-goldene Fahne, die den Wählern zu signalisierte: „Sie können Deutschland erneuern – mit der Stimme für die FDP!“ Personalisiert wurde die Kampagne mit dem Spitzenkandidaten Guido Westerwelle. Ihm standen die Mitglieder des Präsidiums als Kompetenzteam mit ihren jeweiligen inhaltlichen Schwerpunkten zur Seite.

Das Thomas-Dehler-Haus wurde zur Wahlkampfzentrale. Mit dem „Frei-Raum ´05“ entstand ein „War-Room“, wo unterstützt von freiwilligen Helfern die Beantwortung von Bürgeranfragen, Konkurrenzbeobachtung, Presseauswertung und Themenrecherche erfolgte. Außerdem wurden zahlreiche Wahlprüfsteine von Verbänden beantwortet, der Einsatz der Kampagnenbotschafter organisiert und die Tour des „Reform-express“ geplant. Dessen Route führte Guido Westerwelle und sein Wahlkampfteam auf Sommerfeste, Früh- und Dämmerchoppen, Sportveranstaltungen und natürlich auch in Redaktionen in allen Teilen der Republik. In der Bundesgeschäftsstelle entstanden Werbespots, Wahlkampfzeitung und Anzeigenvorlagen. Gliederungen und Kandidaten wurden durch ein Wahlkampfhandbuch, Argumentationshilfen, Aktionsvorschläge, Zielgruppenbriefe und Musterreden unterstützt. Zur direkten Ansprache von Wählern mit Migrationshintergrund gab es das Kurzwahlprogramm in mehreren Fremdsprachen.

In der letzten Phase des Wahlkampfs wurden noch einmal alle Kräfte mobilisiert. Mit dem Zentralen Rednereinsatz der Bundesgeschäftsstelle gelang es, mit zentralen Veranstaltungen überall im Land Präsenz zu zeigen. Höhepunkt war dabei der außerordentliche Bundesparteitag am 11. September in Berlin. Ein Schwerpunkt der Aktivitäten war auch in den letzten Wochen der direkte Dialog mit den Bürgern. Unter der Devise „Kämpfen bis zum letzten Tag“ wurden die Wahlkämpfer mit zahlreichen Anregungen für „Last-Minute-Actions“ versorgt – von der Nachbarschaftsparty über Postwurfsendungen bis zur Telefon- und SMS-Aktion. Den Abschluss bildete „Die Lange Nacht der Politik“ am Abend vor der Wahl. Bis um 24.00 Uhr wurde um die Stimmen Unentschlossener geworben. Mit 9,8 Prozent der Zweitstimmen – dem besten FDP-Ergebnis seit 1990 – wurden die Mühen dieses heißen Sommerwahlkampfs belohnt!



I. 9. 2. Kampagne „Stoppt die Mehrwertsteuererhöhung!“

Die Plakatierung der Großfläche „Der Hammer aus Berlin“ durch Hermann Otto Solms vor dem Thomas-Dehler-Haus am 22. Februar 2006 war der Start der Kampagne gegen die Mehrwertsteuerpläne von Schwarz-Rot. Zeitgleich kreiste ein LKW mit mobilem Großflächenplakat vor dem Kanzleramt. Ein Webauftritt mit interaktiver Deutschlandkarte bot den Bürgern die Möglichkeit, Protest-E-Cards an ihre Landesregierung zu versenden. Unterschriftensammlung, Aktionspaket und Werbemittel rundeten das Angebot an die Gliederungen ab. In Zusammenarbeit mit dem liberal Verlag wurde das 1,70 m große Modell des „Mehrwertsteuer-

erhammers“ entwickelt, der bei zahlreichen Wahlkampfveranstaltungen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen Anhalt zum Einsatz kam. Den Höhepunkt der Kampagne bildete die Aktion „Jetzt schlägt's 19!“ vor dem Bundesrat am 16. Juni 2006. Unter großer Medienpräsenz schwingen Andreas Pinkwart, Rainer Brüderle, Ernst Pfister, Martin Lindner, Michael Roolf und Walter Hirche den „Mehrwertsteuerhammer“ gegen einen Gong und läuteten so die Mehrwertsteuererhöhung ein. Der Abschluss der Kampagne war das Online-Weihnachtsrätsel 2006 zu kuriosen Regelungen des Umsatzsteuergesetzes.

Rainer Brüderle bei der Aktion „Jetzt schlägt's 19!“



I. 9. 3. ReForm+ mit Langzeitwirkung. Die liberale Gesundheitsreform



Dirk Niebel, Daniel Bahr, Philipp Rösler.

Am 22. Mai 2006 starteten Dirk Niebel, Daniel Bahr und Philipp Rösler die Gesundheitskampagne der FDP. Dazu fuhr ein Krankenwagen mit dem Modell des Kampagnenmotivs „Tablettenröhrchen“ vor dem Thomas-Dehler-Haus vor. Der FDP-Info-Point wurde zur „Beratungsstelle Liberale Gesundheitsreform“. Neben Aktionspaket und Werbemitteln gestaltete die Abteilung Strategie und Kampagnen die Kampagnenwebsite gesundheit.fdp.de, auf der u. a. die Reformvorstellungen der FDP, aktuelle Kampagnenberichte, eine Datenbank mit FDP-Gesundheitspolitikern und eine Eingabemöglichkeit für Kampagnenbotschafter

zu finden waren. Auch Zielgruppenprojekte mit Fachärzten wurden organisiert. Große Medienaufmerksamkeit fand eine Aktion unter dem Motto „Gute Besserung“ am 2. Juni 2006 vor dem Kanzleramt. Nochmals zeigte die Abteilung gemeinsam mit Dirk Niebel am 7. September 2006 vor dem Reichstag Flagge: „Die Gesundheitsreform der Koalition: nichts Halbes und nichts Ganzes“. Eine Protest-E-Card-Aktion, die Teilnahme an Kundgebung und Protestzug zum 4. Nationalen Protesttag der Ärzte am 22. September 2006 sowie Informationsstände bei Gesundheits- und Ärztekongressen rundeten die Kampagnenaktivitäten ab.

I. 9. 4. Kampagne „Kultur: die Energie für unsere Zukunft“

Hinter der Kulturkampagne der FDP steht die Überzeugung, dass nur in einer kreativen Gesellschaft Ideen entstehen, die eine Zukunft in Wohlstand garantieren. Als Dach der Kampagne entstand im Internet der Auftritt kultur.fdp.de u. a. mit dem „Liberalen Kulturkalender“ und vielen Berichten zu Aktivitäten der FDP-Gliederungen. Mit künstlerischem Anspruch gestaltetes Werbematerial, ein Leitfaden mit zahlreichen Aktionsvorschlägen vor Ort, eine Musterpräsentation der Kampagne erleichtern das Mitmachen. Die Kampagne wurde von Guido Westerwelle, Hans-Joachim Otto und Dieter Hallervorden am 22. Januar 2007 im Art-Center Berlin eröffnet. Die Bundesvorstandssitzung am 5. März 2007 bereicherte ein Mobile mit liberalen Leitbegriffen aus der Hand des Künstlers Rupprecht Matthies. Im Zusammenwirken mit dem Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks fand am 28. März 2007 die Präsentation des Brot-Plakat



„Da steckt Kultur drin!“ statt – Ausdruck des weiten Kulturbegriffs der Liberalen. Zudem wurde die Kampagne über zahlreiche Artikel in der elde, Vorträge und Auftritte, wie den Kampagnenstand beim „Liberalen 1. Mai“, in die Partei hinein kommuniziert.

Der Vizepräsident des Deutschen Bäckerhandwerks Klaus Hottum und Hauptgeschäftsführer Eberhard Groebel übergeben Guido Westerwelle das erste gebackene FDP-Plakat.



I. 10. Sitzungen der Hauptgeschäftsführer

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 12 Hauptgeschäftsführersitzungen inklusive einer Klausurtagung sowie der ersten virtuellen HGF-Sitzung durchgeführt:

Am 22. Juni 2005 in Berlin, am 11. August 2005 in Hannover, am 29. September 2005 in Dresden, am 13. Dezember 2005 in Berlin, am 15. Februar 2006 in Stuttgart, am 24. April 2006 in Berlin. Vom 7. bis 9. Juni 2006 eine Klausurtagung in Fleesensee. Weitere Sitzungen am 19. September 2006 und am 19. Dezember 2006 jeweils in Berlin. Am 8. Februar 2007 in Bonn und am 26. April 2007 in Berlin. Die erste virtuelle HGF-Sitzung fand am 8. Juni 2006 statt.

Der Hauptschwerpunkt der Arbeit des von FDP-Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Beerfeltz geleiteten Kreises, dem neben den 16 Hauptgeschäftsführern die Jungen Liberalen und weitere Vertreter der liberalen Familie und das Dienstleistungsumfeld der FDP angehören, besteht in der Koordinierung und Abstimmung verschiedenster Maßnahmen zwischen Landes- und Bundesebene, im gegenseitigen Informationsaustausch und in der weiteren Professionalisierung der Kampagnen- und Parteilarbeit.

Wussten Sie,

**dass allein im Jahr 2006
367 Presseinformationen „fdk“
veröffentlicht wurden?**

Die ersten beiden Sitzungen des Jahres 2005 standen ganz unter dem Zeichen der Vorbereitungen auf den Bundestagswahlkampf, der für uns dann auch weniger überraschend schon am 18. September 2005 stattfand. Binnen kurzer Zeit ist es dem Kreis gelungen, eine über alle Landesverbände vernetzte und einheitliche Wahlkampagne zu realisieren und erfolgreich bis in die kleinste Gliederung vor Ort zu transportieren.

Neben solchen organisatorischen und administrativen Abstimmungsprozessen spielt aber nicht nur die Vorbereitung von Wahlkämpfen – auf Bundes- wie auf Landesebene – eine wichtige Rolle. Auch die Nachbereitung und detaillierte Analyse von Wahlkämpfen findet regelmäßig in diesem Gremium statt.

Bereits vor einigen Jahren hat man sich aufgrund knapper Ressourcen darauf verständigt, dass Wahlkämpfe auf Landesebene eine Gemeinschaftsaufgabe sind, die einer gegenseitigen Unterstützung und einer engen Abstimmung bedarf. Nur so konnte es in den letzten beiden Jahren gelingen, dass Ressourcen effektiv genutzt und organisatorische wie finanzielle Synergieeffekte geschaffen wurden. Ein Blick auf die Landtagswahlergebnisse – gerade auch in kleineren Landesverbänden wie bspw. Mecklenburg-Vorpommern – haben gezeigt, dass dieser gemeinsam eingeschlagene Weg erfolgreich ist.

Neben den Wahlkämpfen beschäftigt sich der Kreis der Hauptgeschäftsführer aber auch mit der Vorbereitung und Unterstützung von thematischen Kampagnen der Bundespartei sowie mit dem Ausbau der Aktivitäten der FDP im Internet. So entstand beispielsweise in dem Kreis der Hauptgeschäftsführer die Idee, die erfolgreiche liberale Kommunikationsplattform my.FDP durch eine Regionalisierung ihres Angebots für die Landesverbände und letztlich für die User noch wertvoller und informativer zu machen.

Wussten Sie,

**dass im Berichtszeitraum
86 „frei-briefe“ auf
elektronischem Wege
verschickt wurden?**

Neben den im Berichtszeitraum gestarteten Kampagnen „Selbstdenker gesucht“, „Reform+ - Die liberale Gesundheitsreform“, „Stoppt die Mehrwertsteuer“, und „Kultur: Die Energie für unsere Zukunft“ wurde gerade in Bezug auf Mitgliederwerbung und -betreuung von den Hauptgeschäftsführern und der Bundespartei weiterer Handlungsbedarf gesehen. Man verständigte sich gemeinsam darauf, ein entsprechendes Konzept noch in diesem Jahr zu beraten und vorzulegen.

Ebenfalls im Berichtszeitraum setzte der Kreis der Hauptgeschäftsführer eine Arbeitsgruppe „Moderne Geschäftsstellenarbeit“ unter der Leitung von Gabriele Renatus ein. Das Ziel der Arbeitsgruppe ist es, ein Konzept für eine modernere, bürgernähere, offenere und dialogorientiertere Gestaltung der FDP-Landesgeschäftsstellen zu erarbeiten.

Zudem war der Kreis maßgeblich an der Erarbeitung des CRM-Konzepts „Lebendige FDP vor Ort - aktiv attraktiv“ beteiligt, dass sich u. a. zum Ziel gesetzt hat, mit neuen Veranstaltungsformen die Parteiarbeit vor Ort für die Menschen noch attraktiver zu gestalten. Darüber hinaus unterstützt der Kreis der Hauptgeschäftsführer auch die Arbeit der Arbeitsgruppe „Großstadt-Offensive“.

Regelmäßig treffen sich die Landesschatzmeister mit Bundesschatzmeister Hermann-Otto Solms.





Die Abgeordneten der FDP im Europa-Parlament.

I. 11. LI und ELDR

I. 11. 1. Liberale Internationale (LI)

Die Liberale Internationale (LI) wurde 1947 ins Leben gerufen und ist mit den Mitgliedsparteien, -organisationen und beobachtenden Parteien das größte internationale Netzwerk für demokratische und liberale Ideen. Die LI ist somit auch die wichtigste Plattform für die Verbreitung und Festigung liberaler Werte auf der ganzen Welt.

2007 vereint die LI bereits 65 Mitgliedsparteien, 24 beobachtende, sich nähernde Parteien mit 10 Partnerorganisationen und einem selbstständigen Mitglied. In 19 Ländern sind Mitgliedsparteien der LI an Regierungen beteiligt: u. a. in Andorra, Belgien, Lettland, Dänemark, Estland, Finnland, Honduras, Guatemala,

Kenia, Schweden, Rumänien, Philippinen, Taiwan, Malaysia, Senegal, Marokko und Burkina Faso.

Die drei ausführenden Gremien der LI, der Kongress, das Büro und der Vorstand, koordinieren die weltweite Arbeit der LI für mehr Freiheit des Einzelnen, Menschenwürde, Menschenrechte, Rechtsgrundsätze, Toleranz, Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit, freien Handel, Marktwirtschaft, eine zukunftsfähige Umwelt und internationale Solidarität.

Jährlich zeichnet die LI besonders engagierte Liberale mit dem Friedenspreis aus. 2005 erhielt Antonino Zichichi den Preis für seine

Errungenschaften in der Physik und seine besonderen Bemühungen um die Sicherheit aller Menschen. 2006 wurde Sam Rainsy für seinen unermüdlichen Kampf um mehr Freiheit und Demokratie in Kambodscha geehrt. Aleksandar Milinkovic erhielt 2007 den Friedenspreis der LI für seine Unterstützung der demokratischen Opposition in Weißrussland.

Die Verleihung des Friedenspreis in den Jahren 2005-2007 zeigt, welche thematischen Schwerpunkte durch die LI gesetzt wurden: die internationale Sicherheit, die Stärkung von Demokratien, der Einsatz für und der Schutz von Menschenrechten sowie die weltweite Armutsbekämpfung.

Im Berichtszeitraum 2005-2007 fanden im Jahr 2005 der 53. LI-Kongress in Sofia (Bulgarien), das Executive Committee Meeting 2005 auf Mallorca, das Executive Committee Meeting 2006 in Manila (Philippinen), der 54. LI-Kon-

gress 2006 in Marrakesh (Marokko) und das Executive Committee Meeting 2007 in Cancun (Mexiko) statt.

Im November 2007 feiert die LI mit einem „Kongress liberaler Denker“ und einem Executive Committee Meeting ihr 60-jähriges Bestehen in Hamburg. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und die FDP unterstützen die Liberale Internationale bei der Vorbereitung und der Durchführung der dazu gehörenden Veranstaltungen.

Die Delegierten der FDP zur Liberalen Internationale beteiligen sich intensiv an den Aktivitäten der LI und setzen wichtige Impulse in deren Arbeit: Dr. Wolfgang Gerhardt gehört als Vize-Präsident der LI seit 2002 an und bestimmt als Mitglied des Executive Committee Meetings so die Geschicke des Internationalen Netzwerkes der LI mit.

Protest der europäischen FDP-Abgeordneten gegen zwei EU-Parlamentssitze.



I. 11. 2. Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei (ELDR)

Auf europäischer Ebene sind liberale Parteien aus mehr als 30 Ländern in der Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei (ELDR) zusammengeschlossen. Diese hat ihren Sitz in Brüssel und verzeichnet 2007 insgesamt 51 Mitgliedsparteien, die für liberale Ideen, Demokratie und Reformen in Europa eintreten.

Die FDP entsendet regelmäßig Vertreter in die verschiedenen Exekutivorgane der ELDR. Zum Kongress der ELDR (= großer Parteitag) stellen die deutschen Liberalen 42 Vertreter und zusätzliche Ersatzvertreter. Zum Rat der ELDR (= kleiner Parteitag) werden 9 Vertreter und ergänzende Ersatzvertreter gewählt. Die Vertreter und Ersatzvertreter zum Kongress der ELDR und zum Rat der ELDR werden alle zwei Jahre, zeitlich versetzt, gewählt. 2006, auf dem 57. Ordentlichen Bundesparteitag der FDP in Rostock, fand die Wahl der Delegierten zum Rat der ELDR statt. Die Wahl der Delegierten zum Kongress der ELDR wird 2007 auf dem 58. Ordentlichen Bundesparteitag in Stuttgart durchgeführt.

Die Wahl der Kongress-Vertreter und deren Ersatzvertreter hat 2007 eine besondere Bedeutung, da der ELDR-Kongress unter dem Titel „Europa als globaler Partner“ im Herbst 2007 in Berlin veranstaltet wird. Liberale aus der ganzen Welt diskutieren dann über die Zukunft der europäischen Länder und die Vorteile der Globalisierung für Europa. Zusätzlich wird auf dem Kongress über den Klimawandel und die Verbreitung europäischer Werte für die zukünftige Sicherung der europäischen Identität beraten.

Im Europäischen Parlament bildet die ELDR zusammen mit den Zentristen der Europäischen Demokratischen Partei (EDP) die „Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa“, kurz ALDE. Diese vereint im Jahr 2007 insgesamt 106 Mitglieder (MdEPs) aus 22 Ländern. Unter der Führung des britischen Liberalen Graham Watson behauptet sich die ALDE als drittstärkste politische Kraft im Europäischen Parlament. Die FDP-Europaabgeordnete Dr. Silvana Koch-Mehrin ist die stellvertretende Vorsitzende der ALDE-Fraktion. Sie leitet gleichzeitig die deutsche Gruppe.

Im Berichtszeitraum engagierte sich die ALDE thematisch vor allem für mehr Transparenz in der Europapolitik und Patientenrechte. Der Vorsitzende der ALDE-Fraktion, Graham Watson, wird auf dem 58. Ord. Bundesparteitag in Stuttgart über die Aktivitäten und Herausforderungen der Fraktion berichten. Die sieben deutschen Mitglieder der ALDE-Fraktion unterstützen die One-Seat-Initiative der ALDE, die sich dafür einsetzt, dass das Europäische Parlament nur noch an einem Ort zusammentritt. Derzeit tagt das Parlament im Wechsel in Brüssel (Belgien) und Straßburg (Frankreich).

Die Jugendorganisation der ELDR ist das European Liberal Youth Movement, LYMEC. Im April 2007 fand der jährliche Kongress der LYMEC in Berlin unter dem Titel „The World is Changing: What about Europe?“ statt. Dr. Werner Hoyer, ehemaliger Präsident der ELDR, Günter Verheugen, Vize-Präsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Industrie und Unternehmenspolitik, Dr. Guido Westerwelle, Bundesvorsitzender der FDP sowie Johannes Vogel, Vorsitzender der JuLis, wirkten als Redner am Kongress mit.

I. 12. Internet

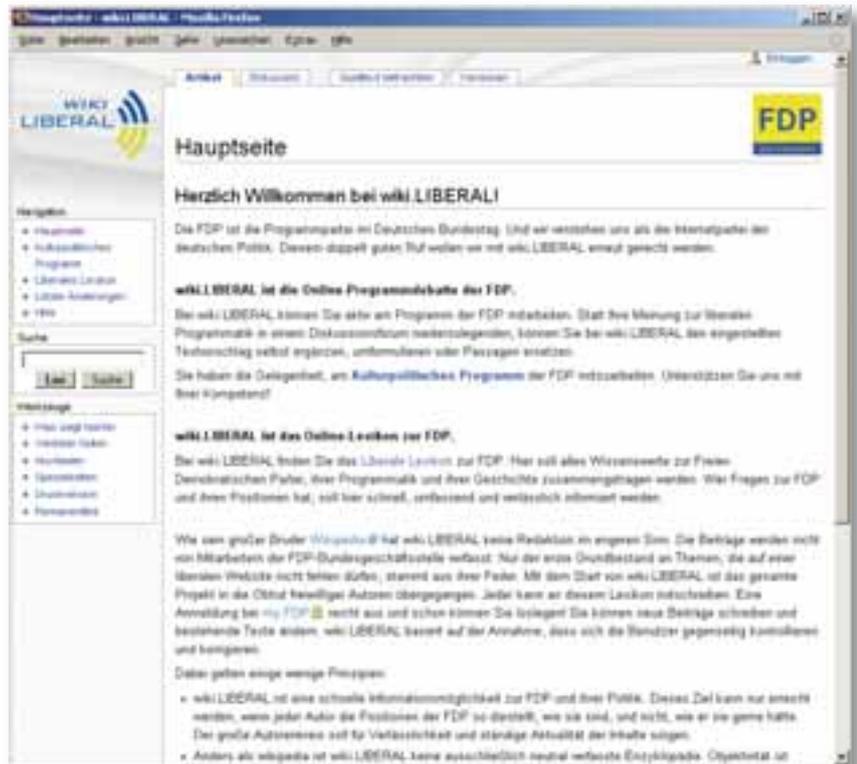
Das Online-Informationsangebot der FDP ist im August 2005 mit einem völlig neu konzipierten Auftritt ans Netz gegangen. In fünf Themen-Channels werden die Schwerpunkte News, Kampagnen, Community, Bildung und Service angeboten. Journalisten berichten tagessaktuell über die Arbeit der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, die liberale Politik in den Bundesländern und die Seminare und Initiativen der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Ein optimiertes Design erleichtert dabei die Navigation innerhalb des Internet-Auftritts.

Der Dialog mit den Bürgern steht im Mittelpunkt aller Internetaktivitäten der Liberalen. Und so sind mit dem überarbeiteten Auftritt neue interaktive Angebote hinzugekommen, die die Tür zu einer neuen Form politischer Kommunikation aufgestoßen haben.



I. 12. 1. wiki.LIBERAL

Mit dem wiki.LIBERAL baut die FDP auf den guten Erfahrungen mit den Online-Debatten des Bürgerprogramms 2002 und des Deutschlandprogramms 2005 auf. Zusammen mit allen FDP-Mitgliedern und Interessierten erarbeiten die Liberalen ein „Lexikon zur FDP“, bei dem jeder mitschreiben kann. Den Anfang nahm wiki.LIBERAL mit der Online-Programmdiskussion zum Thema „Digitale Demokratie.“ Über 400 Änderungen sind in das „Positionspapier der Liberalen Community“ eingeflossen. Ähnlich erfolgreich verlief die Diskussion zum kulturpolitischen Programm der FDP, die im April 2007 endete. Der Textentwurf wurde Grundlage für die Beratungen des kulturpolitischen Leitendrings zum Bundesparteitag.





I. 12. 2. Internet Intern heißt my.FDP

Mit dem Start der liberalen Kommunikationsplattform my.FDP im August 2005 haben die Liberalen ein neues Zeitalter in der politischen Kommunikation eingeläutet. Mit my.FDP ist es den Liberalen gelungen, erfolgreiche Tools des Web 2.0 in die Welt der politischen Kommunikation zu überführen und eine Plattform für aktive Mitwirkungschancen zu etablieren. Die FDP hat damit dem Netzwerk-Gedanken im politischen Alltag eine ganz neue Qualität gegeben.

Der erfolgreiche Start von my.FDP hat gezeigt, dass diese Strategie aufgegangen ist. Mit über 150.000 Seitenaufrufen und knapp 1.000 frei geschalteten Profilen erfreute sich die Kommunikationsplattform bereits im ersten Monat nach ihrem Start einer großen Beliebtheit. Mittlerweile gibt es 6.000 freigeschaltete Profile, 2.100 Interessenten und über 5.000 aktive Mitglieder.

Im Bereich „Persönlich“ können die User ihr eigenes Profil verwalten, persönliche Daten von sich einstellen, ihre Kontaktdaten hinter-

legen oder ein eigenes Foto hochladen. Dort findet sich auch das Punktekonto, auf dem alle Punkte, die man für die verschiedenen Aktionen innerhalb der Plattform bekommen hat, übersichtlich aufgelistet sind. Diese Punkte kann man dann gegen Prämien im my.fdp-Shop einlösen.

Der Bereich „Community“ ist das Herzstück von my.FDP. Dort können die eigenen Kontakte verwaltet, Nachrichten geschrieben oder andere Mitglieder gesucht werden. In so genannten „geschlossenen Gruppen“ kann jeder registrierte Nutzer mit Leuten diskutieren, die sich für dieselben Politikbereiche interessieren. Dort kann frei über politische Inhalte diskutiert werden. (Neu-) Mitglieder erhalten dadurch eine Mitwirkungschance jenseits der an Präsenz gebundenen Arbeit im Ortsverband.

Über den my.FDP-Messenger können sie in Echtzeit kommunizieren und Fotos und Dokumente austauschen. Ein weiterer Schritt zu mehr Serviceorientierung heißt wiki.LIBERAL. Im Stil des großen Bruders Wikipedia wird hier alles Wissenswerte zur Freien Demokratischen Partei, ihrer Programmatik und ihrer Geschichte zusammengetragen.

Im „Service“-Bereich findet man neben einer Experten-Datenbank die Möglichkeiten, den Newsletter, den „frei-brief“ der FDP und die Meldungen von Partei, Fraktion und Stiftung zu abonnieren. Nicht zu vergessen: Von dort kann man auch SMS-Nachrichten verschicken.

Der „Mitglieder“-Bereich wartet mit allen wichtigen Informationen für Mitglieder auf. Die liberale Stellenbörse ist dabei ein ganz besonderer Service: Sie ist das Verzeichnis liberaler Anbieter von Stellenangeboten und Stellengesuchen schlechthin.

I. 12. 3. Online-„Tagebücher“

FDP-Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Beerfeltz berichtete 2005 online von seinem spannenden Alltag in der heißen Phase des Wahlkampfes. Unter <http://blog.fdp.de/> waren die Eindrücke und Berichte des liberalen Wahlkampfmanagers zu finden. Weitere „Live“-Berichterstattung im Internet bot auch der Blog vom FDP-Reformexpress vor der Bundestagswahl, wo täglich die neuesten Nachrichten zur Deutschlandtour '05 zu finden waren. Inzwischen kommentiert FDP-Generalsekretär Dirk Niebel in seinem Blog regelmäßig das aktuelle politische Tagesgeschehen.



I. 12. 4. Kampagnen im Netz

Anfang Januar 2006 hat die FDP ihre Mitgliederwerbekampagne „Selbstdenker gesucht“ gestartet, die mit Großflächenplakaten, Zeitungsanzeigen und mit der Homepage www.selbstdenker-gesucht.de um Engagement in der Politik und für eine FDP-Mitgliedschaft wirbt. Über 1.370 Menschen sind bislang der Einladung gefolgt und unterstützen als Selbstdenker auf der Website ganz aktiv die Idee der Freiheit. Mehr als 186 Selbstdenker-Testimonials sind schon online. Die Beteiligungsmöglichkeiten sind vielfältig: Schon bei der Vorbereitungsphase der Kulturkampagne (kultur.fdp.de) ist die Bundesgeschäftsstelle einen ungewöhnlichen Weg gegangen. Sie hat im Internet über das zentrale Plakatmotiv abstimmen lassen. Und weil dies positiv aufgenommen wurde, fand diese Beteiligungsmöglichkeit eine Fortsetzung bei der Familien-Kampagne. Hier war jeder aufgerufen, das schönste Familienbild einzusenden, das die Bundespartei ihren Gliederungen vor Ort anbieten wird. Bei der Gesundheitskampagne (gesundheit.fdp.de)

setzten die Liberalen unter anderem mit e-Cards auf den viralen Effekt der Kommunikation im Internet. Das Angebot der Partei an Mandatsträger und Untergliederungen, sich im Corporate Design der FDP einen eigenen Webauftritt einzurichten, wurde weiter entwickelt. Bei stabilen Preisen wurden die abrufbaren Grafikvorlagen und die Serviceleistungen verbessert. Auch ein spezielles Angebot für Landesverbände wurde entworfen.



I. 12. 5. Unterstützung für den FDP-Bürgerfonds



Seit Beginn des Jahres 2007 kann auch der FDP-Bürgerfonds einen neuen Internet-Auftritt vorweisen. Auf den klar strukturierten Seiten finden sich die Berichte über Veranstaltungen, regelmäßige Aktionen und Terminhinweise. Unter dem Motto „Bürgerfonds statt Gesundheitsfonds: Bei uns zahlen Sie freiwillig“, sind alle dazu eingeladen, beim Politikwechsel für Deutschland mitzumachen.

Die Erfolgsgeschichte von my.FDP soll weitergehen. Auch in 2007 wird die Plattform um diverse Angebote erweitert: So ist als nächster Schritt die stärkere Personalisierung der persönlichen Startseite geplant. Das heißt unter anderem, dass jeder User die letzten Beiträge in den eigenen geschlossenen Gruppen angezeigt bekommt. Außerdem kann er dann auch immer gleich sehen, wer zuletzt sein Profil besucht hat. Für diejenigen, die die geschlos-

senen Gruppen als Arbeitswerkzeug für die Gremienarbeit verstehen, gibt es schon bald die Möglichkeit, dort auch ihre Dokumente untereinander auszutauschen und einen gemeinsamen Terminkalender zu pflegen. Um auch der herkömmlichen Parteilarbeit der Gliederungen vor Ort neue Impulse zu geben, wird auch an der Regionalisierung auf Landesebene gearbeitet. Alles was die Kommunikationsplattform auf Bundesebene leistet, können die Landesverbände dann auf ihre Ebene übertragen.

Das Ziel: Eine starke Erweiterung der liberalen Basis im Internet. Die FDP wird in diesem Jahre als erste Partei ihre Auftritte vernetzen und die Online-Büros ausbauen, um die Bürgerinnen und Bürger an politischen Prozessen und Entscheidungen zu beteiligen und die Handlungsfähigkeit der Liberalen im Internet auf eine neue Stufe zu heben.

I. 13. FDP-Landesverband LV Net

Vorsitz: Maja Pfister

Der Umzug des FDP LV Net unter das Dach der FDP-Community my.FDP, in dem der Verband seit einem Jahr eine Plattform für Diskussionen, Abstimmungen und Wahlen gefunden hat, ist erfolgreich abgeschlossen. Mit neuem Elan haben die Mitglieder des virtuellen FDP-Landesverbandes die Debatten über aktuelle politische Themen in den ständigen Foren wieder aufgenommen. Nicht nur Themen mit augenscheinlichem Bezug zu Computern und Internet wie die geplante GEZ-Gebühr auf online-fähige Rechner oder die sog. „Bundestrojaner“, mit denen heimlich Festplatten ausspioniert werden sollen, stießen auf besonderes Interesse. Die Themen Außenpolitik, Bürgergeld und neue Wege der Parteiarbeit sorgten kontinuierlich für interessante Diskussionen. Neben bundesunmittelbaren FDP-Mitgliedern und FDP-Mitgliedern im Ausland engagieren sich FDP-Mitglieder im Internet-Landesverband, die sich aufgrund von Familienphase, beruflicher Mobilität, ungewöhnlicher Arbeitszeiten oder anderer persönlicher Gründe orts- und zeitunabhängig an der Parteiarbeit beteiligen wollen. Die Mitglieder des FDP LV Net nutzen auch engagiert die neue Möglichkeit der Programmarbeit im Internet, die die FDP mit wiki.LIBERAL zur Verfügung stellt.

Der jährlich stattfindende Parteitag stand Ende 2006 ganz im Zeichen der Programmatik. Neben einem umfassenden Antrag zum Verbraucherschutz, den der Vorstand als Leitantrag eingebracht hatte, standen spannende Debatten zu Anträgen aus den Bereichen Bildungspolitik ebenso wie Innenpolitik oder Verteidigung auf der Tagesordnung. Der FDP LV Net ist davon überzeugt, dass in Themen wie dem Verbraucherschutz ein Potential für die Partei liegt, mehr

Menschen insbesondere in den Städten von liberaler Politik zu überzeugen. Die Beschlüsse sind auf der Website des Verbandes unter lvnet.fdp.de zu finden.

Ein Thema, das den FDP LV Net nicht nur aufgrund eigener Erfahrung in der täglichen Parteiarbeit besonders interessiert, konnte im Herbst bei einem Kongress des FDP Bürgerfonds aufgegriffen werden: E-Government und E-Democracy. Die Vorsitzende des FDP LV Net, Maja Pfister, leitete bei dem gut besuchten Fachkongress in Berlin den Workshop E-Democracy, in dem es nicht nur um Online-Wahlen, sondern insbesondere um die Frage ging, wie die neuen Medien für mehr Bürgerbeteiligung an demokratischen Prozessen genutzt werden können. Der FDP LV Net als virtueller Verband ist ein Praxisbeispiel für E-Democracy – und gerade an einem Parteiverband, der nur im Internet existiert, lässt sich sehr deutlich sehen, dass es vor allem um die Möglichkeit zum Austausch untereinander, zur Debatte geht – und gerade nicht nur primär ums Abstimmen. Neue Medien für mehr Bürgerbeteiligung zu nutzen kann kein Selbstzweck sein, sondern eine Möglichkeit, es den Menschen zu erleichtern, sich mit ihren Ideen einzubringen und dadurch die Chance zu erhalten, demokratische Entscheidungen zu beeinflussen.



I. 14. FDP-Bürgerfonds

Leitung: Hermann Otto Solms

Der FDP-Bürgerfonds ist eine eigenständige Organisationseinheit innerhalb der Bundesgeschäftsstelle der FDP. Er arbeitet unter der politischen Leitung des Bundesschatzmeisters Dr. Hermann Otto Solms. Seine Geschäfte werden von Jörg Arntz in enger Abstimmung mit dem Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Beerfeltz geführt. Die wesentliche Aufgabe des Bürgerfonds ist es, neue Aktivitäten zu entwickeln und durchzuführen, um ein breiteres Umfeld an Sympathisanten und Unterstützern für die FDP zu gewinnen und diese dauerhaft an die FDP zu binden. Dazu zählt auch die Stärkung der finanziellen Basis und der Kampagnenfähigkeit der Partei, damit sie auch bei unvorhersehbaren politischen Veränderungen (z. B. vorgezogene Neuwahlen oder Bildung neuer Koalitionen) jederzeit handlungsfähig ist.

Inzwischen ist der Bürgerfonds ein leistungsfähiges Netzwerk aus Wirtschaft, Kultur und Politik, das sich in vielfältiger Weise für die FDP einsetzt. Dies drückt sich durch viele Aktionen aus, die durch den FDP-Bürgerfonds koordiniert und unterstützt werden.

In der Prominenteninitiative werden Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kultur, Medien und Sport betreut. Daneben richtet der FDP-Bürgerfonds in Zusammenarbeit mit dem FDP-Bundesverband eine Reihe von eigenen Veranstaltungen aus. Insbesondere thematische Kongresse zu diversen, meist wirtschaftsorientierten Themen helfen, dem Netzwerk eine breitere Präsenz zu verschaffen.

Guido Westerwelle mit dem Berliner Kunstmäzen Erich Marx.





Fachtagung des FDP-Bürgerfonds zur Grünen Gentechnik.

In den Jahren 2005–2007 wurden insgesamt 10 Kongresse zu den Themen: Bildung, Energie, Gesundheit, Grüne Gentechnik, Sportwetten, REITs, E-Democracy, soziale Marktwirtschaft sowie ein Generationenkongress ausgerichtet, die alle durch (oft sehr mühselige) Einwerbung von Sponsoren vollständig finanziert wurden.

Zudem organisiert der Bürgerfonds Verbandsgespräche, bei denen Verbandsvertreter mit den FDP-Spitzenpolitikern zusammentreffen, regelmäßige Gespräche mit dem Generalsekretär Dirk Niebel und andere Veranstaltungen, wie VIP-Programme an Bundesparteitagen und Wahlpartys.

Besonders erfreulich ist es, dass vom Netzwerk in den Jahren 2005–2007 insgesamt 33 erfolgreiche Fundraising Dinner zu Gunsten des FDP-Bürgerfonds organisiert wurden. Es ist schön, dass so viele einladende Personen ein so starkes Bekenntnis zu den Ideen und Personen der Freien Demokraten geben. Dies erzeugt einen erheblichen Multiplikatoreffekt in der Außenwirkung der FDP.

Gerade im kurzfristig anberaumten Bundestagswahlkampf 2005 war es für die FDP von herausragender Bedeutung, schnellen und unkomplizierten Kontakt zu Unterstützern nut-

zen zu können. Durch das Netzwerk des Bürgerfonds konnte ein nicht unerheblicher Anteil des Wahlkampfes finanziert werden. Zudem konnten wir eine Prominenteninitiative kurzfristig koordinieren, die durch Anzeigen insgesamt knapp 5 Millionen Leser unmittelbar im Vorfeld der Bundestagswahl erreicht hat.

Der Bürgerfonds ist besonders stolz darauf, dass er in der Lage war, die Geburtstage von Hermann Otto Solms, Klaus Kinkel und Hans-Dietrich Genscher organisatorisch und finanziell erfolgreich zu unterstützen. Zugleich war der Bürgerfonds durch diese Ereignisse in der Lage, bedeutende Spendenergebnisse zu erzielen, da die Jubilare von den Gästen keine Geschenke wollten und stattdessen Spenden an den Bürgerfonds erbeten hatten. Dies zeigt, dass der Bürgerfonds auch innerhalb der FDP einen hohen Stellenwert und eine große Akzeptanz erreicht hat.

Das Ziel für die kommenden Jahre ist es, das Netzwerk des Bürgerfonds weiter auszubauen und neue Aktionsformen zu entwickeln und zu erproben. Damit soll die Basis für eine noch erfolgreichere Unterstützung der Partei in persönlicher, sachlicher und finanzieller Art verbreitert werden.



Guido Westerwelle und Wolfgang Gerhardt.

I. 15. Wahlkämpfe

Die FDP: Weiter auf dem Weg nach oben!

Seit dem 1. Januar 2005 haben insgesamt neun Wahlen stattgefunden: Die **Bundestagswahl 2005** und sieben Wahlen zu Landesparlamenten (Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein). Dabei verbesserte sich die FDP bei fünf Wahlen. Lediglich in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Berlin musste sie Einbußen hinnehmen.

Bei der **Bundestagswahl** am 18. September 2005 erzielte die FDP mit **9,8 Prozent** das beste Ergebnis seit 1990. Gegenüber 2002 (7,4 Prozent) legte sie 2,5 Prozentpunkte zu.

Ihr gelang der Wiedereinzug in das Parlament von Mecklenburg-Vorpommern. In Bremen erreichten die Liberalen nach 12 Jahren wieder Fraktionsstärke.

Ergebnisse bei Landtagswahlen im Einzelnen:

Bei der **Landtagswahl in Baden-Württemberg** (26. März 2006) konnte die FDP ihr Ergebnis um 2,6 Prozentpunkte auf 10,7 Prozent verbessern. Damit erreichte der FDP-Landesverband Baden-Württemberg das derzeit beste Ergebnis der FDP bei aktuellen Landtagswahlen.

Bei der [Berliner Abgeordnetenhauswahl](#) am 17. September 2006 konnten die Liberalen, trotz leichter Verluste, mit einem Ergebnis von 7,6 Prozent ihr zweitbestes Ergebnis nach der Wiedervereinigung verbuchen.

In die [Bremer Bürgerschaft](#) konnte die FDP nach der Wahl am 13. Mai 2007 mit Fraktionsstärke einziehen. Gegenüber 2003 verbesserte sie sich insgesamt um 1,75 Prozentpunkte.

In [Mecklenburg-Vorpommern](#) verdoppelte die FDP bei den [Landtagswahlen](#) am 17. September 2006 ihr gutes Ergebnis aus 2002 und errang 9,6 Prozent. Damit zogen die Freien Demokraten erstmals seit 1990 wieder in den Schweriner Landtag ein.

Nach den Wahlen in [Nordrhein-Westfalen](#) (22. Mai 2005) ist die FDP mit 6,2 Prozent der Stimmen an einer weiteren Landesregierung beteiligt.

Auch bei der [Landtagswahl in Rheinland-Pfalz](#) (26. März 2006) konnte die FDP ihr Ergebnis verbessern und weitere Mandate hinzugewinnen.

Die Liberalen verzeichneten bei den Wahlen zum [Landtag von Sachsen-Anhalt](#) am 26. März 2006 einen Rückgang auf 6,7 Prozent der Stimmen.

Bei der Wahl zum [Landtag von Schleswig-Holstein](#) (20. Februar 2005) konnte die FDP mit 6,6 Prozent ihren Platz als dritte Kraft im Landesparlament behaupten. Sie führt nun die Opposition zur schwarz-roten Koalition im Land zwischen Nord- und Ostsee an.

Damit sind die Liberalen an [drei Landesregierungen](#) (Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen) beteiligt und sind in [12 Landesparlamenten in Fraktionsstärke vertreten](#). Im Mai 2001 waren es lediglich fünf. Gegenwärtig ist die FDP nur in vier Landesparlamenten nicht vertreten (Bayern, Brandenburg, Hamburg und Thüringen).

Die FDP verfügt über [107 Mandate in Landesparlamenten](#) (4. Mai 2001: 55), [61 \(43\) Bundestagsabgeordnete](#) und [7 Europaabgeordnete](#). Insgesamt verfügt die FDP heute über [175 Mandate \(mit Landesministern und Staatssekretären sogar 187\)](#) im Vergleich zu 102 Mandaten 2001.



I. 16. Liberaler Parteiservice (LiPS)

**Vorsitzender des LiPS-Beirates:
Hans-Jürgen Beerfeltz**

**Geschäftsführender Koordinator:
Karl-Heinz Rübesamen**

„Frei für Politik“, unter diesem Motto hat der Bundesvorstand vor einigen Jahren ein Bündel an Maßnahmen beschlossen. Aus diesem Beschluss resultierte die Gründung des Liberalen Parteiservice (LiPS) am 10. November 1999 durch den Bundesverband und die Landesverbände. Ziel ist es, die Dienstleistungsfähigkeit der Partei durch größere Kooperation zwischen den Landesverbänden, durch Verlagerung von organisatorischen Aufgaben und durch Schaffung eines gemeinsamen Angebots für zentrale Dienstleistungen zu stärken.

Der Tätigkeitsschwerpunkt dieser Organisationseinheit, die finanziell je zur Hälfte von der Bundespartei und den Landesverbänden getragen wird, liegt im Bereich der Buchhaltung und

Rechenschaftslegung für die Gliederungen der Partei. Zudem ist der Liberale Parteiservice sowohl für Organisationsdienstleistungen als auch für Schiedsgerichts- und Satzungsfragen zuständig.

Aufgrund der erheblich verschärften Anforderungen des Parteiengesetzes hat der Bundesschatzmeister gemäß § 14 (2) der Finanz- und Beitragsordnung und laut Beschluss der Landesschatzmeisterkonferenz vom 21. März 2003 zur einheitlichen Gestaltung des Rechnungswesens im Sinne des Parteiengesetzes verbindliche Richtlinien herausgegeben. Dazu gehörte im Jahr 2003 die Einführung einer einheitlichen Software für die gesamte Partei und die Vorgabe an die Gliederungen, ihre Buch-

Begehrter Geschäftsbericht auf dem Bundesparteitag in Köln.





Großes Interesse am Angebot von LiPS auf dem Bundesparteitag in Köln.

haltung und Rechenschaftslegung durch den Liberalen Parteiservice in zentralen Buchungszentren bearbeiten zu lassen.

Die Akzeptanz für das neue System ist in der Partei ständig gewachsen. Nahezu alle Gliederungen der Partei haben inzwischen die Zusammenarbeit mit LiPS vertraglich geregelt bzw. reichen die Unterlagen gemäß den Vorgaben des Bundesschatzmeisters ein. Dies ermöglicht der Partei, flächendeckend Korrekturen vor Abgabe des konsolidierten Gesamtberichtes vorzunehmen und führt zur Vermeidung sonst drohender Sanktionen nach dem Parteiengesetz.

Gemeinsam mit der Einführung des Buchhaltungssystems wurde den Gliederungen die Gelegenheit gegeben, die Auswertungen über das sogenannte Web-Portal zu erstellen. Dieses System wurde weiterentwickelt, so dass nunmehr alle Gliederungen die Möglichkeit haben, den Datenbestand ihrer Mitglieder und Interessenten über das Web-Portal zu pflegen. Die Einführung dieses Programms ist ein Meilenstein in der Entwicklung unserer Partei zu einer modernen Dienstleistungsorganisation,

welche bereits von zahlreichen Gliederungen in Anspruch genommen wird. In diesem Zusammenhang fanden zahlreiche Schulungen und Präsentationen vor Ort statt.

Des Weiteren standen folgende Themen im Mittelpunkt:

- Vorbereitung zur Bereitstellung des Beitragseinzuges für die Gliederungen über das Web-Portal
- Haushalts- und Finanzfragen
- Wahlkampfunterstützung für Landesverbände
- Betreuung in den Bereichen Satzung, Schiedsgerichtsbarkeit und Parteirechtsfragen.

Im laufenden Jahr steht die Angebotserweiterung von Organisationsdienstleistungen im Vordergrund der Arbeit von LiPS. Der Liberale Parteiservice sieht seine Aufgabe weiterhin darin, bedarfsorientierte Angebote von Dienstleistungen zu erstellen und somit die organisatorische Schlagkraft der Partei auf allen Ebenen zu verbessern.

Zuversicht statt Zukunftsangst

Von Dr. Guido Westerwelle

Vor zehn Jahren gaben sich die Freien Demokraten ein neues Grundsatzprogramm. Ein Kernsatz lautete damals: „Das größere Risiko liegt heute nicht darin, das Bestehende zu verändern, sondern darin, es nicht zu tun.“ Diese Einsicht ist nach dem Urteil des FDP-Bundesvorsitzenden Westerwelle aktueller denn je. Doch nicht alle Parteien ziehen daraus die gleichen Schlussfolgerungen. Die Unterschiede zwischen der FDP und den anderen Parteien, vor allem der SPD, bleiben groß.

Sch immer lockt die Illusion eines Status quo. Je weniger von der internationalen Krise nach einer Inselromantischen Strömung links sichtbar, im kommunikativen wie im alternativen An den Zäunen um den Heiligendamm werden wir

Globalisierung zu versprechen. Die Heuschrecken-Debatte der SPD findet dort ihre Fortsetzung mit Begriffen wie „anonyme Fondsmanager“ oder Sätzen wie: „Der globalisierte Kapitalismus... lässt alte Ungerechtigkeiten bestehen und schafft darüber hinaus neue Bedrohungen.“ Vier Jahre nach der Agenda 2010 schreibt die SPD ihr Bekenntnis zu „der unsere Geschichte prägenden Idee des demokratischen Sozialismus“ fest.

Bundesinnenminister analysiert, der findet in ihm vielleicht den letzten großen Konservativen, vielleicht auch den konservativen Vorreiter. Die Kaskade der Vorschläge, im Namen der Sicherheit Rechte der Bürger von der Aufweichung des Bankgeheimnisses bis zum pauschalen Sammeln von Fingerabdrücken einzuschränken, verändert das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit. Die Sicherheit, die ursprünglich der Sicherung der Freiheit der

Chance, die verstaatlichte Verantwortung wieder zurück in die Hände der Bürgerinnen und Bürger zu geben. Eigenverantwortung ist der Schlüssel zum Erfolg in der Globalisierung. Eigenverantwortlich kann aber nur der sein, der sein Glück in die eigenen Hände nehmen darf. Gute Bildung und Ausbildung sind die Voraussetzungen dafür. Eigenverantwortung oder, in der angelsächsischen Tradition, das „Streben nach



ft



hrlich nahe bei dem Guantanamo passiert



...ernte Michel fordert eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

SOCIETY

KOLLEGEN
FDP-Chef Guido Westerwelle, Vicky Leandros, Vizebürgermeister von Pöchlarn

BEWEGEND
Udo Jürgens sang „Das ist mein Tag“

TALK AUF KNIEEN Dieter Thomae, Heide Kluge, Barbara Dorschner, Brigitte Schürer

Von Robert Müller

Oer

II. PROGRAMMARBEIT

II. 1. Liberale Foren

II. 1. 1. „Zukunftsforum Deutschland 2020 – die Welt, in der wir leben werden“

Vorsitz: Dirk Niebel

Der Wert der Freiheit: Das ist für die Mitglieder des Zukunftsforums „Deutschland 2020 – die Welt, in der wir leben werden“ Grundidee und Inspiration zugleich. Seit November 2006 arbeiten Top-Experten aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens unter der Leitung des Generalsekretärs Dirk Niebel an Visionen und liberalen Ideen für das Deutschland im Jahre 2020.

Zu den Mitgliedern des Forums zählen u. a. der Direktor der „Prognos“ AG Mathias Bucksteeg, die Gründerin des „Liberalen Netzwerkes“ Dr. Hergard Rohwedder, das Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik, Prof. Dr. Beatrice Weder di Mauro, Prof. Dr. Thomas Straubhaar, Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitutes, Focus-Chefredakteur Helmut Markwort und der Abtprimas des Benediktinerordens Dr. Notker Wolf OSB.

Zukunftsforum
Deutschland 2020.



Im Vordergrund der Arbeit des Forums steht, jenseits jedes ängstlichen Blickes über den Tellerrand der jeweiligen Legislaturperiode und frei von kurzfristigen, tagespolitischen Zwängen und Erwägungen, darüber zu diskutieren, welches die Ursachen für die nach wie vor latent vorhandene Misstimmung in unserem Land sind und was die Entwicklung hemmt. Daraus sollen Konzepte entstehen, die aus liberaler Sicht Antworten auf die Fragen und Herausforderungen der Zukunft geben.

Die ganz „handfesten“ Themen wie die Zukunftsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme im Lichte der demographischen Entwicklung und der Generationengerechtigkeit, die Arbeitsgesellschaft der Zukunft und ein modernes, den internationalen Herausforderungen gewachsenes Bildungssystem stehen bei den Beratungen ebenso zur Debatte wie politisch-ethische Themen. In bislang drei Sitzungen hat das Forum erste Aspekte dieser wesentlichen Themenfelder diskutiert, die im weiteren Verlauf der Arbeit mit den liberalen Vorstellungen für das Deutschland im Jahre 2020 unteretzt werden.

Das Ergebnis der Arbeit des Zukunftsforums, die auf knapp zwei Jahre angelegt ist, wird Mitte 2008 in geeigneter Form präsentiert werden.

Zusätzlich zu den Diskussionen innerhalb des Forums, die ab Mitte 2007 auch durch die öffentliche Debatte der ersten erarbeiteten Papiere im Internet ergänzt werden, führt das Forum auch öffentliche Veranstaltungen durch.

Unter dem Titel „Moral auf Befehl? – Der Bürger im Fadenkreuz der Political Correctness“ fand am 26. April 2007 in Berlin sehr erfolgreich die erste dieser Veranstaltungen statt. Anschließend an ein Impulsreferat von Abtprimas Dr. Notker Wolf diskutierte unter der Moderation von Dirk Niebel das mit der ehemaligen FDP-Generalsekretärin Cornelia Schmalz-Jacobsen, der Publizistin Bettina Röhl, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime in Deutschland Ayyub Axel Köhler, sowie dem Schriftsteller und Journalisten Marko Martin und dem baden-württembergischen FDP-Bundestagsabgeordneten Florian Toncar ebenso hochkarätig besetzte Podium die vielfältigen Facetten und Implikationen des Phänomens „PC“, das, so die einhellige Auffassung der Podiumsteilnehmer, ein wichtiges Zukunftsthema sei, weil sich die politische Korrektheit zunehmend als „Fortschrittsbremse“ erweise und dem notwendigen Diskurs in der Gesellschaft entgegenstehe. Die nächste Veranstaltung – Thema: Humanes Management – ist für Spätherbst 2007 geplant. Die Mitgliederzeitschrift „elde“ wird regelmäßig über die weitere Arbeit des Forums berichten.



II. 2. Bundesfachausschüsse

II. 2. 1. Internationale Politik

Vorsitz: Markus Löning

Im November 2005 wurde Markus Löning vom Bundesvorstand mit der Leitung des BFA Internationale Politik beauftragt.

Der Bundesfachausschuss hat in der verbleibenden Zeit dreimal getagt. Vorsitzende der Unterausschüsse sind Birgit Homburger (Sicherheit), Hellmut Königshaus (Entwicklungszusammenarbeit), Prof. Berthold Meyer (Außenpolitik), Alexander Graf Lambsdorff (Europapolitik). Einige Unterausschüsse haben zwischen den Sitzungen auch separat getagt.

Die Kollegen aus dem AK I der Bundestagsfraktion sowie Alexander Graf Lambsdorff als Vertreter der FDP im Europäischen Parlament, nahmen regelmäßig an den Sitzungen des Bundesfachausschusses teil, berichteten Aktuelles aus ihren jeweiligen Fachgebieten und beteiligten sich an den Debatten.

Im Mittelpunkt der **ersten Sitzung im Februar 2006** stand die Europapolitik. Der österreichische Botschafter Prosl berichtete über Ziele und Vorstellungen der österreichischen Ratspräsidentschaft. Zum Thema „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ hielt Prof. Charles Blankart von der Humboldt-Universität einen Vortrag. Der Antrag „Fünf Schritte zur Zukunft Europas“ wurde beraten, verabschiedet und zum Bundesparteitag eingereicht.

Schwerpunkt der **zweiten Sitzung im November 2006** waren Themen der Außenpolitik. Dr. Wolfgang Gerhardt führte in die Debatte mit einem Vortrag „Deutsche Außenpolitik im Umbruch – Bundeswehreinsätze weltweit?“ ein. Anschließend sprach die Gesandte der polnischen Botschaft, Agnieszka Walter-Drop, über die deutsch-polnischen Beziehungen sowie über Polens EU-Politik. Prof. Volker Perthes, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, hielt ein Grundsatzreferat zur Situation im Nahen Osten. Es wurden Anträge zur Russland-, Europa- und Entwicklungspolitik beraten. Die beschlossenen Anträge wurden an die Bundestagsfraktion weitergeleitet.

Die **dritte Sitzung fand im März 2007** statt. In einer gemeinsamen Sitzung mit dem Bundesfachausschuss „Innen- und Rechtspolitik“ wurde die Zusammenarbeit im Bereich der Innen- und Justizpolitik in der EU diskutiert. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Mechthild Dyckmans führten in das Thema ein.

Mit einer ausführlichen Debatte und der Verabschiedung der „Leitlinien zur Entwicklungspolitik“ setzte der BFA einen entwicklungspolitischen Schwerpunkt. Der Antrag wird auf dem Bundesparteitag in Stuttgart eingebracht und ist nach langer Zeit wieder eine liberale Standortbestimmung in diesem Politikfeld.

II. 2. Wirtschaft und Arbeit

Vorsitz: Dr. Klaus von Lindeiner

**Stellvertreter: Michael Denzin MdL,
Professor Michael Koop, Dr. Jan Rittaler**

In der durch die vorgezogene Bundestagswahl verkürzten Amtsperiode 2005/07 kam der BFA zu fünf Plenarsitzungen zusammen, zweimal in unserem Traditionshotel in Fulda, dreimal waren wir zu Gast bei den Wirtschaftsministern bzw. den Landtagsfraktionen in Magdeburg und Hannover. Zwischen den Plenarsitzungen trafen sich die Unterausschüsse/Arbeitsgruppen: „Wettbewerb, insbesondere Energiepolitik“ (Leitung: Klaus Bünger), „Arbeitsrecht“ (gemeinsam mit dem BFA Innen und Recht, Prof. Christoph Zeitler), „Mitarbeiterbeteiligung“ (Kurt Hansen), „Föderalismusreform II“ (Prof. Karl-Heinz Paqué) und „Niedriglohnsektor“ (Prof. Karl-Heinz Paqué).

Auch in der jetzt zu Ende gehenden Amtsperiode hat der Stellvertretende Bundesvorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Rainer Brüderle an nahezu jeder Sitzung teilgenommen. Ebenso wertvoll war für uns die verlässliche Präsenz von Gudrun Kopp zu Fragen der Energiepolitik sowie von Martin Zeil und Paul Friedhoff. Die „Aktuellen Stunden“ mit ihnen gehörten zu den Höhepunkten unserer Sitzungen. Dabei wurde der Ausschuss jeweils frühzeitig über Vorhaben der Fraktion informiert. In den stets offenen, zuweilen kritischen Diskussionen konnten wir den Abgeordneten deutlich machen, wie die fachlich interessierte „Basis“ über die Überlegungen und Entscheidungen derer „da oben“ denkt.



Im Zentrum unserer Arbeit standen die drei folgenden Schwerpunktthemen:

- In nahezu jeder Sitzung beschäftigten wir uns mit Energiepolitik. Im Interesse der privaten und der industriellen Verbraucher fordert der Ausschuss weitestgehenden Wettbewerb bis hin – im Rahmen einer verfassungskonformen Lösung – zur Trennung der Stromproduktion vom Eigentum am Netz („unbundling“). Zum Thema Kernenergie sprechen wir uns vehement für den „Ausstieg aus dem Ausstieg“ aus, verbinden den Fortbetrieb der KKW's bis zu ihrer technischen Veralterung allerdings mit der klaren Aufforderung an die Betreiber, die dadurch entstehenden Kostenvorteile durch Preissenkungen an die Verbraucher weiterzugeben. Der Bundesparteitag 2006 in Rostock hat diese Position übernommen.
- Intensiv begleitete der BFA das Thema „Föderalismusreform II (Finanzverfassung)“, für welches mit dem BFA Finanzen und Steuern eine gemeinsame Arbeitsgruppe gebildet wurde. Die wichtigste Forderung sehen wir in der Stärkung der Steuer- und der Ausgabenautonomie der Länder. Umstritten waren bei uns der Vorschlag einer Entschuldung der Länder und Gemeinden durch – einmalige – Überleitung ihrer derzeitigen Schulden auf einen „Bundesschuldentopf“, die Kriterien für die Steuerverteilung sowie der Verzicht auf eine konkrete Aussage zum Ziel eines steuerlichen Trennsystems. Im Ergebnis wurde mit dem BFA Finanzen und Steuern ein Kompromiss gefunden, welcher der Föderalismuskommission des Bundesvorstands für ihre Beratungen zugeleitet wurde.
- Eine wichtige Reserve zur Schaffung neuer Dauerarbeitsplätze sieht der BFA auf dem Niedriglohnsektor. Die beste Lösung dazu stellt das FDP-Konzept des so genannten „Bürgergeldes“ dar. Auf dem Weg in diese Richtung unterstützen wir aber auch in anderen Ländern erfolgreich praktizierte Modelle der Steuergutschrift für Geringverdiener. Gesetzliche Mindestlöhne lehnen wir ebenso ab wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM).

Intensiv beraten haben wir auch die an unseren BFA überwiesenen Parteitanträge. Hierzu wird auf den diesbezüglichen Bericht der Antragskommission verwiesen.

II. 2. 3. Finanzen und Steuern

Vorsitz: Hermann Rind

**Stellvertreter: Matthias Lefarth
Siegfried Pick**

Der BFA Finanzen und Steuern hat sich am 17./18. Februar 2006 in Dresden konstituiert.

Er begründete in dieser Sitzung folgende Unterausschüsse:

1. Umsatzsteuer

Vorsitz Siegfried Pick

2. Unternehmenssteuerreform

Vorsitz Hermann Rind

3. Föderalismusreform

Vorsitz Horst-Jürgen Lahmann

4. EU-Finanzierung

Vorsitz Dr. Volker Wissing, MdB

5. Finanz- und Kapitalmärkte

Vorsitz Brigitte Bremer

6. Finanzierung Aufbau Ost

Vorsitz Dr. Lydia Hüskens, MdL

7. Finanzierung öffentliche Haushalte

Vorsitz Hartmut Ebbing

8. Grundsteuerreform

Vorsitz Hermann Rind

In den UA Finanz- und Kapitalmärkte, Finanzierung Aufbau Ost und Föderalismusreform arbeiten Mitglieder der BFAs Wirtschaft und Soziales und Finanzen und Steuern zusammen.

Zur Bundestagswahl wurde das in der vorangegangenen Berichtszeit erarbeitete Reformkonzept „Berliner Entwurf – Die neue Einkommenssteuer“ erweitert um die Reform der Unternehmenssteuern, so dass jetzt mit der „Liberalen Reform der direkten Steuern – Berliner Entwurf der FDP“ ein geschlossenes Gesamtkonzept vorliegt.

Nach der Bundestagswahl wurde von der großen Koalition eine Flut von Steuergesetzen erlassen, allein im Jahr 2006 sieben Gesetze mit zum Teil ent- und zum Teil belastenden Maßnahmen. Der BFA hat zu allen Gesetzen Stellung genommen.

Insbesondere aber wurden weiterreichende Konzepte erarbeitet:

- Die Arbeitsgruppe Föderalismusreform hat ein geschlossenes Reformmodell in Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion und Vertretern der Landesparlamente vorgelegt.
- Die Arbeitsgruppe Finanzierung Aufbau Ost hat umfangreiche Vorstellungen zur zweck- und zielgerichteten Förderung der neuen Bundesländer entwickelt.
- Die Arbeitsgruppe Umsatzsteuer hat sich weiter mit der Entwicklung eines Konzepts zur Ist-Besteuerung beschäftigt und als Nebenaufgabe Verbesserungen im Steuerstrafrecht konzipiert.

Immobilien

Heute 11-13 Uhr: Fragen
zu Immobilien-Erbchaft

Anzeige

Grundsolide
bauen und

- Die Arbeitsgruppe Unternehmensteuerreform hat in einer ausführlichen Stellungnahme die großen Mängel an dem Reformvorhaben der großen Koalition herausgearbeitet.
 - Die Arbeitsgruppe Finanzierung öffentlicher Haushalte hat erste Vorschläge zur Einführung der Doppik in der öffentlichen Verwaltung vorgelegt.
 - Die Arbeitsgruppe Finanz- und Kapitalmärkte hat sich mit dem neuen REITs-Gesetz beschäftigt.
 - Die Arbeitsgruppe Grundsteuer hat gemeinsam mit dem BFA Wohnungsbau und der VLK ein Konzept zur Reform der Grundsteuer in einem Expertengespräch der Bundestagsfraktion mit Sachverständigen erörtert und weiterentwickelt.
- Unsere Arbeit erfolgte in ständigem, engem Kontakt mit der Bundestagsfraktion. Davon zeugt die regelmäßige Teilnahme der MdB's Dr. Hermann-Otto Solms, Dr. Volker Wissing und Frank Schäffler an den Sitzungen des BFA. Der BFA hat in dieser Amtsperiode vier Sitzungen abgehalten, die vorbereitenden Arbeiten haben in zahlreichen Sitzungen der Unterausschüsse stattgefunden.
- Erfreulich ist die hohe Teilnehmerzahl, die regelmäßig bei über 40 Personen einschließlich Gästen liegt. Die Sitzungen des BFA fanden in Dresden, Berlin und Mainz statt. An allen drei Tagungsorten wurden auch im Kontakt mit den Landtagsfraktionen spezielle landespolitische Themen erörtert.

II. 2. 4. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Vorsitz: Hans-Michael Goldmann, MdB

Der Bundesfachausschuss Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz traf sich in der letzten Amtszeit zu fünf Sitzungen: 14. Januar 2006 in Berlin, 19./20. Mai 2006 in Harzewinkel, 27./28. Oktober 2006 in Brodowin, 24. März 2007 in Hannover und 11./12. Mai 2007 in Templin. Außerdem gab es zur Internationalen Grünen Woche 2006 ein optionales Besuchsprogramm für den BFA.

Ein Arbeitsschwerpunkt des Fachausschusses lag in den letzten zwei Jahren bei der Ausgestaltung der künftigen Milchmarktpolitik. Nach wie vor macht die Milcherzeugung ungefähr die Hälfte des Ertrages der gesamten Landwirtschaft aus und wir beschäftigten uns intensiv damit, wie es nach dem Auslaufen der Milchquoten 2015 weitergehen soll. Dem Parteitag in Stuttgart liegt hierzu ein Antrag vor. Wir bleiben unserer eingeschlagenen Linie treu: Öffnung der verkrusteten Strukturen, mehr Markt, weniger Bürokratie und neue Chancen für unternehmerische Landwirte. Weitere Schwerpunkte lagen auf den Themengebieten Seuchengeschehen (Vogelgrippe, Blauzungkrankheit und Schweinepest), Nachwachsende Rohstoffe (Flächenkonkurrenz zur sonstigen landwirtschaftlichen Produktion), Grüne Gentechnik, Problematik der Erntehelfer, Verbraucherschutz und eine wirtschaftliche Forstpolitik.

Vor zwei Jahren habe wir den Anspruch formuliert, dass der Bundesfachausschuss nicht mehr so agrarlastig sein dürfe. Der Bundesvorstand kam dem Vorschlag nach, den Ausschuss in Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz umzubenennen. Deshalb war

es nur folgerichtig, dass wir uns erstmals auch sehr intensiv mit dem Verbraucherschutz in all seinen Facetten beschäftigt haben. Die Diskussionen zum neuen Verbraucherinformationsgesetz (VIG) begleiteten uns durch die gesamte Amtszeit, ebenso das Thema Lebensmittelsicherheit und effektive Kontrollen. Insbesondere beim VIG haben wir gut punkten können, durch eine fachlich sehr fundierte Kritik an dem gescheiterten Gesetz von Minister Seehofer.

Wir haben ebenfalls erstmals eine umfassende Positionierung zu den wichtigen Themen des wirtschaftlichen und rechtlichen Verbraucherschutzes vorgenommen. Der Bundestag kann sich anhand unseres vorgelegten Antrages davon überzeugen, welche Bedeutung dieses Thema hat. Alle Bürger sind von Regelungen zum Verbraucherschutz betroffen und wir sind überzeugt, dass die FDP in diesem Themenbereich künftig Zustimmung erwerben kann, wenn sie ihr Verständnis als Bürgerpartei auch auf diesen Bereich ausweitet.

Der Bundesfachausschuss Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat durch seine engagierte Arbeit entscheidend dazu beigetragen, die fachliche Arbeit der Bundestagsfraktion und der Partei insgesamt zu verbessern. Er hat Anteil daran, dass das unternehmerische, marktorientierte liberale Agrarprofil geschärft wurde und zunehmende Akzeptanz gefunden hat. Für die besonderen Herausforderungen der Agrarwirtschaft und des Verbraucherschutzes hat er gute Antworten entwickelt.



II. 2. 5. Soziales

Vorsitzender: Michael Kauch, MdB

**Stellvertreter: Gesine Meißner MdL,
Ralf Grabow MdL**

Im Mittelpunkt der Arbeit des Bundesfachausschusses Soziales stand die Vorbereitung des sozialpolitischen Schwerpunkts des Bundesparteitags 2007 sowie die Begleitung der Arbeit der Bundestagsfraktion. Der Bundesfachausschuss betreut die Politikfelder der Ministerien für Arbeit und Soziales (ohne Arbeitsmarkt) sowie für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Die Sozialpolitik steht seit geraumer Zeit im Fokus der politischen Debatte. Die aktuelle Diskussion reichte dabei von fehlenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Elterngeld, Generationengerechtigkeit bis hin zur Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. Die FDP hat sich diesen Herausforderungen gestellt und innovative Konzepte hierzu entwickelt.

Der Bundesfachausschuss Soziales konstituierte sich am 29. Januar 2006. Es folgten sieben weitere Sitzungen: am 4. März 2006, am 4. April 2006, am 5. Juni 2006, am 25. und 26. November 2006 in Gummersbach (zweitägige Klausurtagung), am 24. und 25. Februar 2007, am 18. März 2007 und am 22. April 2007. Tagungsort war – mit Ausnahme der Klausurtagung – Berlin.

Themenspezifische Arbeitsgruppen bereiteten zwischen den BFA-Sitzungen die inhaltliche Arbeit vor. Es tagten die AG Behindertenpolitik, die AG Gender Mainstreaming, die AG „Demographie, Generationenbilanzen und Rente“, die AG Migration sowie aktionsorientiert die AG Schwulen-/Lesbenpolitik zur Vorbereitung der Präsenz der FDP bei den Christopher Street Days. Hinzu kamen eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe Diversity und – gemeinsam mit dem BFA Gesundheit – eine AG Pflege.





Im Berichtszeitraum bildeten folgende Themenbereiche den Schwerpunkt der BFA-Arbeit:

- Kinderpolitik: Formulierung eigenständiger Politikansätze unabhängig von der klassischen Familienpolitik, Kind im Mittelpunkt familienpolitischer Konzepte mit eigenständigen Rechten, Balance zwischen Kinderrechten, Elternrechten und staatlichem Schutzauftrag
- Markt im Sozialmarkt: mehr Nachfragemacht für die Kunden, weniger Bürokratie und Regulierung auf der Anbieterseite, Messung von Ergebnisqualität statt Vorgabe von Strukturen und Prozessen, mehr private Angebote
- Generationenbilanzen: konkrete Vorschläge zur Ausgestaltung einer staatlichen Bilanzierung der Leistungen und Belastungen heutiger Politik für kommende Generationen
- Flexibler Renteneintritt: die liberale Alternative zur Rente mit 67, mehr Chancen für ältere Arbeitnehmer, mehr Generationengerechtigkeit
- Politik für Vielfalt: Förderung von Toleranz und Respekt in der Gesellschaft, Nutzung der Diversity-Konzepte aus der Wirtschaft für die Politik, aktive Gleichstellungspolitik
- Integrationspolitik: sozialpolitische Zukunftsfrage der nächsten Jahre gerade in den Ballungsräumen, Schwerpunktsetzung auf Sprachförderung und berufliche Integration, Querschnittsaufgabe auch in Politikfeldern wie Gesundheit, Kultur, Seniorenpolitik

Der BFA Soziales legt dem Bundesparteitag sechs Anträge zu den genannten Schwerpunktthemen vor und hat zudem maßgeblich zum Leitantrag zur Sozialpolitik beigetragen.

II. 2. 6. Gesundheit

Vorsitz: Dr. Elisabeth Pott

Stellvertretende Vorsitzende:

Christian Weber (bis März 2006)

Florian Rentsch (ab März 2006)

Die Sitzungen des BFA Gesundheitspolitik fanden statt: am 10./11. Juni 2005, 10./11. März 2006 (Neukonstitution), 23./24. Juni 2006, 17./18. November 2006 und am 16./17. März 2007. Die Mitglieder des BFA haben sich in vielfältiger Weise an Kommissionen, Tagungen und Kongressen der Partei oder Fraktion beteiligt.

Folgende gesundheits- und sozialpolitische Themen wurden bearbeitet, teilweise zur Beschlussfassung und Antragsformulierung gebracht:

- GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (GKV-WSG)
- Ausführungen von Prof. Oberender, Prof. Ulrich und Prof. Felder zu einer nachhaltigen Gesundheitsreform in Deutschland
- Reformansätze für die Gesundheitspolitik der FDP, Weiterentwicklung des FDP-Modells, Entwicklung von Übergangsszenarien
- Situation der Pflegeversicherung, Reformansätze der FDP – die Beratung im Ausschuss ist noch nicht abgeschlossen, aber Anregungen aus dem BFA in Antragsentwurf „Die liberale Pflegeversicherung – zukunftsfest und generationengerecht“ von Heinz Lanfermann MdB eingeflossen
- Beratung Nichtraucherschutzproblematik, Ansätze der FDP, Ergebnisse in Anträge der FDP-Bundestagsfraktion eingeflossen
- Sucht- und drogenpolitische Positionen der FDP, Beschlussfassung und Antragstellung gemeinsam mit Detlef Parr MdB zum Bundesparteitag am 15.-17.06.2007 in Stuttgart.

In der konstituierenden Sitzung des BFA Gesundheitspolitik im März 2006 wurden zur Bearbeitung der Schwerpunktthemen folgende Arbeitsgruppen eingerichtet:

AG 1: Bürokratieabbau,

AG 2: Vertragswettbewerb,

AG 3: Leistungsgestaltung,

AG 4: Pflege,

AG 5: Drogen.

Folgende Anträge wurden von den Bundesparteitag 2005/2006 an den BFA Gesundheitspolitik überwiesen.

Antrag 30 (2005): „Beschleunigte Umsetzung des verbesserten Gesundheitsreformkonzepts“

Dem Antrag wird nicht zugestimmt. Sorgfalt geht vor Schnelligkeit. Der BFA befasst sich in den oben dargestellten Arbeitsgruppen mit den verschiedenen Aspekten der Entwicklung eines Übergangsszenarios im Sinne der Weiterentwicklung des FDP-Modells auf der Basis des Dresdner Parteitagsbeschlusses.

Antrag 31 (2005): „Risikostrukturausgleich in der GKV“

Dieser Antrag entspricht der bereits vorhandenen Beschlusslage.

Antrag 57 (2005): „Gesundheitskarte“

Eine Abschaffung der Gesundheitskarte wurde intensiv diskutiert. Zum jetzigen Zeitpunkt erscheint es im Hinblick auf das fortgeschrittene Stadium der diversen Umsetzungsarbeiten jedoch sinnvoller, abzuwarten, ob die vom BFA für unabdingbar gehaltenen Kriterien der Datensicherheit der Praktikabilität und einer positiven Kosten-Nutzen-Relation im Zuge der Erarbeitung erreichbar sind.

Antrag 45 (2006): „Rauchverbot in geschlossenen öffentlichen Räumen“

Das Ergebnis der Befassung mit diesem Antrag ist in den sucht- und drogenpolitischen Antrag zum BPT am 15.-17.06.2007 in Stuttgart eingeflossen.

Antrag 53 (2006): „Alle Staatsexamina abschaffen“

Diesem Antrag wurde nicht zugestimmt.

Protestaktion gegen die schwarz-rote „Gesundheitsreform“ vor dem Kanzleramt.



II. 2. 7. Innen und Recht

Vorsitz: Corinna Werwigk-Hertneck

**Stellvertreter: Dr. Matthias Schulenberg,
Dr. Oliver Liersch**

Der BFA Innen und Recht tagte seit dem letzten Geschäftsbericht am 21./22. Oktober 2005 in Berlin, am 31. März/1. April 2006 in Brüssel, am 21./22. Oktober 2006 sowie am 9./10. März 2007 in Berlin; geplant sind die Herbstsitzung 2007 am 9./10. November 2007 in Berlin und die Frühjahrssitzung in Brüssel, voraussichtlich am 18./19. April 2008. Der BFA hat verschiedene Arbeitsgruppen:

Arbeitsgruppe „Europa“

**Arbeitsgruppe „Arbeitsrecht“
(mit dem BFA Wirtschaft und Arbeit)**

Arbeitsgruppe „Wirtschaftsrecht“

Arbeitsgruppe „Rechte am Lebensende“

Arbeitsgruppe „Bundespolizei“.

Der Bundesfachausschuss Innen und Recht hat seine intensive juristische Facharbeit regelmäßig in Frühjahrs- und Herbstsitzungen fortgesetzt. Ziel war und ist es, die aktuellen rechts- und innenpolitischen Themen auf Bundesebene und auch auf europäischer Ebene aufzugreifen, aus liberaler Sicht zu diskutieren und zu Beschlüssen zu führen. Diese fanden Eingang in verschiedenen Anträgen zu den Bundesparteitagen.

Rechtspolitisch wichtig war nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Wohnraumüberwachung die liberale Stellungnahme zur Neugestaltung dieses Gesetzes sowie des Gesetzes zur Änderung der TÜ (Telekommunikations-Überwachung). Nach der Cicero-Affäre tritt der BFA für eine Novellierung der StPO mit Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten ein. Auch wurden FDP-Positi-

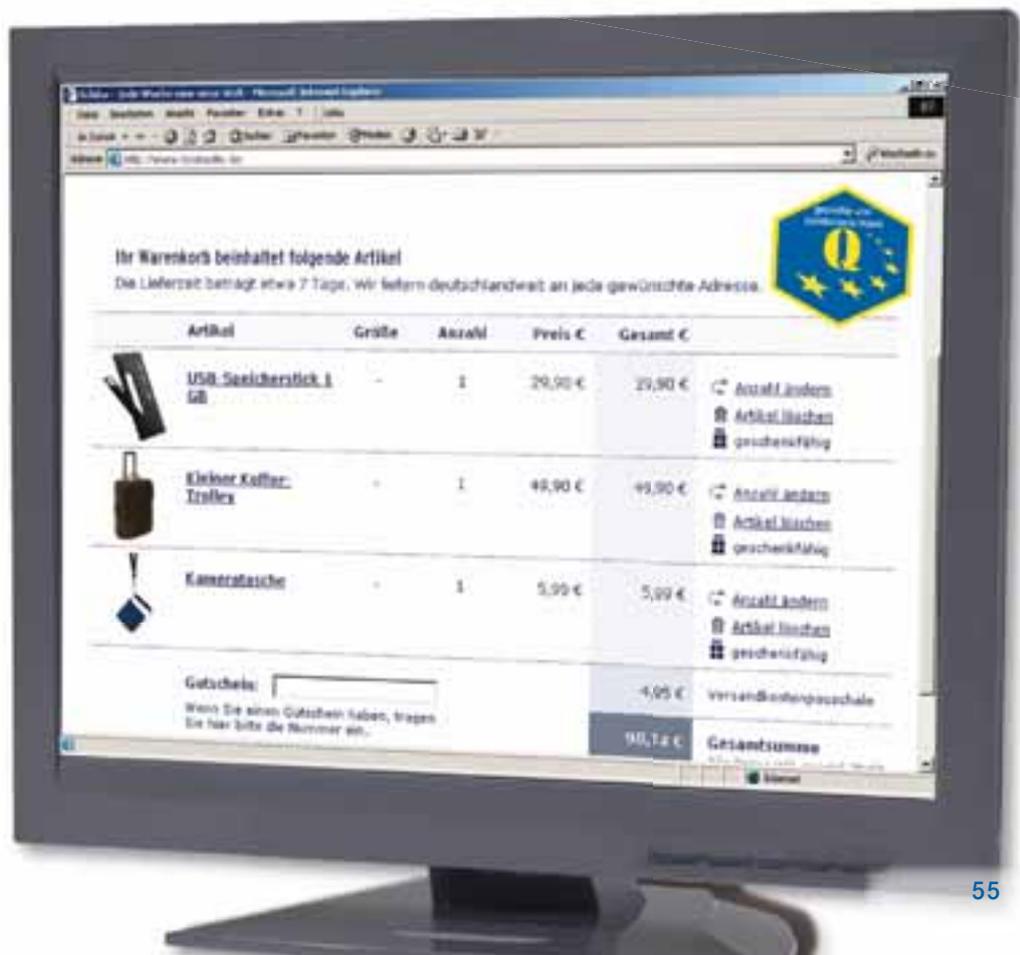


onen zur Volksinitiative, zur Volksbefragung und zum Volksentscheid insoweit festgelegt, als gefordert wird, diese Bürgerbeteiligungsinstrumente ins Grundgesetz aufzunehmen. Die Rechte am Lebensende, z. B. die Vorsorgevollmacht und die Patientenverfügung waren (in guter Zusammenarbeit mit der Kommission „Freiheit und Ethik“) wie Fragen der Jugendkriminalität („Gelbe Karte“) ebenfalls Gegenstand der Beratungen. Hervorragend kenntnisreiche juristische Diskussionen lösten die Änderungsvorschläge zum GmbH-Recht aus: Müssen die Mindestkapitalerfordernisse fallen zur Angleichung an eine europäische Privatgesellschaft („EU-GmbH“)? Der BFA sprach sich für die Beibehaltung der deutschen Regelung aus. Fragen des Kündigungsschutzes und der Betriebsverfassungsreform wurden ebenso besprochen wie das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Die grundlegende Reform des Gerichtsvollzieherwesens wird ausdrücklich unterstützt.

Innenpolitisch wichtig ist die vom BFA geforderte Stärkung der Nachrichtendienste, aber auch deren verbesserte Kontrolle sowie eine strikt liberale und damit zurückhaltende Position zu dem geplanten Vorhaben der Online-Durchsuchungen durch die Polizei. Die Bestimmung der Aufgaben der Bundespolizei muss aus Sicht des BFA neu durchdacht werden. Die Koppelung der FDP-Zustimmung mit einer zeitlich festzulegenden Föderalismusreform II dürfte aus einer engagierten Diskussion im BFA Innen und Recht entstanden sein. Das Luftsicherheitsaufgabengesetz wurde ebenso in seinen Auswirkungen diskutiert wie Fragen einer Änderung des Zuwanderungsgesetzes. Nach Berichten aus den FDP-mitgeführten Ländern über die eingesetzten Härtefallkommissionen werden entsprechende Änderungen ausdrücklich befürwortet. Selbstverständlich befasste sich der BFA mit Fragen von Umfang und Grenzen des Datenschutzes,

des Scoring und des Kontos für Jedermann. Ein Vortrag der Bundesrechtsanwaltskammer zum Rechtsdienstleistungsgesetz führte zu dem Beschluss, die Qualitätssicherung der Rechtsdienstleistungen unbedingt zu wahren, ohne eine übertriebene Marktabschottung anzustreben.

Auf europäischer Ebene wichtig waren der große liberale Einsatz gegen den geplanten Umfang und die Grenzen der Vorratsdatenspeicherung, die Korrektur der Meinung zum EU-Haftbefehl, der weiterhin unterstützte Europäische Verfassungsvertrag, ein interessanter EU-Kommissions-Vortrag zur europäischen Einwanderungspolitik und die Vorhaben im Strafrecht sowie im Zivil- und Zivilprozessrecht (Dienstleistungsrichtlinie, Verbraucherkredite, Unterhaltsverpflichtungen, Mahnverfahren etc.). Das europäische materielle Zivilrecht soll nach Meinung des BFA innovativ, aber unter Beachtung der eingeschränkten EU-Kompetenzen bürgernah weiterentwickelt werden, zum Beispiel mit einem „EU-Button“ beim Internet-Kauf zur Rechtswahl des international bewährten Wiener Kaufrechts im grenzüberschreitenden Verbraucher-Handel.



Der BFA fordert einen EU-Button beim Kauf im Internet.

II. 2. 8. Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Vorsitz: Ulrike Flach, MdB

Der Bundesfachausschuss führte im Berichtszeitraum fünf Sitzungen durch (20./21. August 2005, 28. Januar 2006, 1. April 2006, 28. Oktober 2006 und 24. März 2007).

Themenschwerpunkt der Sitzung am 20. und 21. August 2005 war die Notwendigkeit der Vorbereitung von bildungs- und forschungspolitischen Schwerpunkten für die Zeit nach der Bundestagswahl. Dabei wurden – ergänzend zum Wahlprogramm – konkrete Eckpunkte für mögliche Koalitionsverhandlungen erarbeitet.

In der Sitzung am 28. Januar 2006 konstituierte sich der Bundesfachausschuss neu.

Vorsitzende: Ulrike Flach, MdB, Stellv. Vorsitzende des BFA: Prof. Dr. Ing. Gunter Schauermann und Eckhard Behrens. Zu Vorsitzenden der Unterausschüsse wurde gewählt: Dr. Tim Stuchtey (Hochschule), Ulf Anderson (Schule) und Sabine Groth (Forschung). Die Weiterbildung wird in den Unterausschuss Schule integriert.

Die Delegierten der Bundesländer wurden um 10 Sachverständige ergänzt. Thematisch befasste sich der BFA mit der Stammzellenforschung, dem lebenslangen Lernen und der vorschulischen Bildung. Zudem wurden die Auswirkungen des Bologna-Prozesses diskutiert.



II. 2. 9. Umwelt, Landesplanung und Raumordnung

Vorsitz: Birgit Homburger

**Stellvertreter: Hartmut Stiller,
Claus-Peter Appel**

Die Sitzung am 1. April 2006 befasste sich schwerpunktmäßig mit der Lehrerbildung. Dazu wurde ein Antrag des Unterausschusses Schule verabschiedet und zum Bundesparteitag eingereicht. Ebenso wurde ein Antrag zur Eigenständigkeit der Schule des UA Schule verabschiedet. Die vom Bundesparteitag überwiesenen Anträge wurden beraten und Beschlüsse herbeigeführt. Weiterhin beschäftigte sich der BFA mit der Position der FDP zur Reform des Föderalismus.

Am 28. Oktober 2006 berichtete Staatssekretär Dr. Michael Stückrath vom Innovationsministerium in NRW über die Aktivitäten im ersten Regierungsjahr.

Die BFA-Sitzung am 24. März 2007 stand im Zeichen zweier Anträge für den Bundesparteitag. Der Antrag des Unterausschusses „Hochschule“ befasst sich mit der Problematik des „Studierendenberges“ und damit, wie die gewollten zusätzlichen Studierenden von den Hochschulen zu bewältigen sind. Neben diesem Antrag wurde auch der Antrag zur Sicherheitsforschung beraten und mit Änderungen verabschiedet.

Der BFA Umwelt, Landesplanung und Raumordnung kam im Berichtszeitraum zu vier ordentlichen Sitzungen zusammen. Er tagte am 17./18. Februar 2006 sowie am 29./30. September 2006 in Berlin, am 2./3. Februar 2007 in Brüssel und am 1./2. Juni 2007 in Berlin. Inhaltliche Schwerpunkte der Diskussion bildeten die Bereiche Klimaschutz, Immissionsschutz und Umweltgesetzgebung, zu denen entsprechende Arbeitsgruppen eingesetzt wurden. Ferner wurde im Berichtszeitraum der umweltpolitische Leitantrag für den 57. Ordentlichen Bundesparteitag der FDP in Rostock formuliert („Innovation und Lebensqualität durch marktwirtschaftlichen Umweltschutz – Grundsätze und Schwerpunkte liberaler Umweltpolitik“).

In der konstituierenden Sitzung am 17./18. Februar 2006 wurden politische Eckpunkte für die weitere inhaltliche Befassung des BFA festgelegt. Inhaltlich setzte sich der BFA im Themenbereich „Endlagerung radioaktiver Abfälle“ mit der neuerlich aktuellen Debatte über die Zwei- bzw. Ein-Endlager-Lösung auseinander. Es wurde deutlich, dass das ursprüngliche Ziel, 2030 ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle bereitzustellen, in weite Ferne gerückt ist. Fachleute sprechen mittlerweile von einem Zeithorizont von 2050 oder sogar 2062. Das im Jahr 2000 verhängte Moratorium für das Erkundungsbergwerk Gorleben muss dringend aufgehoben und die Erkundungen müssen unverzüglich ergebnisoffen zu Ende geführt werden. Einen Beratungsschwerpunkt bildete die Positionierung zur „Föderalismusreform“ unter umweltpolitischen Kriterien. Deutlich wurde, dass die Forderung, ein einheitliches Umweltgesetzbuch auf den Weg zu bringen, durch die

Föderalismusreform drastisch erschwert wird. Der liberale Europaabgeordnete und Berichterstatter für die Novelle der EU-Feinstaubrichtlinie, Holger Kraemer, berichtete, dass die liberale Positionsbestimmung vordringlich auf eine Flexibilisierung sowohl der Vorgaben als auch der Umsetzungserfordernisse zielt.

In der Sitzung vom 29./30. September 2006 wurde der BFA über die aktuellen Entwicklungen in den Bereichen Fluglärm, europäische Abfallwirtschaft und Luftqualitätsrahmenrichtlinie unterrichtet. Inhaltlich befasste sich der BFA mit dem Antrag des Landes Niedersachsen „Natura 2000 – FFH-Vogelschutz“ und nahm diesen einstimmig an.

Des Weiteren befasste sich der BFA mit dem Thema Lärmschutz, insbesondere mit dem Fluglärm-Gesetz. Ferner verabschiedete der BFA einen Beschluss zur Novellierung der Verpackungsverordnung. Es wurde deutlich, dass bei der anstehenden Verordnungsnovelle den deutlich erkennbar werdenden Tendenzen zur Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft entgegengetreten werden muss. Darüber hinaus ist auf mehr Wettbewerb bei der Verpackungsentsorgung zu drängen. Schließlich wurde im

Hinblick auf die EU-Ratspräsidentschaft über die Rolle Deutschlands im Rahmen der Diskussion über Energiesicherheit und Klimaschutz diskutiert. In diesem Zusammenhang befasste sich der BFA mit den Ergebnissen der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Frage des menschlichen Einflusses auf das globale Klimageschehen und über Schlussfolgerungen für die Klimapolitik.

Die Sitzung vom 2./3. Februar 2007 fand in Brüssel statt. Im Eindruck zweier Fachvorträge erörterte der BFA die im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands absehbar relevant werdenden Fragen der Umweltpolitik. Eine herausragende Rolle spielt dabei die Zukunft des europäischen Emissionszertifikatehandels einschließlich einer Einbeziehung des europäischen Flugverkehrs. Weitere Themen waren u. a. die europäische Chemikalienpolitik (REACH und Biozidrichtlinie), die Folgen der Abgasnormen EURO 5 und EURO 6 für den Automobilbereich, die steuerliche Gleichbehandlung von öffentlich-rechtlichen sowie privaten Entsorgungsunternehmen sowie die Verbandsklage und künftige Entwicklungen im Bereich der Umwelthaftung. Abschließend erörterte der BFA die Ergebnisse eines Kongresses, den die Bundestagsfraktion zum Thema Meereschutzpolitik in Bremen ausgerichtet hatte.

Der Leiter der Wissenschafts- und Verkehrspolitik der BMW-Group, Christoph Huß, konnte Guido Westerwelle einen von hundert neuen Wasserstoff-Pkw Hydrogen 7 übergeben.



II. 2. 10. Wohnungspolitik und Stadtentwicklung

Vorsitz: Walter Hitschler

**Stellvertreter: Wolfgang E. Züll,
Torsten Hilbrich**



Der Bundesfachausschuss Wohnungspolitik und Stadtentwicklung konstituierte sich auf einer Sitzung am 17./18. März 2006 in Berlin. Drei weitere Tagungen folgten am 16./17. Juni an der Bauhaus-Universität in Weimar, am 6./7. Oktober 2006 in Hannover sowie am 16./17. Juni 2007 in Hamburg-Bergedorf.

Besonders intensiv wurde das Problem der Einbeziehung des Wohneigentums in die Förderung der Altersvorsorge diskutiert und dabei das so genannte Kanape-Modell sowie das Bausparkassenmodell einer eingehenden Prüfung unterzogen. Es wurde angeregt, dieses Grundsatzzproblem auf einer Fachtagung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unter Beteiligung namhafter Experten zu diskutieren. Nach überwiegender Auffassung im BFA erfordert das in der Fachwelt favorisierte Kanape-Modell einen viel zu hohen Verwaltungsaufwand, um praktikabel zu sein, das Bausparkassenmodell scheint bezüglich der Höhe der Förderung noch nicht ausgereift zu sein.

Der BFA hat ein Papier zur Privatisierung von öffentlichen Wohnungsbau- und Immobilien-gesellschaften verabschiedet und der Bundespartei als programmatische Aussagehilfe zugeleitet, in welchem dargelegt wird, dass private besser als staatliche Eigentümer in der Lage sind, Immobilien- und Wohnungswirtschaft zu betreiben und die Bedürfnisse von Mietern und Wohneigentümern zu erfüllen. Die Liberalen treten dabei für eine freie Auswahl der Bürger unter einer Vielfalt von Eigentumsformen ein. Wohneigentum in Form selbst genutzten Wohneigentums, als Genossenschaftseigen-

tum, als Anteileigentum an offen und geschlossenen Immobilienfonds, an Immobilienaktiengesellschaften oder an REITs sind sinnvolle, volkswirtschaftlich wünschenswerte Kapitalanlageformen privater Anleger.

Keineswegs einheitlich, aber deutlich mehrheitlich fiel die Befürwortung des BFA für die Business Improvement Districts (BIDs) aus. Bei der Tagung in Hamburg-Bergedorf konnten die BFA-Mitglieder sich mit den Initiatoren des ersten BIDs in Deutschland – die Haupteinkaufsstraße Sachsentor – ein Bild vor Ort machen und den Erfolg dieses Projektes erörtern. Trotz einer gewissen Skepsis wegen der Erhebung einer Zwangsabgabe waren die BFA-Mitglieder durch die klaren gesetzlichen Auflagen beim Zustandekommen eines BIDs, die eng begrenzte Aufgabenstellung, die kurze Laufzeit und die strenge haushalterische Bindung überzeugt, da alle Entscheidungen von der Versammlung der Eigentümer selbst getroffen werden. Der BFA vertritt die Auffassung, dass BIDs geeignet sind, die Selbstverantwortung der Hauseigentümer in einem Quartier zu stärken und einen Beitrag zur Werterhaltung des Immobilienvermögens leisten zu können.

Angesichts der demografischen Entwicklung bleibt das Thema Innenstadtentwicklung ein Dauerthema auf unserer politischen Agenda. Der Bundestagsabgeordnete Patrick Döring hat ein Grundsatzpapier zur nachhaltigen Stadt- und Raumentwicklung eingebracht, das in einer ersten Durchsicht großen Gefallen gefunden hat, aber noch weiterer Betrachtung bedarf.

II. 2. 11. Verkehrspolitik

Vorsitz: Dr. Tom Reinhold

**Stellvertreter: Norbert Just,
Dr. Lothar A. Kaufmann,
Prof. Dr. Stuchtey**

Der Bundesfachausschuss Verkehrspolitik hat im Berichtszeitraum vier Sitzungen durchgeführt:

29./30.04.2005 in Friedrichshafen:

Hauptthemen: Werksbesichtigung der MTU (Motoren- und Turbinen-Union Friedrichshafen GmbH), Besichtigung Dornier GmbH Friedrichshafen, die Rolle des Dieselmotors bei der Bahn, Minimierung der Emissionen (Rußpartikel und Schall), Infrastrukturfinanzierung, Toll Collect – Erfahrungen bei der Einführung der Straßenmaut, Bahnreform, Port Package

28./29.10. 2005 in Nürnberg:

Hauptthemen: Werksbesichtigung GVZ (Güterverkehrszentrum), Hafen Nürnberg – Trimodaler Serviceprovider für ein erweitertes Europa, Kosten/Einnahmerelationen GVZ, Verabschiedung eines Antrags für den Bundesparteitag 2006: „Nutzerfinanzierung statt Steuerfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur“, Luftverkehr, Bahn, ÖPNV, Finanzierung Verkehrsinfrastrukturgesellschaft, LKW-Maut

20./21.04.2006 in Brüssel (Europäisches Parlament):

Hauptthemen: Europäische Politikgestaltung aus Sicht des Automobilsektors, Stand der Liberalisierung im Europäischen Schienenverkehr – Zukunft der Bahn in Europa, die neue EU-Wegekostenrichtlinie – Wegbereiter der Nutzerfinanzierung, Modifizierte Eurovignetten-Richtlinie, Verkehrsinfrastrukturfinanzierung

03./04.11.2006 in Berlin:

Hauptthemen: Börsengang Deutsche Bahn AG, Nutzerfinanzierung statt Steuerfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur, Rahmenbedingungen für eine Bundesinfrastrukturgesellschaft, Beteiligung von Verbänden bei Verwaltungsverfahren, Privatisierung der Flugsicherung, Internalisierung externer Kosten und Nutzen des Verkehrs, Liberalisierung im öffentlichen Personennahverkehr

Neben den oben genannten Hauptthemen bildete in allen Sitzungen des BFA der Bericht aus der Bundestagsfraktion durch den verkehrspolitischen Sprecher, Horst Friedrich MdB bzw. Lothar Neuhoff, einen weiteren Diskussionsschwerpunkt. Ferner hat der BFA ein konstruktives Arbeitsgespräch mit der Bahn-Gewerkschaft Transnet geführt, in dem es um die Themen Börsengang DB AG, Trennung von Fahrzeug und Betrieb sowie Investitionen in die Bundesschienenwege ging.

Wussten Sie,

dass auf unseren blau-gelben Seiten im Internet 700 Firmen eingetragen sind – vom Architekturbüro bis zur Zahnarztpraxis?

Ein Blick hinein lohnt sich also.



Der Bundesfachausschuss Verkehrspolitik hat zur besseren Strukturierung seiner Facharbeit mehrere Arbeitsgruppen gebildet. Im Berichtszeitraum waren folgende Arbeitsgruppen besonders aktiv:

AG Internalisierung externer Effekte:
Vorsitz: Rico Merkert

AG Bundesinfrastrukturgesellschaft:
Vorsitz: Thomas Fabian, Dr. Lothar A. Kaufmann

AG ÖPNV: Vorsitz: Andreas Möller, Olaf Luft

AG Luftverkehr: Vorsitz: Knut Henne

Über eine eigene Homepage können die Mitglieder des Fachausschusses leicht miteinander kommunizieren und Arbeitspapiere einsehen und fortschreiben (www.verkehrspolitik-online.de).

Liberaler Verkehrspolitik baut auf dem Grundsatz auf, dass die Bürger selbst besser als der Staat wissen, welche Mobilität am besten geeignet ist, und sich die Rolle des Staates

vor allem darauf konzentrieren sollte, Wettbewerbsgleichheit zwischen den Verkehrsträgern sicherzustellen und für planbare Rahmenbedingungen und Kostentransparenz zu sorgen. Der Bundesfachausschuss Verkehr setzt sich deshalb konsequent für eine Privatisierung von Verkehrsunternehmen und Verkehrsinfrastrukturen ein. Die Infrastruktur aller Verkehrsträger sollte grundsätzlich zunehmend über die Nutzer und nicht über Steuermittel finanziert werden. Dies sollte belastungsneutral erfolgen – d. h. der Bundesfachausschuss tritt z. B. im Straßenbereich dafür ein, dass eine Pkw-Maut bei gleichzeitiger Abschaffung der Kfz-Steuer bzw. Absenkung der Mineralölsteuer eingeführt wird. Die Nutzerfinanzierung soll auch auf die Bereiche Schiene, Wasser und Luft ausgedehnt werden.

Der BFA Verkehr hat hierzu einen Antrag für den Bundesparteitag 2006 in Rostock verabschiedet. Dieser wurde dort zwar nicht behandelt, jedoch im Anschluss von Bundesvorstand und Fraktion als eine Lösungsmöglichkeit für das dringende Problem, eine zukunftsfähige Infrastrukturfinanzierung sicher zu stellen, zur Kenntnis genommen und wird zu einem geeigneten Zeitpunkt berücksichtigt.

II. 3. Kommissionen

II. 3. 1. Kommission Kirchen- und Religionsgemeinschaften

**Vorsitzender: Pfarrer/Dipl.-Volkswirt
Dieter Kleinmann, MdL**

Die Kirchenkommission setzt sich zusammen aus 16 Vertreterinnen und Vertretern der jeweiligen Landesverbände, die von diesen benannt werden, dem Vorsitzenden, der vom Bundesvorstand bestimmt wird und bis zu acht weiteren Mitgliedern, die von der Kirchenkommission hinzu gewählt werden. In der Kirchenkommission vertreten sind Menschen christlichen, jüdischen und muslimischen Glaubens sowie Persönlichkeiten, die anderen Religionen bzw. Kirchen angehören. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden gewählt: Hans-Michael Goldmann, MdB, kirchenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, und Bundesminister a. D. Professor Dr. Edzard Schmidt-Jortzig.

Schwerpunkte der Arbeit waren:

Kirchentag in Hannover:

Die Kirchenkommission war auf dem 30. Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 25. bis 29. Mai 2005 in Hannover mit einem Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten“ vertreten. Beteiligt waren außerdem die Liberalen Senioren, die Liberalen Frauen, die Jungen Liberalen sowie die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Katholischer Weltjugendtag in Köln:

Die Kirchenkommission war durch den stellvertretenden Vorsitzenden, Hans-Michael Goldmann, MdB und Liesel Dahmen vertreten. Einen „Markt der Möglichkeiten“ wie beim Evangelischen Kirchentag gab es dort nicht. Herr Goldmann und Frau Dahmen verteilten einen Flyer des Landesfachausschusses für „Religiöse Fragen“ des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen.



Gespräch des FDP-Präsidiums mit der Deutschen Bischofskonferenz.

Liberaler Leitlinien zum Verhältnis Staat, Kirchen und Religionsgemeinschaften:

Die Kirchenkommission hat sich sehr intensiv mit dieser Frage auseinander gesetzt. Dabei ging es auch um die Einbeziehung jüdischer und muslimischer Gläubigen. Ein entsprechender Antrag zum Bundesparteitag in Stuttgart ist bereits eingebracht.

Anträge des Bundesvorstandes, der Liberalen Hochschulgruppe, der Bundestagsfraktion und Kleine Anfragen der Bundestagsfraktion wurden von der Kirchenkommission behandelt:

Dem Antrag der FDP-Bundestagsfraktion zur Bekämpfung von Zwangsheiraten wurde befürwortend und einstimmig zugestimmt;

die Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion zur Bekämpfung von Genitalverstümmelungen wurde ebenfalls einstimmig befürwortet;

zum Antrag der Liberalen Hochschulgruppen zu Schule und Religion wurde folgendes Votum beschlossen:

- a) eine Ungleichbehandlung der Religionen lehnt die Kommission ab. Gleichwohl sind das Abendland und speziell unsere Kultur insbesondere durch das Christentum und das Judentum geprägt;
- b) der Staat soll und darf aufgrund des Neutralitätsgebots keinen Einfluss auf Religionsgemeinschaften ausüben, solange diese die „Schrankenklausele“ des Grundgesetzes wahren;
- c) die Kommission tritt nach wie vor für einen bekenntnisorientierten Religionsunterricht ein.

Resolution zum Thema „Islam und Gewalt“:

Unter dem Eindruck von mehreren Anschlägen, die seit der Zweiten Intifada in Israel und nach der Katastrophe vom 11. September 2001 in den USA auch in mehrere europäischen Ländern von islamistischen Terroristen verübt wurden, wird immer stärker die irri- ge Auffassung vertreten und verbreitet, als ob es eine unmittelbare und zwingende Verbindung von Islam und Gewalt gebe. Diese Vermischung von Religion, Gewalt und Extremismus kann schlimme Folgen für die wichtige Aufgabe der Integration haben. Auch wenn nicht zu leugnen ist, dass islamistische Terroristen ihre Untaten unter Berufung auf Suren aus dem Koran begehen, so muss doch entschieden der These entgegen getreten werden, dass der Islam zur

Gewaltanwendung einladen oder gar aufrufen würde. Zwar kennt jede der großen Religionen in ihrer Geschichte den Missbrauch von Religion für Krieg und andere Gewaltanwendung. Nach der Lehre des Islam aber kann kein Krieg als „heilig“ deklariert werden. Wie Christentum und Judentum ist auch der Islam eine abrahamitische Religion. Gemeinsam gilt es, die Bedrohung unserer gemeinsamen Werte durch den Terrorismus auch islamistischer Prägung zu bekämpfen. Wir unterstützen deswegen in allen Religionsgemeinschaften die Kräfte, die im Sinne ihrer Religion gegen Gewalt und Terrorismus in den eigenen Reihen und in der Welt eintreten.



Dem Vorsitzenden der Kommission, Hans-Joachim Otto MdB, stehen neben den offiziell benannten Mitgliedern aus den FDP-Landesverbänden, der Auslandsgruppe Europa und den Jungen Liberalen zwei Stellvertreter sowie neun zugewählte unabhängige Experten zur Seite. Schließlich verfügt die Kommission über eine große Anzahl ständiger Gäste und externer Fachleute aus einschlägigen Bereichen.

Stellvertretende Vorsitzende sind Antje-Karin Pieper, Medienrätin (Medienanstalt Berlin-Brandenburg), und Dr. Martin Lindner, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin. Zu unabhängigen Experten wurden gewählt:

- Dorotheé Belz,
Director Legal Affairs,
Microsoft Deutschland
- Marco Bergmann,
Director Business Development, GroupM
- Dr. Hermann Eicher,
Justitiar des Südwestrundfunks (SWR)
- Prof. Dr. Hubertus Gersdorf,
Juristische Fakultät der Universität Rostock
- Dr. Hans Hege,
Direktor der Medienanstalt
Berlin-Brandenburg (MABB)
- Ingrid M. Haas,
Verlagsleiterin Wirtschaftspresse,
Gruner+Jahr
- Dr. Wolf Osthaus,
Leiter Government Relations, ebay GmbH
- Ulrike Seiler-Kapferer,
Medusa Medienagentur
- Georgia Tornow,
Generalsekretärin, film20

In der abgelaufenen Wahlperiode wurden drei Sitzungen abgehalten. Schwerpunktthemen der ersten Sitzung (in Berlin) waren unter anderem der Wettbewerb und der diskriminierungsfreie Zugang zu Telekommunikations-Infrastrukturen sowie Möglichkeiten, Potentiale und Regulierungsbedarf für Unterhaltungssoftware.

Die zweite Sitzung (in München) beschäftigte sich vor allem mit der Rollenverteilung und Zugangsfreiheit zu Informationen und anderen Inhalten in der Medienordnung der Zukunft sowie der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Filmbranche.

In der dritten Sitzung (wiederum in Berlin) schließlich wurden unter anderem der Schutz geistiger und materieller Eigentumsrechte im Zusammenhang mit den Möglichkeiten des Internets und anderer moderner Medien sowie die Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im online-Bereich beleuchtet.

Darüber hinaus wurden regelmäßig Fragestellungen aus den Themenbereichen Pressefreiheit, Verbesserung des Zugangs von Schülern zu Zeitschriften und Zeitungen, Rolle von Suchmaschinen im Internet, Digitalisierung von Hörfunk und Fernsehen sowie die Möglichkeiten neuer Medien für die politische Kommunikation besprochen.

Die Kommission arbeitete effektiv und für ihre Mitglieder attraktiv, was sich auch an der regen Teilnahme an den Sitzungen (im Schnitt 70 Teilnehmer) zeigte. Diverse parlamentarische Anträge (z. B. zum Telemediengesetz), Anfragen an die Bundesregierung (z. B. zum Jugendschutz bei Computerspielen), Beschlüsse (z. B. zur Reform der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks) und diverse pressewirksame Maßnahmen wurden mit Hilfe der Kommissionsmitglieder erarbeitet.



II. 3. 3. Sportkommission

Vorsitz: Detlef Parr

Die FDP-Sportkommission traf sich im Zeitraum 2005–2007 viermal. Das erste Treffen fand im April 2005 in Gummersbach, das zweite im März 2006 in Köln, das dritte im Oktober 2006 in Kassel und das vierte im Mai 2007 in Dresden statt.

In den letzten zwei Jahren fand der lang vorbereitete Zusammenschluss von DSB und NOK zum Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) statt. Durch diese Fusion erwarten wir Synergieeffekte und Effizienzsteigerungen, die den deutschen Sport in Zukunft noch wettbewerbsfähiger machen werden. Alle Bemühungen um Konzentration und Bündelung der Kräfte werden auch zukünftig durch die Sportkommission Unterstützung finden. Unser Parteifreund Dr. Thomas Bach wurde im Mai 2006 zum ersten DOSB-Präsidenten gewählt.

Spätestens nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom März 2006 war das Thema Sportwetten überall in den Medien präsent. Bereits zuvor hatten sich die Mitglieder der Sportkommission mit dem Thema vertraut gemacht. Sehr schnell sprach sich die FDP für eine Neuordnung des Rechts der Sportwetten mit dem Ziel einer gesetzlich normierten und kontrollierten Zulassung privater und bisheriger staatlicher Sportwett-Anbieter auf der Grundlage eines fairen Wettbewerbs aus. Diese Position wurde in der Sportkommission vorbereitet und offen diskutiert.

Die Bekämpfung von Doping spielte auch im Berichtszeitraum wieder eine wesentliche Rolle. Der Kampf gegen Doping zählt heute mehr denn je zu den Herausforderungen des Sports weltweit. Nachdem nach sieben Jahren rot-grüner Untätigkeit viele Parteien leider nur halbherzige Lösungen vorschlugen, legte die FDP-Bundestagsfraktion nach intensiven Beratungen auch innerhalb der Sportkommission einen Antrag zur umfassenden Dopingbekämpfung vor.

Die Sportkommission stellte auch Sportgroßveranstaltungen in den Mittelpunkt der Beratungen. Die Olympischen und Paralympischen Winterspiele in Turin und die FIFA-Fußball-WM im eigenen Land waren die sportlichen Höhepunkte der letzten beiden Jahre. Die Bilanz der Winterspiele war sehr gut, Deutschland konnte sich mit 11 mal Gold an der Spitze des Medallenspiegels behaupten. Die Sportkommission wird sich in diesem Zusammenhang weiterhin mit den Förderrichtlinien in unserem Land auseinandersetzen. Die Förderung des Hochleistungssports in all seinen Facetten muss auf dem heutigen Niveau erhalten bleiben wenn nicht gar ausgebaut werden.

Die Fußball-WM in Deutschland war ein großer Erfolg. Die Stadien waren voll und es herrschte eine grandiose Stimmung. Auch Public Viewing war entscheidend dafür, dass die WM in Deutschland so gut abgelaufen ist. Wir hatten auch keine größeren Sicherheitsprobleme. Aber um diesen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten, musste viel Vorarbeit geleistet werden – auch in der Sportkommission. Wir erleben heute die Diskussion um den Standort Südafrika. Hier ist es wichtig, mögliche Wege zu finden, um den Südafrikanern unser Know-how zur Verfügung zu stellen. Die Nachhaltigkeit der Fußball-WM wird erst in den kommenden Jahren vollständig zu beurteilen sein.

Auch kleinere, nicht olympische Sportarten fanden ihren Platz bei den Beratungen in der Sportkommission. So fand das letzte Treffen der Sportkommission in Dresden statt. Dort findet 2008 die Schacholympiade statt, die die FDP auch auf diese Weise in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken konnte.

An dieser Stelle soll ein Blick in die Zukunft nicht fehlen: Die Sportkommission wird sich mit der Aufnahme des Staatsziels Sport ins Grundgesetz auseinandersetzen, um die gesamtgesellschaftliche Bedeutung des Sports wesentlich deutlicher herauszustellen als bisher.

II. 3. 4. Freiheit und Ethik

Vorsitz: Alexander Pokorny

Vorweg die Formalia: In der konstituierenden Sitzung im Februar 2006 – vorher waren der Bundestagswahlkampf und dessen Folgen bestimmend! – in Berlin wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Jorgo Chatzimarkakis MdEP (LV Saarland) und Dr. Ines Soldwisch (LV Nordrhein-Westfalen) sowie als Sachverständige Alexander Alvaro MdEP, Peter Berens, Ferdinand Göhde, Michael Kauch MdB und Christine Siegert-Anders zu weiteren Mitgliedern zuzüglich der von den Gliederungen Entsandten gewählt.

Die Kommission befasste sich in ihrer Arbeit schwerpunktmäßig mit den Themen Pressefreiheit und Sterbehilfe. Im Übrigen freuen wir uns sehr über den in der Partei weit verbreiteten Wunsch, tiefer und intensiver über grundsätzliche und perspektivische Fragen des Liberalismus zu diskutieren.

Chancen und Grenzen der Pressefreiheit standen im Mittelpunkt unserer Tagung im Juni 2006 in Gummersbach mit Christoph Waitz MdB, dem medien- und kulturpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion. Anknüpfend an aktuelle Diskussionen über den so genannten Karikaturenstreit und eine Ausstrahlung



II. 4. Arbeitsgruppen

II. 4. 1. AG Großstadt

der Serie „Popetown“ im Fernsehen sowie dem Spannungsverhältnis zwischen staatlichen Behörden und freier Presse (Stichworte: Cicero, BND) widmeten wir uns den Antworten auf Fragen, wie z. B.: Was darf Presse? Wann ist – wenn überhaupt – Zensur geboten? Wie ist ein möglicher Konflikt zwischen Meinungsfreiheit und Menschenwürde aufzulösen?

Bei einer weiteren Tagung im März 2007 in Berlin befassten wir uns mit dem komplexen und komplizierten Thema Sterbehilfe. Neben der buchstäblich notwendigen Klärung der Begrifflichkeit und der aktuellen Rechtslage sowie der Information über den Stand der Diskussion in Partei und Bundestagsfraktion ging es vor allem um die Frage, welche Formen aus liberaler Sicht möglich sein könnten oder sollten. In diesem Zusammenhang beschlossen wir, die Bundesratsinitiative der Länder Hessen, Saarland und Thüringen zum strafbewehrten Verbot der geschäftsmäßigen Vermittlung von Gelegenheiten zur Selbsttötung abzulehnen. Wir regen darüber hinaus an, die vielfältigen Beratungen mehrerer Bundesfachausschüsse und Kommissionen zusammenzuführen und sich noch intensiver mit diesem Thema zu befassen.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass wir aus Zeitgründen nicht alle Themen, deren Befassung wir auf unserer konstituierenden Sitzung angeregt hatten, behandeln konnten: So bleiben für die kommende Arbeit z. B. „Demografischer Wandel – Herausforderungen für Liberale“ oder „Gibt es einen europäischen Patriotismus?“.

Die Kommission hat ihre Chance genutzt, frei von tagespolitischen Erfordernissen und vermeintlichen Sachzwängen über grundsätzliche Fragen des Liberalismus nachzudenken, querzudenken und vorzudenken sowie den Gliederungen und weiteren Gremien der Partei beratend zur Seite zu stehen. Die Mitglieder der Kommission „Freiheit und Ethik“ stehen bereit, diese Aufgabe fortzuführen und auszuweiten.

Vorsitz: Gisela Piltz

Die Arbeitsgruppe Großstadtoffensive ist auf Beschluss des Präsidiums am 20. September 2004 eingesetzt worden. Ihre Aufgabe ist die Erarbeitung grundlegender programmatischer Aussagen zum großstädtischen Wählerpotential der FDP und die Entwicklung konkreter Vorschläge für gezielte Maßnahmen, die zu mehr Aufmerksamkeit und eine stärkeren Vernetzung der FDP in den Groß-, aber auch Mittelstädten führen. Diese sollen zu einem modernen und attraktiven Erscheinungsbild der Partei beitragen und die Wählerbasis der FDP in den Großstädten und Metropolregionen verstärken.

Die Arbeitsgruppe unter Leitung der kommunalpolitischen Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Gisela Piltz (MdB), setzt sich aus fünfzehn Vertretern der FDP in ausgewählten Städten und Metropolregionen zusammen. Ihr Stellvertreter ist Patrick Döring (MdB). Weitere Mitglieder der Arbeitsgruppe sind Daniel Bahr (MdB), Volker Beisel, Dr. Heiner Garg (MdB), Michael Kauch (MdB), Gerry Kley (MdB), Roland Artur Kohn, Markus Löning (MdB), Jan Mücke (MdB), Hans-Joachim Otto (MdB), Sebastian Ratjen, Ralph Sterck, Dr. Rainer Stinner (MdB), Eva Parbs die Martin Woestmeyer ersetzt und Gerhard Schüssler bis zu seinem Tod im November 2005.

Die Arbeitsgruppe tagte im Berichtsraum insgesamt fünf Mal in Berlin.

Die Arbeitsgruppe „Großstadtoffensive“ hat auf der Bundesvorstandssitzung am 6. November 2006 einen Zwischenbericht ihrer Arbeit vorgelegt. Dieser enthält eine erste Analyse über die aktuelle Situation der FDP im großstädtischen Milieu, die sich in vielen Groß-, aber auch Mittelstädten als drittstärkste politische Kraft etablieren konnte. Bei der Bundestagswahl 2005 hat die FDP im Durchschnitt rund

2,5 % in den Großstädten zulegen können. Vor allem in den Großstädten Dresden (13,6 %), Frankfurt/Main (13,4 %), Stuttgart (12,8 %) und Düsseldorf (12,5 %) konnte die FDP jeweils über 12 % der Wählerstimmen verzeichnen.

Eine von dimap-communication durchgeführte Potentialstudie macht deutlich, dass mit Blick auf die soziodemographischen Daten von Großstadtbewohnern ein erhebliches Wählerpotential an liberal affinen Menschen vorhanden ist. Themen wie Kultur, Bildungs- und Hochschulpolitik, Familie, Integration und Migration sind gerade in Großstädten von zentraler Bedeutung und bestimmen das Lebensumfeld- und Lebensgefühl der Menschen. Die aktuelle FDP Kulturkampagne „Kultur: Die Energie für unsere Zukunft“ wirbt daher insbesondere im Bereich der Künstler und Kulturschaffenden, um Wählermilieus in den Großstädten zu gewinnen. Die Arbeitsgruppe hat auch eine Hochschul-Bereisung mit dem Generalsekretär Dirk Niebel initiiert. Sie soll zu einer Verankerung im akademischen Umfeld unter Hochschullehrern wie auch Studierenden beitragen.

Darüber hinaus sind neue Formen der Mitgliedschaft und attraktivere Veranstaltungsformen zu finden, um die Bürger an die FDP heranzuführen. Insbesondere der Einfluss des Internets auf die politische Kommunikation muss stärker berücksichtigt werden. Neue niedrigschwellige Instrumente der Kommunikation können Anreize zur Mitwirkung schaffen. Dabei bietet die liberale Kommunikationsplattform „my.FDP“ ein hilfreiches Instrument, um den direkten und dialogorientierten Kontakt zum großstädtischen Bürger zu suchen, zu vereinfachen und auszubauen.

Nächster konkreter Schritt ist die Erarbeitung eines Abschlussberichtes, der auf der Kreisvorsitzendenkonferenz im Herbst 2007 vorgestellt werden soll. Dieser wird Anregungen für Maßnahmen und Aktivitäten vor Ort enthalten, die die programmatische wie auch personelle Substanz verstärken helfen.

In Zusammenwirken mit der VLK soll ein Kommunalkongress mit Vertretern der Ratsfraktionen der FDP in den großen Städten die Herausforderungen einer bürgernahen Parteiarbeit in Großstädten und Metropolregionen erörtern.



II. 4. 2. AG Frauen

Vorsitz: Cornelia Pieper

Der Frauenanteil in der FDP ist während der letzten Jahre, trotz aller Bemühungen, nahezu konstant bei 23 Prozent geblieben. Vor diesem Hintergrund werden die laufenden frauenspezifischen Maßnahmen der FDP optimiert und weiterentwickelt. Auf Initiative der vom Bundesvorstand eingesetzten Arbeitsgruppe „AG Frauen“ unter der Leitung von Cornelia Pieper, hat der FDP-Bundesvorstand am 6. November 2006 weitere Maßnahmen zur Frauenförderung in der FDP beschlossen. Darin hat sich die FDP langfristig zum Ziel gesetzt, den Anteil der weiblichen Mitglieder in der FDP zu erhöhen und Frauen zur aktiven Mitarbeit in der FDP zu motivieren.

Die Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Bundespartei, Bundestagsfraktion, den Landesverbänden, der Bundesvereinigung Liberale Frauen und der Jungen Liberalen sowie der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, tagte insgesamt sieben Mal (6. April 2006, 21. Juni 2006, 25. September 2006, 20. November 2006, 17. Januar 2007, 28. Februar 2007 und 28. März 2007).

Auf Initiative der Arbeitsgruppe wurde eine Mitgliederumfrage zum liberalen Selbstverständnis durchgeführt, die der „elde“-Ausgabe im Dezember 2006 beigelegt war. Die Auswertung der Umfrage soll Hinweise für eine weitere Steigerung der Attraktivität der Parteiarbeit insbesondere für Frauen geben und wurde dem Bundesvorstand erstmalig am 14. Mai 2007 vorgetragen.

Mit der Verleihung eines Bürgerinnenpreises der FDP, wird künftig das besondere Engagement von Frauen im öffentlichen Leben gewürdigt. Der Preis trägt den Namen „liberta“ und wird einmal im Jahr – erstmalig im Herbst 2007 – verliehen. Parallel

dazu wurde ein Künstlerinnen-Wettbewerb um die Gestaltung des Bürgerinnenpreises ausgeschrieben. Im Rahmen des zweiten „Ladies-Lunches“ am 11. Mai 2007 wurde der Gewinnerbeitrag von Steff Bauer der Öffentlichkeit vorgestellt und der Startschuss für das Bewerbungsverfahren für den Bürgerinnenpreis gegeben. Mit der Veranstaltungsreihe „Ladies-Lunch“ soll die Vernetzung der Frauen in der FDP weiter verbessert werden. Ziel ist die Einrichtung eines überparteilichen und unabhängigen Bürgerinnenkonvents für Frauen. Er soll eine weitere Plattform für politisch interessierte Frauen mit liberaler Grundhaltung bieten.

Die Arbeitsgruppe arbeitet zudem an einem Konzept für ein Pilotprojekt des Bundesvorstandes für ein Mentoring-Programm. Es soll der gezielten Nachwuchsförderung insbesondere für Frauen in der FDP dienen.

Cornelia Pieper und die Künstlerin Steff Bauer präsentieren den neuen Bürgerinnenpreis „Liberta“.



III. LIBERALES VORFELD

III. 1. Bundesverband Junge Liberale (JuLis)

Vorsitzender: Johannes Vogel

Eine wesentliche Herausforderung für die Jungen Liberalen war die vorgezogene Bundestagswahl 2005. Innerhalb kürzester Zeit wurde die Jungwählerkampagne „Fast Forward“ durch Veranstaltungen, die Verteilung von weit über hunderttausend Werbemitteln, einer bundesweiten Promo-Tour und zahllosen anderen Aktionen umgesetzt, z. B. der PR-Aktion „Die Zukunft der Jugend hängt am seidenen Faden“. Ein Kurzfilm zum Thema Bürgerrechte wurde bundesweit in Kinos geschaltet und im Internet verbreitet. Die FDP konnte ihren Anteil bei den unter 30-jährigen Wählern auf 11,3 % ausbauen und damit – anders als noch 2002 – die Grünen überholen. In der Bundestagsfraktion sind nun acht JuLis vertreten.

Ein wesentlicher Bestandteil der Aktivitäten war die inhaltliche Arbeit. Mit den Leitangrags-themen „Arbeitsmarktpolitik“, „Liberale Antworten auf den Terrorismus“, „Liberale Sozialpolitik“ und „Liberale Medienpolitik“ sowie dem Strategiebeschluss „Die Chance der Liberalen“, insbesondere aber mit der Sozialpolitik, ist den JuLis auf den Bundeskongressen ein deutlicher programmatischer Impuls in Richtung der FDP gelungen. Zudem wurde im Verband eine Diskussion über liberale Grundsätze begonnen und es gab z. B. nach 10-jähriger Pause wieder eine JuLi-Winterakademie zum Thema „Doping im Sport“.

Die JuLis streiten in der FDP für die Perspektive der jungen Generation und treiben sie auf dem Kurs der thematischen Verbreiterung voran. Auf den Bundesparteitage konnten wir uns mit Initiativen oft – wie mit der in Köln beschlossenen Forderung nach einer Abschaffung des großen Lauschangriffs – durchsetzen, manchmal – wie in Rostock bei der Forderung nach Abschaffung der IHK-Zwangsmitgliedschaft – werden wir noch einen weiteren Versuch brauchen. Darüber hinaus erinnern die JuLis die Partei immer wieder kritisch an ihre Beschlüsse und treten Entwicklungen in die falsche Richtung entgegen, wie z. B. durch öffentliche Kritik an der Bürgerrechtspolitik im Sommer 2006.

Mit einer guten Präsenz in allen wichtigen Printmedien, allen Nachrichtenagenturen, zahllosen Radio- und Fernsehsendern, von der ARD über MTV bis zu „Extra 3“, ist es gelungen, die Forderungen der JuLis öffentlichkeits- und zielgruppenwirksam darzustellen. Mit Podcast und weiteren Internetprojekten wurden mit erfreulicher Resonanz auch neue Wege gegangen. Im Rahmen einer neu konzipierten Linie wurden zudem Werbemittel gegen die sogenannte große Koalition, für liberale Umweltpolitik, gegen Rechtsextremismus, für die Marktwirtschaft (mit Blick auf den G8-Gipfel) und eine neue Mitgliederwerbekampagne „werde-juli“ produziert. Zudem wurden u. a. Werbemittel zur Fußball-WM und zu den CSDs realisiert.

Die Mitglieder- und Interessentenbetreuung wurde in den letzten zwei Jahren weiter optimiert. Die Bundeskongresse werden zu echten Events ausgebaut. Neue Serviceangebote für die Untergliederungen verbesserten die verbandsinterne Kommunikation und Kampagnenfähigkeit. Ein Großereignis stellte im Jahre 2005 das 25-jährige Verbandsjubiläum in Berlin mit einem Bundeskongress im Jüdischen Museum, einer großen abendlichen Party in der „Narva Lounge“ und dem großen Festakt am Sonntag im „TIPI“-Zelt dar.

In der internationalen Arbeit wurden neben der Präsenz der JuLis bei den Dachverbänden neue Kontakte z. B. nach Rumänien geknüpft und eigene Aktivitäten (z. B. im Kaukasus) durchgeführt. Mit dem LYMEC-Kongress im April 2007 in Berlin wurde ein Event mit jungen Liberalen aus ganz Europa erfolgreich wieder nach Deutschland geholt.

Protestaktion der Jungen Liberalen vor dem Kanzleramt.



III. 2. Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand (BLM)

Vorsitzender: Dr. Heinrich L. Kolb

Die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand e.V. (ca. 700 Mitglieder) ist ein Zusammenschluss von mittelständischen Unternehmern, Handwerkern, Freiberuflern, Angestellten aus diesen Bereichen, die sich dem liberalen Gedankengut verpflichtet fühlen und dem Mittelstand eine politische Stimme geben wollen. Die Bundesvereinigung wurde am 9. November 2001 gegründet und hat sich seitdem positiv weiterentwickelt. Es bestehen zwei Hauptarbeitsgruppen (Marketing, Programmatik) und bereits in 14 Bundesländern Landesverbände:

Bayern, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen.

- Im September 2006 wurde ein Regionalverband in Mittelthüringen gegründet. Seit Ende März 2007 ist der Regionalverbandsvorsitzende Thomas Kemmerich auch Vorsitzender des Landesverbandes Thüringen.



- Mitte Oktober 2006 erfolgte die Integration des Landesverbandes Sachsen-Anhalt mit 50 Mitgliedern in die BLM; Landesvorsitzender ist Dr. Uwe Schrader.
- Zwei Monate später wurde in Mainz der Landesverband Rheinland-Pfalz gegründet. Vorsitzender ist der Vizepräsident des Landtags Hans-Artur Bauckhage.
- Gespräche laufen derzeit mit der Vorsitzenden der LIM Baden-Württemberg, Eva Reska-Häischer. Eine gemeinsame Präsentation der LIM und BLM wird auf dem Bundesparteitag in Stuttgart stattfinden.
- In Berlin hat sich Ende letzten Jahres das Liberale Wirtschaftsforum Berlin (LWB) aufgelöst. Aufgrund regen Interesses ist jedoch bereits für Juli 2007 eine Neugründungsveranstaltung unter Führung des Berliner Vorstandsmitglieds Anno Blissenbach geplant.
- Herr Dr. Kolb hat sich des Weiteren für eine Wiederbelebung der Aktivitäten in Sachsen eingesetzt. Es wird angestrebt, die dort bestehende Freie Mittelstandsvereinigung Saxonia e.V., dessen Vorsitz der Landtagsabgeordnete Dr. Andreas Schmalfuß innehat, im Herbst dieses Jahres in die BLM zu integrieren.

Die BLM setzte sich für einen FDP-Antrag gegen die Rentenversicherungspflicht für geschäftsführende Alleingesellschafter einer GmbH ein. In der Folge wurde diesem Sachverhalt mit einem Koalitionsantrag Rechnung getragen.

Angelika Aschenbrenner, Kuratoriumsvorsitzende der Oskar-Patzelt-Stiftung, initiierte zusammen mit der BLM eine Mittelstandsaktion gegen das Vorziehen der Fälligkeit der Sozialabgaben.

Im Rahmen der Aktion „Mobile Gastronomie“ brachte die BLM im Juni unter dem Motto „Markt der verpassten Möglichkeiten“ in Berlin Unternehmer zusammen, die aufgrund bürokratischer Kleinkrämerei kein Gewerbe ausüben dürfen: Schuhputz-Service am Flughafen Tegel, ungarischer Palatschinken in der Berliner Innenstadt, mobiler Kaffeeverkauf auf dem Kurfürstendamm.

Ende August startete der Landesverband Hessen eine Kampagne gegen GEZ-Gebühren für PCs, u. a. wurde ein offener Brief an den hessischen Ministerpräsidenten verfasst.

Seit 2005 findet jährlich neben der Bundesdelegiertenkonferenz ein Mittelstandstag statt. Im ersten Jahr wurde er vom Landesverband Niedersachsen unter dem Motto „Zukunft ist Chefsache“ veranstaltet. 2006 reisten die 117 Delegierten nach Düsseldorf, um u. a. über das Thema „Europa und der Mittelstand. Der Einfluss Europas auf den Mittelstand“ zu diskutieren. In diesem Jahr organisiert der Landesverband Hessen mit seiner Vorsitzenden Gabriele Müller den 3. Mittelstandstag unter dem Motto „Die Welt rückt zusammen. Mittelstand und Globalisierung.“

Wussten Sie,

dass seit 2005 über 6.500 Menschen das Thomas-Dehler-Haus besucht und den Mitarbeitern bei der Arbeit über die Schulter geschaut haben?

III. 3. Bundesverband Liberales Frauen e.V., LIF

Vorsitz: Sibylle Laurischk, MdB

Die Liberalen Frauen als Vorfeldorganisation der FDP sind in nahezu allen Bundesländern, mit Ausnahme von Bremen und Mecklenburg-Vorpommern, mit eigenen Landesverbänden und teilweise auch durch Bezirks- und Kreisverbände vertreten. Wesentlich unterstützt werden die Liberalen Frauen von dem Förderverein der Liberalen Frauen.

Der Bundesvorstand hat regelmäßig etwa alle zwei Monate getagt, um die Arbeit überregional zu vernetzen.

Die Kooperation der Liberalen Frauen auf allen Ebenen mit anderen Frauen und Berufsverbänden hat sich weiter intensiviert. So wurde etwa die Kampagne „abpiff“ gegen Zwangsprostitution im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft von der LIF und dem Bundesfrauenrat unterstützt. Im November 2006 fand in Köln im Anschluss an einen gut besuchten Kongress der NRW-LIF zusammen mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für Freiheit zum Thema „Karrierestrategien für Frauen in Forschung, Wirtschaft und Politik“ die jährliche Mitgliederversammlung statt,

auf der u. a. der Antrag auf Abschaffung des Ehegattensplittings beschlossen wurde. Zahlreiche Veranstaltungen der FDP und auch der Friedrich-Naumann-Stiftung für Freiheit konnten unter Beteiligung führender Liberaler Frauen stattfinden, so im Sommer 2006 die Veranstaltung im Frauenmuseum Bonn „Ein Jahr Bundeskanzlerin“ und in Potsdam die Ausstellungseröffnung in der Stiftung „Mit Glanz und Glamour“ gegen Zwangsprostitution sowie der Familienkongress der FDP-Bundestagsfraktion, der die besondere Bedeutung von moderner Familienpolitik für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen deutlich gemacht hat. Mit dem Fachtag Energie in Baden-Württemberg haben die Liberalen Frauen noch vor dem Beginn der Debatte über den Klimaschutz dieses Thema aufgegriffen.

Der Rostocker Parteitag der LIF zur frühkindlichen Bildung wurde von der Bundestagsfraktion mit einem Antrag umgesetzt. Auf Einladung von Dr. Silvana Koch-Mehrin konnten im Februar 2007 30 liberale Frauen aus allen Landesverbänden sich in Straßburg ein Bild von der Arbeit des Europäischen Parlaments und des Europäischen Bürgerbeauftragten machen.

Der Antrag der Liberalen Frauen zur Erhöhung des Frauenanteils in der Partei durch Satzungsänderung hat ihren Niederschlag gefunden in dem Beschluss des Bundesvorstandes, Frauen durch gezielte Aktionen wie z. B. den „Ladies Lunch“ und die Verleihung des Bürgerinnenpreises zu fördern.



III. 4. Bundesverband Liberaler Senioren, LiS

Vorsitz: Bertold Bahner

Der Bundesverband der Liberalen Senioren (LiS) sieht es als sein wichtigstes Ziel, das Bild vom Alter in der Gesellschaft zu verändern, aufzuräumen mit einem tief verwurzelten Klischee. Liberale Seniorenpolitik ist in erster Linie Gesellschaftspolitik.

Sie fordert Selbstbestimmung, sie fordert Freiheit von Bevormundung, gesellschaftliche und politische Teilhabe, auch im Alter. Das ist die Botschaft des Bundesverbandes Liberaler Senioren – auf Bundes- und Länderebene. Nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in den Gremien der FDP.

Viele Mitglieder der Liberalen Senioren sind auch Mitglied der FDP und bekleiden Ämter auf Orts-, Kreis- oder Landesebene. Sie arbeiten in Fachausschüssen, Foren und Kommissionen mit. Sie sitzen in Bezirksräten, Gemeinderäten und Landtagen.

Sie engagieren sich in Kommunalwahlkämpfen, Landtags- und Bundestagswahlkämpfen und tragen erheblich dazu bei, dass Menschen über 60 Jahre FDP wählen. Diese Altersgruppe war bei der letzten Bundestagswahl entscheidend für den Erfolg der FDP.

Die Liberalen Senioren veranstalten auf Bundes- und Länderebene Vorträge und Diskussionsrunden. Ebenso Seminare in Zusammenarbeit u. a. mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Sie vertreten liberales Gedankengut in Seniorenvereinigungen und sind engagierte Teilnehmer bei seniorenpolitischen Veranstaltungen jeder Art. So z. B. beim Deutschen Seniorentag 2006 in Köln, der eine außergewöhnliche Resonanz fand und auf dem der Bundesverband mit einem eigenen Stand vertreten war, wie auch auf dem evangelischen Kirchentag 2007.





Nach dem Verständnis der Liberalen Senioren ist Seniorenpolitik eine Querschnittsaufgabe. Deshalb haben sich die LIS in Arbeitskreisen und öffentlichen Veranstaltungen in den letzten beiden Jahren neben Rente und Pflege mit folgenden Themen beschäftigt:

- Altersdiskriminierung am Arbeitsmarkt
- Seniorenbeiräte in Kommunen und Ländern
- Bürgerschaftliches Engagement oder Ehrenamt?
- Politische Teilhabe im Alter
- Weiterbildung als lebenslanges Lernen
- Senioren als Nachfragemacht – wie reagiert der Markt?
- Großeltern stützen die Familie
- Generationenübergreifendes Wohnen
- Patientenverfügung – Selbstbestimmung des leidenden Menschen

In fast zweijähriger Arbeit wurde von einem Arbeitskreis ein Grundsatzpapier mit dem Titel „Eckpunkte liberaler Seniorenpolitik“ erarbeitet, das sich zur Zeit in der Endredaktion befindet. Es wird in der Bundesdelegiertenversammlung Anfang Juli diskutiert und zur Abstimmung gestellt.

Nachdem die Liberalen Senioren bereits im Jahre 2003 mit einer außerordentlich gut besuchten Schlüsselveranstaltung mit dem Thema „Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Chance für jedes Unternehmen“ in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ein heißes Eisen angepackt hatten, nämlich die Tatsache, dass fast 60 Prozent aller deutschen Unternehmen keine Menschen über 50 Jahre beschäftigen, konnten sie im vorigen Jahr einen großen Erfolg verbuchen. Ihr auf dem Bundesparteitag 2006 in Rostock gestellter Antrag „Keine Altersgrenzen für Arbeit“ wurde im Nachhinein von Präsidium und Bundesvorstand der FDP einstimmig beschlossen.

III. 5. Bundesverband Liberales Hochschulgruppen (LHG)

Vorsitz: Götz Galuba (2006), Daniel George (2007)

Der Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen (LHG) ist der Dachverband von ca. 70 Gruppen liberaler Studierender an Hochschulen der gesamten Bundesrepublik. Er fördert das hochschulpolitische Engagement seiner Mitgliedsgruppen und arbeitet als politischer Interessenverband konzeptionell an der Hochschul- und Sozialgesetzgebung von Bund und Ländern mit. Hauptaktivitäten sind die inhaltliche und organisatorische Unterstützung der liberalen Hochschulgruppen vor Ort, die Organisation von Kongressen und Seminaren zur politischen Bildung, programmatischen Weiterentwicklung und Vernetzung von liberalen Studierenden sowie die Begleitung hochschulpolitischer Entwicklungen durch Pressemitteilungen und Teilnahme an Sitzungen und Anhörungen politisch relevanter Akteure.

Als liberaler Verband unterhält der LHG enge und kritisch-konstruktive Beziehungen zur FDP (insbesondere durch Teilnahme an Bundesvorstandssitzungen, Bundesparteitagen und Bundesausschüssen oder -arbeitskreisen), den Julis, der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, dem Verband Liberaler Akademiker (VLA) und anderen liberalen Verbänden und Vereinigungen in Deutschland und Europa, letzteres z. B. im Rahmen der internationalen Arbeit mit dem liberalen Jugendverband LYMEC. Im Kontext studentischer Hochschulpolitik pflegt der LHG außerdem regelmäßig seine Kontakte zum Deutschen Studentenwerk (DSW), dem Freien Zusammenschluss von StudentInnenenschaften (fzs) und anderen hochschulpolitischen Verbänden wie dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) oder dem Juso-Hochschulverband.

Im Berichtszeitraum 2006–2007 wurden all diese Aktivitäten durchgeführt und von den gewählten Bundesvorständen unter Führung von Götz Galuba (2006) und Daniel George (2007) organisiert oder koordiniert. Beide Vorstände haben versucht, die Tradition des Bundesverbandes, der Ende 2007 sein 20-jähriges Jubiläum feiert, trotz einiger finanzieller Schwierigkeiten kontinuierlich fortzusetzen. Hervorzuheben sind insbesondere die zwei Bundeskongresse in Aachen (Sommer 2006) und Frankfurt/Main (Anfang 2007), bei denen die Programmatik des Bundesverbandes an aktuelle Entwicklungen – etwa die handwerklich schlechte Einführung von Studiengebühren in einigen Bundesländern, die Nutzung neuer Technologien in der Lehre oder die gestiegene Mobilität von Studierenden – angepasst und zukunftsweisend weiterentwickelt wurde. Auf Seminaren, u. a. in Kiel, Magdeburg, Passau und Düsseldorf wurden diese und weitere Themen (etwa Möglichkeiten und Grenzen studentischen Engagements, die Qualität von Beratung an den Hochschulen, etc.) intensiv diskutiert.

Mit einer ausführlichen Stellungnahme zum Referentenentwurf einer BAFöG-Novelle konnte der LHG des Weiteren seine besondere Eignung zur konstruktiven Begleitung von Gesetzgebungsprozessen beweisen. Aber auch seine Mitgliedsgruppen vor Ort hatten im Berichtszeitraum Erfolge zu verzeichnen: Neben der Beteiligung an ASten (Allgemeinen Studierendenausschüssen) von Aachen über Düsseldorf bis Frankfurt/Oder sind liberale Studierende an fast allen Hochschulen mit liberalen Hochschulgruppen in Uni-Senaten oder Studierendenparlamenten vertreten.

Der LHG förderte so 2006/07 auf allen Ebenen und in der gesamten Bundesrepublik liberalen Geist in oftmals schwierigem Umfeld und trug unverzichtbar dazu bei, die Vorstellungen des Liberalismus an die Hochschulen und in die Hochschulpolitik zu tragen.

Aktion des Jugendverbandes LYMEC vor dem Kanzleramt.



IV. BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

IV.1. Struktur des Thomas-Dehler-Hauses

Die Bundesgeschäftsstelle als Freiheitsladen

Das Thomas-Dehler-Haus ist die größte Parteizentrale aller Parteien. Mit einer Bürofläche von mehr als 11.000 qm ist sie sogar fast doppelt so groß wie die Parteizentralen von CDU und SPD.

Selbst nutzt die FDP von dieser Gesamtfläche jedoch nur knapp 10 Prozent – alles andere ist Mietfläche mit dem Ziel, langfristig die Ausgaben des Normalhaushalts der Partei aus Mieteinnahmen decken zu können. Dahinter steckt ein ganz einfaches wirtschaftliches und strategisches Konzept. Die neue Parteizentrale soll finanziell zur Sanierung der FDP beitragen. Denn gleichzeitig wurde das Thomas-Dehler-Haus in den letzten Jahren strategisch immer mehr von einer Verwaltungszentrale zu einem „Freiheitsladen“ um- bzw. ausgebaut.

Dieses Konzept ist aber auch eng mit der Überlegung verbunden, immer unabhängiger von der staatlichen Parteienfinanzierung zu werden. Es ist zudem eine Frage der Glaubwürdigkeit, denn eine Partei, die überall auf Abbau von Subventionen drängt, möchte gern auch selbst auf diese staatliche Unterstützung des Politikbetriebs verzichten können.

Die innere Organisation des Thomas-Dehler-Hauses folgt dem Maßstab des amerikanischen „war-floor“-Prinzips, dem Prinzip der kurzen Wege. Deshalb befinden sich die Büros des Bundesvorsitzenden, des Bundesgeschäftsführers, des Generalsekretärs und des Bun-

desschatzmeisters in räumlich unmittelbarer Nähe und erlauben damit kürzeste Entscheidungs-Wege im eigentlichen Wortsinn. Von diesen kurzen Wegen überzeugen sich weit über 6.500 Besucher.

Das Thomas-Dehler-Haus ist als offenes Haus mit zwei öffentlich zugänglichen Restaurants gestaltet und beinhaltet ein großes Konferenzzentrum, um gewinnbringend auch für externe Veranstaltungen dienen zu können. So finden derzeit pro Jahr ca. 191 kleinere und 132 größere Veranstaltungen statt.

Zudem wird weitgehend auf eigene Wanddekoration verzichtet, dafür finden ständig Ausstellungen insbesondere mit jungen Künstlern statt, die sich über die kostenlosen Ausstellungsflächen freuen. Damit unterstützt die FDP ihr Image als kulturfreundliche Partei und das Konzept der Offenheit des Hauses. Ein kleines Beispiel nur, aber es illustriert die gewollte Schaffung von win-win-Situationen mit gleichzeitiger Ersparnis für die FDP und politisch gewollter Offenheit.

Zudem präsentiert sich das Thomas-Dehler-Haus mit dem Konzept einer bewussten politischen Offenheit als einzige Parteizentrale mit einem Bürgerbüro direkt am Bürgersteig. Der „Info-Point“ ist zugleich mit seiner kompletten Ausstattung ein Angebot an die Partei als nutzbare „Musterkreisgeschäftsstelle“. Weitere Partei-Räume im Erdgeschoss nutzt die FDP als „Kampagnen-Ziehharmonika“.

Bei Wahlkämpfen werden hier die „war-rooms“ oder die „Mitmach-Zentrale“ als Anlaufstelle für alle Maßnahmen im Dialog-Marketing eingerichtet. In Nicht-Wahlzeiten dienen die Räume aber auch zum Beispiel für ständige Ausstellungen zur Arbeit und zu den Kampagnen der Partei oder auch als Arbeitsplätze für Praktikanten. Insgesamt hat die FDP-Bundesgeschäftsstelle nur noch 26 Vollzeitstellen gegenüber früher 54 vor dem Umzug von Bonn nach Berlin.

Wichtigster Punkt ist deshalb die strategische Konzentration der Arbeit auf die wichtigsten Ziele der FDP: Der Umbau der Parteizentrale von Verwaltung auf Gestaltung. Von administrativer Bürokratie zum „Freiheits-Laden“.

Unter Nutzung der Management-Prinzipien im Bereich Projektentwicklung über die Prozesssteuerung bis hin zur Mitarbeitermotivation wird die gesamte Arbeit unterteilt in „Pflichtprogramm und Kürprogramm“. Das Kürprogramm wird mit der Frage verbunden, was diese Woche geleistet wurde, um die Kampagnenfähigkeit der Partei zu vergrößern, die Zielgruppen der Partei zu verbreitern, den direkten Dialog zu verstärken etc. An jede Idee im Rahmen von Kampagnen im Kürprogramm werden solche Parameter wie eine Messlatte angelegt, um die Alleinstellung der FDP und die Relevanz ihrer politischen Botschaft weiter zu vergrößern.





Die Mitarbeiter des Thomas-Dehler-Hauses.

IV. 2. Abteilung Strategie und Kampagnen

Leitung: Helmut Metzner

Das Jahr 2005 stand für die Abteilung Strategie und Kampagnen ganz im Zeichen der vorgezogenen Neuwahlen zum Deutschen Bundestag. Mit dem Wechsel-Lexikon hat die Bundespartei eine 540 Seiten starke programmatische Basis für den Politikwechsel erarbeitet. Das Wechsel-Lexikon steht für die inhaltliche Substanz, die in den Werbemitteln für den Straßenwahlkampf – Falt- und Flugblätter, Zielgruppenbriefe, Themenplakate und Werbespots – ihren Niederschlag fand.

Im Jahr nach der Bildung der Schwarz-Roten Koalition war die Arbeit der Abteilung wesentlich von den programmatischen Aktivitäten, Initiativen und Beschlüssen der Liberalen in den Landesverbänden und -parlamenten bestimmt. Die Kampagnen gegen die Mehrwertsteuererhöhung und dem Kampf für das Privatmodell der FDP bei der Gesundheitsreform fanden im Umfeld der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, aber auch in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ihren Niederschlag.

Im Jahr 2007 bereitete die Abteilung die Kulturkampagne der FDP vor und begleitete sie inhaltlich. Dem Dialog mit den Zielgruppen in allen Bereichen der Gesellschaft dienen Informationsmaßnahmen für Verbände und Interessenorganisationen, wie auch die Bearbeitung von Wahlprüfsteinen und Bürgeranfragen zum gesamten Themenspektrum aktueller Politik.

Die Beobachtung der politischen Mitbewerber, insbesondere aber die interne Kommunikation aller Kampagnemaßnahmen bilden weitere Aufgabenfelder der Abteilung. Als serviceorientierte Arbeitseinheit unterstützt und berät die Abteilung Strategie und Kampagnen die Gliederungen in ihrer Arbeit vor Ort. Argumentationshilfen und Anregungen für Kampagnenmaßnahmen sollen den Mitgliedern dabei helfen, liberale Inhalte bei Wählern und Sympathisanten, aber auch bei Kritikern und Konkurrenten zu vertreten. Mit mehr als 450 Kampagnenbotschaftern hat die FDP inzwischen ein Netzwerk geknüpft, das die Arbeit der Gliederungen vor Ort ergänzen und befruchten kann.

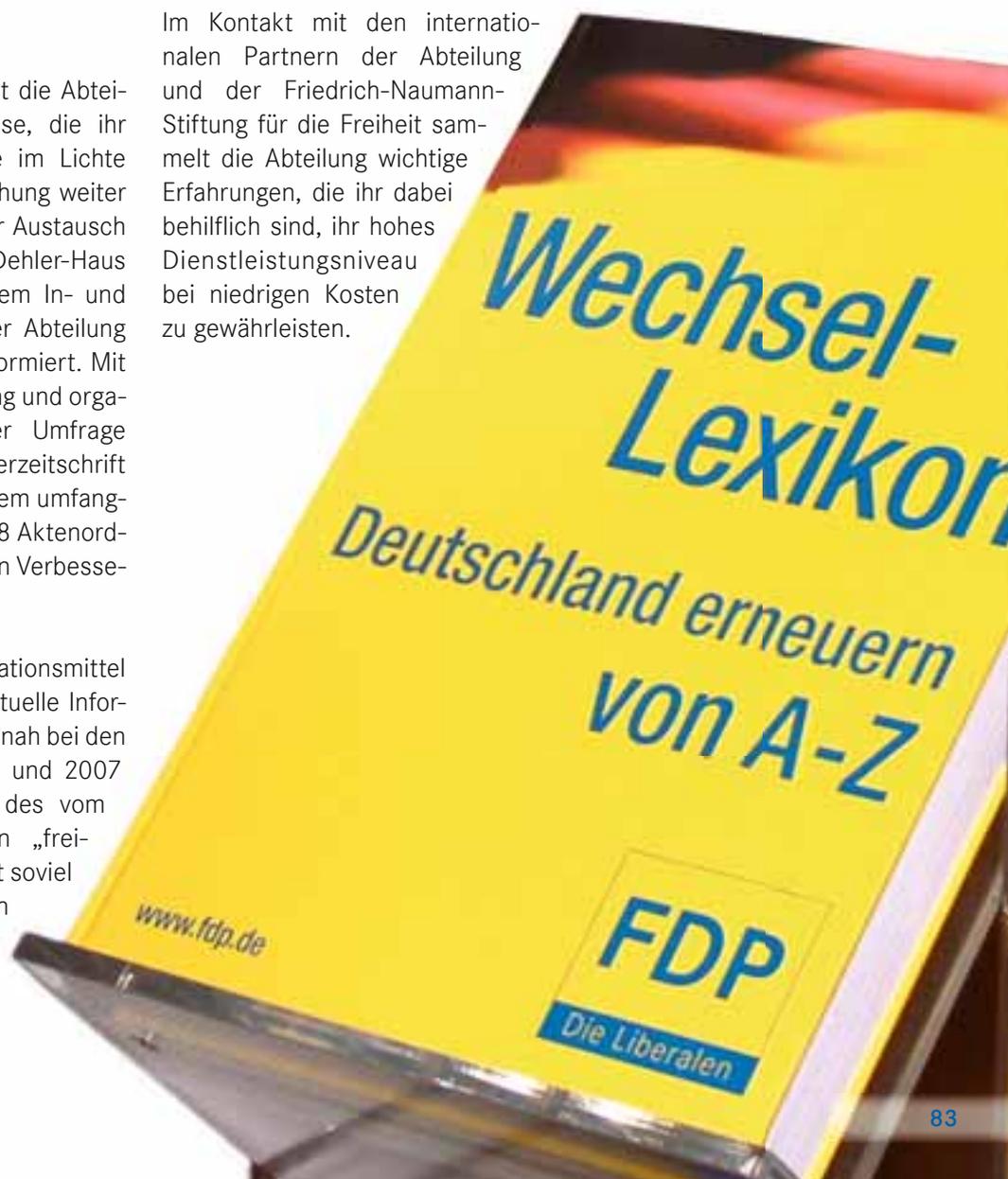
Im Dialog mit den Bürgern gewinnt die Abteilung Anregungen und Erkenntnisse, die ihr helfen, die Kampagneinstrumente im Lichte der Ergebnisse der Meinungsforschung weiter zu entwickeln. Dazu trägt auch der Austausch mit Besuchergruppen im Thomas-Dehler-Haus bei. Rund 6.500 Besucher aus dem In- und Ausland haben die Mitarbeiter der Abteilung im Berichtszeitraum persönlich informiert. Mit der wissenschaftlichen Vorbereitung und organisatorischen Durchführung einer Umfrage unter den Empfängern der Mitgliederzeitschrift gewann die Abteilung 2007 mit einem umfangreichen Fragenkatalog Daten, die 18 Aktenordner füllen und Hinweise zur weiteren Verbesserung der Parteiarbeit versprechen.

Mit Hilfe elektronischer Informationsmittel stellt die Abteilung sicher, dass aktuelle Informationen zu politischen Fragen zeitnah bei den Aktiven vorliegen. Zwischen 2005 und 2007 hat die Abteilung 86 Ausgaben des vom Generalsekretär herausgegebenen „freibriefs“ produziert. Mehr als doppelt soviel wie in den beiden Jahren zuvor. Ein

Drittel der Mitglieder wird regelmäßig so über die wichtigsten Beschlüsse, Argumente und Aktivitäten informiert. Beiträge zum Mitglieder magazin „elde“ und für den Internetauftritt der Partei runden die Informationsarbeit der Abteilung wirkungsvoll ab.

Dabei steht die Abteilung im Austausch mit Werbeagenturen und Dienstleistern wie dem liberal Verlag und den Fachpolitikern und Gremien der Partei. Die Abteilung arbeitet den Gremien der Partei programmatisch zu, verfasst Redebeiträge für die Parteiführung und begleitet die Arbeitsgruppen, die die Führungsgremien eingesetzt haben: das Zukunftsforum des Generalsekretärs, die Arbeitsgruppen „Frauen“ und „Großstadtoffensive“. Die Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker und die Bundesfachausschüsse werden in der Abteilung ebenso betreut wie die Präsenz der deutschen Liberalen in der Europäischen Liberalen Demokratischen Reformpartei (ELDR) und der Liberalen Internationalen (LI).

Im Kontakt mit den internationalen Partnern der Abteilung und der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sammelt die Abteilung wichtige Erfahrungen, die ihr dabei behilflich sind, ihr hohes Dienstleistungsniveau bei niedrigen Kosten zu gewährleisten.



IV. 3. Abteilung Organisation und Finanzen

Leitung: Gabriele Renatus

Als zentrale Dienstleistungseinheit der Partei arbeitet die Abteilung Organisation und Finanzen eng mit dem Dienstleistungsumfeld der FDP zusammen. Dazu gehören vor allem der Liberale Parteiservice (LiPS), der liberal Verlag GmbH, die universum-online GmbH und die Comdok GmbH.

Die Arbeitsschwerpunkte der Abteilung liegen in der organisatorischen Planung und Durchführung von Parteitagen, Wahlkampfveranstaltungen, Kongressen und Sonderveranstaltungen. Auch die internen Organisationsabläufe der Geschäftsstelle, das gesamte Beschaffungswesen, die Rechnungsprüfung und die Vertragsadministration werden von der Abteilung betreut.

Besondere Aufgaben übernimmt die Abteilung bei Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen mit der Planung und Vorbereitung von

zentralen Wahlkampfveranstaltungen sowie der Planung und Steuerung der Wahlkampfeinsätze der Spitzenpolitiker der Partei in enger Zusammenarbeit mit den Landesgeschäftsstellen und den Gliederungen vor Ort.

Im Bundestagswahlkampf 2005 und in den Landtagswahlkämpfen 2006 organisierte die Abteilung Organisation und Finanzen 20 zentrale Großveranstaltungen. Der zentrale Rednereinsatz der Abteilung betreute über einhundert Veranstaltungen bundesweit durch Rednervermittlung, Veranstaltungsberatung sowie Veranstaltungsankündigung.

Die Druckerei der Geschäftsstelle hat sich zu einem Dienstleister für Kleinaufträge für das liberale Vorfeld aber auch für Verbände, die im Thomas-Dehler-Haus oder in dessen Nachbarschaft angesiedelt sind, entwickelt.

Tag für Arbeit und Neumitgliederkongress vor dem Thomas-Dehler-Haus.





Tag für Arbeit und Neumitgliederkongress vor dem Thomas-Dehler-Haus.

Die Abteilung war organisatorisch verantwortlich bzw. unterstützend tätig für:

- den 56. Ord. Bundesparteitag in Köln
- den 57. Ord. Bundesparteitag in Rostock
- die zentralen Wahlkampfveranstaltungen im Rahmen der Tour des Reformexpresses für Deutschland in Berlin, Düsseldorf, Bielefeld, Mainz, Wiesbaden, München, Saarbrücken, Stuttgart, Hamburg, Halle, Bonn, Essen, Münster, Dresden
- die Politischen Aschermittwochsveranstaltungen in Passau (2006 und 2007)
- die Veranstaltungen anlässlich der 60-jährigen Mitgliedschaft in der FDP von Hans-Dietrich Genscher in Halle (2006) und Walter Scheel in Köln (2006)
- die traditionellen Neumitgliedertreffen am 1. Mai in Köln (2005) und Berlin (2006 und 2007)
- den Journalistenadvent 2005 und 2006
- die VLK-Delegiertenversammlung 2005 und 2006
- die Geburtstagsfeier anlässlich des 80. Geburtstages von Otto Graf Lambsdorff
- das große Geburtstagsfest für Hans-Dietrich Genscher im Sarrasani-Chapiteau und den VIP-Empfang mit ehemaligen Weggefährten von Hans-Dietrich Genscher im Thomas-Dehler-Haus am 21. März 2007

sowie die regelmäßigen Sitzungen des Bundesvorstands, des Präsidiums und der Hauptgeschäftsführer bzw. des Beirats des Liberalen Parteiservices.

**Wussten Sie,
dass auf den blau-gelben Seiten
192 liberale Wirte und Winzer
zu finden sind?**

IV. 4. Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Leitung: Robert von Rimscha

Die Medien für Themen und Personal der FDP zu interessieren und die FDP für die Vertreter der Presse zugänglich zu machen: Diese Doppelfunktion steht im Kern der Aufgaben der Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit.

Die Pressestelle der Bundespartei ist für die Herausgabe der Pressemitteilungen („freie demokratische korrespondenz“, „fdk“) zuständig. Hinzu kommen Terminankündigungen, Hinweise auf Veranstaltungen und auf sonstige presseöffentliche Auftritte der FDP-Spitze. Die Pressestelle bringt nicht nur schriftliche Erklärungen in Umlauf. Sie

koordiniert und organisiert die Auftritte vor allem des Bundesvorsitzenden und des Generalsekretärs im Fernsehen, von O-Tönen in den Nachrichtensendungen bis zu Polit-Talkshows. Sie plant und administriert Zeitungs- und Radio-Interviews. Sie autorisiert Print-Interviews und ist an der strategischen Planung von Inhalten und deren Platzierung beteiligt.

Neben diesen organisatorischen und inhaltlichen Arbeiten nutzt die Pressestelle auch die Instrumente des Presse-Statements, der konkreten Zielgruppenansprache und des



Gesprächs in Hintergrundkreisen. Darüber hinaus werden die Pressekonferenzen nach den Sitzungen von Präsidium und Bundesvorstand sowie jederzeit zu aktuellen politischen Entwicklungen organisiert. Zuletzt werden Namensbeiträge des Bundesvorsitzenden, des Generalsekretärs sowie weiterer Präsidiumsmitglieder den Medien angeboten. Weiter verstärkt wurden die Koordination mit der Arbeit der Fraktions-Pressestelle und die Ansprache internationaler Medien. Der Bundesvorsitzende gab beispielsweise dem wichtigsten französischen Außenpolitik-Blatt, der „Politique Internationale“, ein 15-seitiges Interview. Ein weiteres Arbeitsgebiet ist die Zuarbeit für sonstige öffentliche Auftritte und Reden – sei es ein Podiumsgespräch, sei es ein Firmenbesuch, sei es ein Grußwort vor einer binationalen Handelskammer.

Neben der externen Kommunikation steht die interne. Ein Instrument ist die Mitgliederzeitschrift „elde“. Voraussetzung für jede koordinierte Aktion ist die interne Abstimmung. Hierzu dient der „Kieler Kreis“ aller FDP-Sprecher. Der Kontaktpflege dient auch der erneut veranstaltete „Journalisten-Advents-Cocktail“, zu dem knapp 200 Medienvertreter vor Weihnachten 2006 ins Thomas-Dehler-Haus kamen.

Der Höhepunkt der Pressearbeit während der zurückliegenden beiden Jahre war der Bundestagswahlkampf 2005. Hier ging es vor allem darum, die öffentliche Wahrnehmung, fokussiert einseitig auf das Duell Schröder-Merkel, zu entzerren und medialen Freiraum für die Liberalen zu schaffen. Konzentrierte Aktionen in der

Schlussphase des Wahlkampfs dienten diesem Ziel, vom „Dreier-Duell“ im ZDF bis zur eindringlichen Warnung der drei FDP-Ehrenvorsitzenden vor einer Wiederauflage der sogenannten Großen Koalition in der „Bild“-Zeitung. Am 17. September 2005 schließlich, unmittelbar vor der Bundestagswahl, sorgte die FDP mit Guido Westerwelle an der Spitze für massive Präsenz in der dreistündigen „TV Total Spezial Bundestagswahl“-Sendung mit Stefan Raab. Es lohnte sich. Bei der Probeabstimmung der Zuschauer, bei den unter 30-Jährigen waren dies immerhin 29 Prozent, errang die FDP 13,7 Prozent. Wenn das kein Ansporn ist ...



IV. 5. fdp-point

Leitung:
Gabriele Renatus



Sie haben immer eine Antwort:
Tommy Diener und Thomas Völker.

Dienstleistung steht bei uns im Vordergrund. Von morgens 8:00 Uhr bis abends 20:00 Uhr. Für alle Gliederungen der Partei, aber auch für alle an der Arbeit der FDP interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Der FDP-point ist Bürgerbüro, Informationszentrum, Beratungsstelle zur Gesundheitsreform, Telefonzentrale und Interessentenservice zugleich. Nach wie vor ist der FDP-point in dieser Art einmalig für eine Bundesgeschäftsstelle einer Partei.

Eine Studentin und vier Studenten bearbeiten derzeit sehr engagiert Hunderte von Anfragen pro Tag per Telefon oder via E-Mail zur Arbeit der Bundespartei. Für Neumitglieder in der Partei werden im point die Willkommenspakete zusammengestellt und verschickt, Kampagnenbotschafter erhalten notwendige

Unterlagen, besonders Interessierte können Premium-Infopakete bestellen. Vielfältige Autogrammwünsche zu FDP-Spitzenpolitikern, Anfragen nach interessanten Daten der Partei für die unterschiedlichsten Vorträge werden im point ebenso zuverlässig bearbeitet wie mancher Wunsch nach einer schnellen Zuarbeit für die Hausaufgaben.

Der point ist gleichzeitig auch Kampagnenbüro. Gemeinsam mit der Abteilung Strategie und Kampagnen organisieren Anna, Tommy, Christopher, Michael und Thomas Veranstaltungen und Info-Stände.

Bürgerbefragungen, Verteilaktionen vor dem Thomas-Dehler-Haus, Führungen von Besuchergruppen – all das macht die Arbeit im point abwechslungsreich und spannend.

IV. 6. Galerie im Thomas-Dehler-Haus

Koordination: Gabriele Renatus

„Politik trifft Kunst“ ist das Motto der Galerie im Thomas-Dehler-Haus. Aus dem Veranstaltungskalender des TDH ist die kleine Galerie längst nicht mehr wegzudenken.

Wir wollen einen größeren Rahmen für Kunst und Kultur. Mit ihren Ausstellungen will auch die kleine Galerie zeigen: Kultur ist mehr als Kunst. Kultur macht das Leben vielfältig, schön, bunt, abwechslungsreich. Sie regt an und auf. Sie gefällt und verstört.

Harry T. Böckmann zeigte, wie beobachtete Landschaft in Farbe und Form spielerisch wiedergegeben, zu femininen Landschaften werden kann.

„Unbeschreiblich“ nannte Ruth Grünbein aus Schweinfurt ihre Arbeiten. Aus verschriftlichten Gesten hat sie ganze Bildwelten aufgebaut, die der Betrachter forschend erkunden konnte.

Eric Massholder, in Heidelberg und Nizza lebend, folgte auf Ruth Grünbein mit seinen zum Teil überdimensionalen Leinwänden. Als ein sehr sensibler Betrachter unserer Zeit setzt sich Massholder mit politischen und persönlichen Ereignis-

sen, mit Ängsten, Wünschen und Träumen auseinander. Massholder fordert die Aktivität des Betrachters, nicht jedem mag das behagt haben und nicht jedem Betrachter mag seine unerbittliche Umsetzung gefallen haben.

Zur Zeit zeigt die Galerie Arbeiten von Brigitte Eulgem, einer Berliner Malerin. Sie hat das Thema „Baum“ in den Mittelpunkt ihrer Beobachtungen und ihrer Arbeiten gestellt. Eine Anregung, etwas freie Zeit auch mal wieder in der Natur zu verbringen.

Selbst an der Handschrift des Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle kam die Kunst nicht vorbei. Mit Hilfe des Hamburger Künstlers Rupprecht Matthies wurden verschiedene, von Guido Westerwelle geschriebene Worte, die die FDP charakterisieren, wie z. B. Freiheit, liberal, Verantwortung, Toleranz, kunstvoll umgesetzt. Ein Beitrag zur Kulturkampagne der FDP, dem auch die Mitglieder des Bundesvorstandes applaudierten.



Ruth Grünbein mit ihren Werken im Thomas-Dehler-Haus.

V. STATISTIK

V. 1. Mitgliederentwicklung im Berichtszeitraum



Landesverband	Dez-04	Dez-05	Dez-06
Baden-Württemberg	7.095	7.299	7.332
Bayern	4.529	4.660	4.769
Berlin	2.701	3.218	3.227
Brandenburg	1.612	1.572	1.546
Bremen	377	388	396
Hamburg	1.324	1.363	1.263
Hessen	6.264	6.367	6.524
Mecklenburg-Vorpommern	1.121	1.073	1.054
Niedersachsen	6.463	6.511	6.720
Nordrhein-Westfalen	16.337	16.462	16.133
Rheinland-Pfalz	5.124	5.166	5.164
Saarland	1.323	1.334	1.393
Sachsen	2.483	2.481	2.480
Sachsen-Anhalt	2.343	2.264	2.166
Schleswig-Holstein	2.506	2.449	2.402
Thüringen	2.208	2.068	1.924
Ausland	336	347	387
Gesamt-Partei	64.146	65.022	64.880

V. 2. Wahlergebnisse im Berichtszeitraum

Wahl	Datum	%	Wahl davor	Veränderung
Landtagswahl Nordrhein-Westfalen	5/22/2005	6,2	9,8	-3,6
Bundestagswahl	9/18/2005	9,8	7,4	2,4
Kommunalwahl Hessen	3/26/2006	5,8	5,1	0,7
Landtagswahl Baden-Württemberg	3/26/2006	10,7	8,1	2,6
Landtagswahl Rheinland-Pfalz	3/26/2006	8,0	7,8	0,2
Landtagswahl Sachsen-Anhalt	3/26/2006	6,7	13,3	-6,6
Kommunalwahl Niedersachsen	9/10/2006	6,7	6,2	0,5
Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern	9/17/2006	9,6	4,7	4,9
Abgeordnetenhauswahl Berlin	9/17/2006	7,6	9,9	-2,3
Kommunalwahl Sachsen-Anhalt (in 10 von 14 Kreisen)	4/22/2007	8,4	8,1	0,3
Bürgerschaftswahl Bremen	5/13/2007	6,0	4,2	1,8

V.3. Wahlergebnisse und Mandate in den Bundesländern

Landesverband	MdEP		MdB				Landtage					
	Wahl 2004 6,1 % davon w	Wahl 2005 9,8 % davon w	in %	davon w	Landes- ergebnis BTW 05	Ergebnis	Mandate	davon w	in %	Minister, StS in der Landes- regierung w	in %	LT-Wahltag
Baden-Württemberg	1	9	22,2	2	11,9	10,7	15	4	26,7	3	0	3/26/2006
Bayern		9	33,3	3	9,5	2,6			nicht im Landtag			9/21/2003
Berlin		2	0,0	0	8,2	7,6	13	1	7,7	FDP in Opposition		9/17/2006
Brandenburg		1	0,0	0	6,9	3,3			nicht im Landtag			9/19/2004
Bremen		0	0,0	0	8,1	6,0	5	0	0,0	FDP in Opposition		5/13/2007
Hamburg		1	0,0	0	9,0	2,8			nicht in der Bürgerschaft			2/29/2004
Hessen	1	5	20,0	1	11,7	7,9	9	3	33,3	FDP in Opposition		2/2/2003
Mecklenburg-Vorpommern		1	0,0	0	6,3	9,6	7	1	14,3	FDP in Opposition		9/17/2006
Niedersachsen	1	6	50,0	3	8,9	8,1	15	4	26,7	4	0	2/2/2003
Nordrhein-Westfalen	2	13	23,1	3	10,0	6,2	12	2	16,7	5	0	5/22/2005
Rheinland-Pfalz		4	25,0	1	11,7	8,0	10	3	30,0	FDP in Opposition		3/26/2006
Saarland	1	1	0,0	0	7,4	5,2	3	0	0,0	FDP in Opposition		9/5/2004
Sachsen	1	4	0,0	0	10,2	5,9	7	1	14,3	FDP in Opposition		9/19/2004
Sachsen-Anhalt		2	50,0	1	8,1	6,7	7	1	14,3	FDP in Opposition		3/26/2006
Schleswig-Holstein		2	50,0	1	10,1	6,6	4	0	0,0	FDP in Opposition		2/20/2005
Thüringen		1	0,0	0	7,9	3,6			nicht im Landtag			6/13/2004
Summen	7	61	24,6	15	9,8		107	20	18,7	12	0	0,0

V. 4. Organisationsplan der FDP-Bundesgeschäftsstelle



Bundesgeschäftsführer
und Leiter des Büros
des Bundesvorsitzenden
Hans-Jürgen Beerfelz



Bundesvorsitzender

Dr. Guido Westerwelle, MdB

Sekr.	Dana Räpricht	Referent	Thomas Scheffler	Gremien	Manuela Wolfram
Tel.	284958-10/11	Tel.	284958-17	Tel.	284958-61
Sekr.	Claudia Groß	Fax	284958-12	Fax	284958-62
Tel.	284958-15/16				
Fax	284958-12				

**Presse und
Öffentlichkeitsarbeit
Sprecher der FDP
und Leiter der Pressestelle**
Robert von Rimscha



Sekr.	Ursula Faets
	Jeanette Stein
Tel.	284958-40/41/43
Fax	284958-42

**stv. Sprecher
und Sprecher des
Generalsekretärs**

	Wulf Oehme
Tel.	284958-44
Fax	284958-42

**Öffentlichkeitsarbeit
und Zielgruppen-Dialog**

	Kathrin Klawitter
Tel.	284958-55
Fax	284958-52

Liberales Depesche

	Roland Kowalke
Tel.	284958-46
Fax	27572880

**Strategie und
Kampagnen
Abteilungsleiter**
Helmut Metzner



Sekr.	Melanie Vötgen
	Christina Nitz
Tel.	284958-50/51/53
Fax	284958-52

**Leiterin Büro
Generalsekretär,
stv. Abteilungsleiterin**

	Heidrun Tampe
Sekr.:	284958-81
Tel.	284958-83
Fax	284958-82

**Referent
Programmarbeit**

	Thomas Hahn
Tel.	284958-56
Fax	284958-52

Referentin Kampagnen

	Kristina Heuschkel
Tel.	284958-58
Fax	284958-52

**Organisation
und Finanzen
Abteilungsleiterin**
Gabriele Renatus



Sekr.	Bettina Bröse
Tel.	284958-30/31
Fax	284958-32

stv. Abteilungsleiter

	Gerhard Wortmann
Tel.	284958-34
Fax	284958-32

**Bereichsleitung
Veranstaltungen**

	Wolfgang Adryan
Tel.	284958-35
Fax	284958-32

Personal

	Ute Souayah
Tel.	284958-36
Fax	284958-32

Auszubildender

	David Feyer
Tel.	284958-48
Fax	284958-32

**Bundesschiedsgericht
Bundessatzungsausschuss**

GF:	Christian Graf Dohna
Tel.	284958-84
Fax	28517960

**Liberaler Parteiservice
(LiPS)
Finanzdienstleistungen**

Leitung:	Johann Henning
Tel.	0228-547380
Fax	0228-547385

**Liberaler Parteiservice
(LiPS)
Organisations-
dienstleistungen**

Leitung:	Frauke Sander
Tel.	284958-78
Fax	28517960



Generalsekretär

Dirk Niebel, MdB



Bundesschatzmeister

Dr. Hermann Otto Solms, MdB

**Organisationsplan
FDP-Bundesgeschäftsstelle
- Thomas-Dehler-Haus -
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin**

Tel. 030/284958-0
Fax 030/284958-22
www.fdp.de
email: tdh@fdp.de

Sachbearbeitung

Sabine Beyer
Tel. 284958-57
Fax 284958-52

Besucherbetreuung

Christoph Höppel
Tel. 284958-35
Fax 284958-52

**Verwaltung und
Rechnungsprüfung**

Bettina Bröse
Tel. 284958-31
Fax 284958-32

Technik

Kais Kalai
Jens Knoblauch
Andreas Krippel,
Hagen Ost
Tel. 284958-70
Fax 284958-32

Info-Point

Thomas Diener, Christopher
Kalbfleisch, Anna Ruda, Michael
Unterberger, Thomas Völker
Tel. 284958-0
Fax 284958-22

**Büro
Bundesschatzmeister**

Sekr. Sabine Feiertag
Tel. 284958-90/91
Fax 284958-92

Wahlkampf

Sandro Schilder
Tel. 0172-7214711

**Beauftragter für die
Wahlkampf-Koordination**

Christian Renatus
Tel. 284958-75
Fax 27572880

**Bevollmächtigter des
Bundesschatzmeisters**

Walter Eschweiler
Tel. 0228-5368711
Fax 0228-5368717

Bürgerfonds

GF: Jörg Arntz
Büroleitung: Jana Kammer
Tel. 284958-279
Fax 284958-94
Assistenz: Claudia Groß
Tel. 284958-97
Fax 284958-94

V. 5. Mitgliederstruktur zum 31. Dezember 2006

Land	Gesamt	Männer	Frauen	Frauen in %
Baden-Württemberg	7.332	5.737	1.595	21,8%
Bayern	4.769	3.685	1.084	22,7%
Berlin	3.227	2.455	772	23,9%
Brandenburg	1.546	1.215	331	21,4%
Bremen	396	319	77	19,4%
Hamburg	1.263	993	270	21,4%
Hessen	6.524	5.040	1.484	22,7%
Mecklenburg-Vorp.	1.054	832	222	21,1%
Niedersachsen	6.720	5.163	1.557	23,2%
Nordrhein-Westfalen	16.133	12.285	3.848	23,9%
Rheinland-Pfalz	5.164	4.003	1.161	22,5%
Saarland	1.393	1.038	355	25,5%
Sachsen	2.480	1.969	511	20,6%
Sachsen-Anhalt	2.166	1.641	525	24,2%
Schleswig-Holstein	2.402	1.789	613	25,5%
Thüringen	1.924	1.483	441	22,9%
Inland	64.493	49.647	14.846	23,0%
Ausland/bundesunmittelbar	387	323	64	16,5%
Gesamt	64.880	49.970	14.910	23,0%



V. 6. Wahlkalender

Wahl	Bereich	Termin
LTW	Hessen	27.01.2008
LTW	Niedersachsen	27.01.2008
BW	Hamburg	24.02.2008
KW	Bayern	02.03.2008
KW	Schleswig-Holstein	25.05.2008
LTW	Bayern	Sep. 2008
KW	Brandenburg	Oktober 2008
Europawahl	Europa	JUNI 2009
LTW	Thüringen	
KW	Mecklenburg-Vorpommern	
KW	Sachsen	
KW	Sachsen-Anhalt	
KW	Baden-Württemberg	
KW	Rheinland-Pfalz	
KW	Saarland	
KW	Thüringen	
BTW	Bund	
LTW	Brandenburg	
LTW	Sachsen	
KW	NRW	
LTW	Schleswig-Holstein	Februar 2010
LTW	NRW	Mai 2010

Impressum

Verantwortlich:
FDP-Bundesgeschäftsstelle
Thomas Scheffler
Reinhardtstr. 14
10117 Berlin

Fon 030 / 28 49 58 17
Fax 030 / 28 49 58 12

Internet: <http://www.fdp.de>
E-Mail: tdh@fdp.de

Satz und Gesamtherstellung:
altmann-druck GmbH, Mahlsdorfer Str. 13-14, 12555 Berlin

Umschlag:
ESM Satz und Grafik GmbH, Berlin

Abbildungen:
Mit freundlicher Genehmigung von Picture-Alliance, ddp,
Frank Ossenbrink, Roland Kowalke, Wolfram Sauer u. a.